



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Ewgeniy Narodetski

**Der zeitliche Ablauf der
Systemtransformation
und der „Varieties of
Capitalism-Ansatz“ in
ausgewählten MOE-Staaten**

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMA-Papers
ISSN 1868-5005/25
Exemplarische Master-Arbeiten
[Narodetski MA]
Hamburg 2012

Der zeitliche Ablauf der
Systemtransformation und
der „Varieties of Capitalism“-Ansatz
in ausgewählten MOE-Staaten

Ewgeniy Narodetski

ExMA-Papers
Exemplarische Master-Arbeiten
[Narodetski MA]
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien
Universität Hamburg
März 2012

Impressum:

Die ExMa-Papers (Exemplarische Master-Arbeiten) sind eine Veröffentlichung des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Sie umfassen ausgewählte Arbeiten von Studierenden aus dem Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien am Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
Kathrin.Deumelandt@wiso.uni-hamburg.de
Universität Hamburg – Fakultät WISO
FB Sozialökonomie
Welckerstr. 8
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen ExMa-Papers:
<http://www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/zoess/publikationen/>

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
1. Einleitung.....	1
2. Matrix von kapitalistischen Regimen in den MOE-Staaten	5
2.1. Systemtransformation: Normative Theorie und praktische Herausforderung.....	6
2.1.1. Die Reformen: Reihenfolge und zeitliches Geschwindigkeitskonzept als strategische Entscheidung	8
2.1.2. Schocktherapie versus Gradualismus	9
2.2. Der „Varieties of Capitalism“ als Ansatz für eine Kapitalismusdebatte	11
2.3. Einbeziehung des „VoC“-Ansatzes und des „timing-Konzeptes“ in die Untersuchung. Bildung eines Koordinatensystems	13
3. „Varieties of post-communist capitalism“, politisches Erbe und Institutionsbildung als ergänzende Forschungsvariablen.....	16
3.1. „Varieties of post-communist capitalism“ – das Forschungsprogramm der neoklassischen Soziologie als Diskussionsanleitung	17
3.1.1. Distribution des Kapitals: Kulturelles vor Sozialem und Ökonomischem.....	19
3.1.2. „Heranreifen“ der Eliten	22
3.1.3. Gesellschaftliche und soziale Deformationen beim Transformationsstart	24
3.2. Politisches Erbe des Kommunismus.....	27
3.3. Bildung und Funktionieren der Institutionen in den MOE-Staaten.....	31
4. Qualität der Transformation. Indikatoren der ökonomischen Entwicklung, dargestellt an ausgewählten MOE-Staaten.....	33
4.1. Wirtschaftliche Stabilisierung und Reformfortschritt.....	33
4.2. Soziale Indikatoren der Gesellschaft. Analyse der Mikroebene	41
4.3. Privatisierung und die Entwicklung des privaten Sektors	48
5. Zusammenfassung und kritische Würdigung.....	57
Literaturverzeichnis.....	62
Anhang	82

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb.: 1: Platzierung der Länder auf der zeitlichen Skala und der Skala der Kapitalismuskategorien	85
Tab.: 1: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Slowenien in %, 1991-2004	86
Tab. 2: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Slowenien in %, 1991-2004.....	86
Tab. 3: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Inflation in Slowenien in %, 1993-2004.....	87
Tab. 4: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Arbeitslosigkeit in Slowenien in %, 1994-2004.....	87
Tab. 5: Jährliche Veränderung der Inflation und der Arbeitslosigkeit in Slowenien in %, 1994-2004	88
Tab. 6: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Polen in %, 1990-2004.....	88
Tab. 7: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Polen in %, 1990-2004.....	89
Tab. 8: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Inflation in Polen in %, 1990-2004.....	89
Tab. 9: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Arbeitslosigkeit in Polen in %, 1993-2004.....	90
Tab. 10: Jährliche Veränderung der Inflation und der Arbeitslosigkeit in Polen in %, 1993-2004	90
Tab. 11: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Ungarn in %, 1990-2004.....	91
Tab. 12: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Ungarn in %, 1990-2004.....	91
Tab. 13: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Inflation in Ungarn in %, 1990-2004.....	92
Tab. 15: Jährliche Veränderung der Inflation und der Arbeitslosigkeit in Ungarn in %, 1993-2004	93
Tab. 16: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Lettland in %, 1990-2004	93
Tab. 17: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Lettland in %, 1990-2004	94
Tab. 18: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Inflation in Lettland in %, 1993-2004	94
Tab. 19: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Arbeitslosigkeit in Lettland in %, 1995-2004	95
Tab. 20: Jährliche Veränderung der Arbeitslosigkeit und der Inflation in Lettland in %, 1995-2004	95
Tab. 21: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des realen BIP pro Kopf für alle Länder in %, 1990-2004 (für Lettland auch 1992)	96
Tab. 22: Armutsgefährdungsquote und -lücke für alle Länder für Jahre 2000 und 2005	96

Tab. 23: Vergleich der Armutsgefährdungslücke und der Armutsgefährdungsquote für alle Länder (Daten aus der Tabelle 22) für die Jahre 2000 und 2005	97
Tab. 24: Einkommensverhältnis 80/20 und Gini-Koeffizient (%) für alle Länder im Jahr 2000.....	97
Tab. 25: Einkommensverhältnis 80/20 und Gini-Koeffizient (%) für alle Länder im Jahr 2005.....	98
Tab. 26: Transformationsindex und Sozialquote (%) für alle Länder in den Jahren 2000 und 2005	98
Tab. 27: Vergleich der Sozialquote (%) für alle Länder in den Jahren 2000 und 2005.....	99
Tab. 28: Prozentuale Veränderungen des realen BIP pro Kopf und der Sozialausgaben je € pro Person für alle Länder für die Jahre 2000 und 2005.....	99
Tab. 29: Veränderung der Gesamtprivatisierung und des BIP-Wachstums für Slowenien, 1991-2004	100
Tab. 30: Veränderung der Gesamtprivatisierung und des BIP-Wachstums für Polen, 1990-2004	100
Tab. 31: Veränderung der Gesamtprivatisierung und des BIP-Wachstums für Ungarn für 1990-2004	101
Tab. 32: Veränderung der Gesamtprivatisierung und des BIP-Wachstums für Lettland, 1990-2004	101
Tab. 33: Einnahmen durch die Privatisierung, Anteil des privaten Sektors am BIP, Erwerbstätige im Privatsektor für das Jahr 2004	102
Tab. 34: Dauer von Verfahren bei der Unternehmensgründung im Jahr 2004	102
Tab. 35: Veränderung bei Entstehen des BIPs nach Sektoren von 1991 bis 1999 für alle Länder (Wertschöpfung in % des BIPs)	103
Tab. 36: Reales BIP pro Kopf - Wachstum von 2004 bis 1990 (Lettland auch bis 1992) und Transformationsindex der Privatisierung im Jahr 2004 für alle Länder	103
Tab. 37: Durchschnittlicher Transformationsjahresindex für alle Länder von 1989 bis 2004.....	104

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Das Bruttoinlandsprodukt
BIP pro Kopf	Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
etc.	et cetera
EU	Die Europäische Union
Euro	Europäische Währung
EUROSTAT	Amt für Statistik der Europäischen Union
EWG	Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDI	Foreign Direct Investment
GNI per capita	Das Bruttonationaleinkommen pro Kopf
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten der ehemaligen Sowjetunion
ILO	International Labour Organisation
IWF oder IMF	Internationaler Währungsfond/ The International Monetary Fund
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization
Mio.	Millionen
MOE	Mittel- und Osteuropastaaten
Mrd.	Milliarden
nominales BIP	das nominale Bruttoinlandsprodukt
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
reales BIP	das reale Bruttoinlandsprodukt
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
VoC	Varieties of Capitalism
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
UDSSR	Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
US-\$	Amerikanischer Dollar
z.B.	zum Beispiel

*Mögest Du in der Zeit der großen Umwandlungen leben
Chinesischer Fluch*

Abstract

Als 1989-1990 das kommunistische System in Mittel- und Osteuropa¹ zusammenbrach, begann ein langfristiger Systemwechsel, der das Versprechen auf eine postkommunistische, bessere Zukunft glaubhaft machen sollte. Die Bürger der betroffenen Staaten erwarteten eine völlige Umstrukturierung, die schnellstmöglich einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen sollte. In der folgenden Untersuchung soll geschildert werden, ob es gelungen ist, ein allgemein anerkanntes wirtschaftliches System zu etablieren, oder bloß, ein eigenes System mit ausgewählten Merkmalen des Kapitalismus einzuleiten? Welche Besonderheiten spielten dabei die entscheidende Rolle? In der Untersuchung wird eine kompakte, theoriegeleitete Erstellung der Konzeption von durchgeführten Reformen vorgenommen. Das Ziel ist, durch theoretische Grundsteine von Kapitalismusmodellen, zeitliche Konzepte und spezifische Ablaufumstände der Reformen ein praktisches Konstrukt zu definieren, das dazu beiträgt, Analysen von Transformationsstaaten, hier von Slowenien, Lettland, Polen und Ungarn, zu standardisieren und unterschiedliche Fälle anhand von statistischen Daten der ausgewählten ökonomischen Indikatoren miteinander zu vergleichen. Im Laufe und zum Schluss der Untersuchung wird die ganze Schwierigkeit, wenn nicht Undurchführbarkeit der Aufgaben, vor welchem die Transformationsstaaten gestanden haben – nämlich, schnell Wohlstand, Demokratisierung und Freiheit zu bringen, ersichtlich.

1. Einleitung

Seit dem Anfang der siebziger Jahre kündigte sich zögernd die Notwendigkeit von Reformen in den ehemaligen sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa an. Einer der entscheidenden Mechanismen der damaligen sozialistischen Systeme war die zentralisierte Planung und Verteilung der staatlichen Ressourcen, die im Laufe der siebziger Jahre immer ineffektiver und unproduktiver wurde. Die Führungen in MOE-Staaten, die ihren Bürgern nicht den versprochenen Wohlstand bieten konnten, verloren immer mehr an Ansehen und Autorität. Die Öffnung gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt erschien ihnen ein geeignetes Mittel zu sein, um die sich abzeichnenden ökonomischen Probleme abzufedern und die Legitimation der sozialistischen Regime zu stabilisieren. Der Westen durchlebte zu diesen Zeiten ebenfalls eine wachstumsbedingte Krise, steigende Arbeitslosigkeit, Grenzen der Nachfragesteuerung und zunehmende gesellschaftliche Konflikte. Die Möglichkeiten der Kernländer des Fordismus, auf dem Weltmarkt Extraprofite zu erzielen, schwanden, so dass die fordistische Akkumulation an ihre Grenzen zu stoßen begann. Die politischen Instabilitäten und eine sich abschwächende Weltökonomie machten den Übergang zu einer Entspannungspolitik möglich, die bewirkte, dass das anlagesuchende westliche Kapital sich in Osteuropa ausbreiten konnte. Als Resultat folgte eine markante Expansion des Ost-Westhandels. Zwischen 1970 und 1981 verzeichnete der Ostblock einen neunfachen Anstieg seiner Importe aus dem Westen und

¹ Hier gemeint: die zukünftige Transformationsländer. Zu den MOE- Transformationsländern gehören außer der DDR: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Montenegro, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und die Ukraine (vgl. Wiesenthal 2004: 1).

einen achtfachen Anstieg seiner Exporte. Es hatte sich ein typisches Muster der Arbeitsteilung zwischen Peripherie und Zentrum ergeben. Der Osten exportierte zumeist Rohstoffe und Öl und importierte Konsumgüter und Produktionsmittel. Fast alle MOE-Staaten erwirtschafteten darauf wachsende Handelsbilanzdefizite mit westlichen Ländern. Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte der Osteuropäer verschärften sich sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch gegenüber dem Westen. Wichtiger noch als die wachsende Abhängigkeit der osteuropäischen Länder vom Handel mit dem Westen war die anwachsende Verschuldung (vgl. Hofbauer 2009: 6ff). Die osteuropäischen Staaten erwiesen sich als besonders attraktiv für die Kapitalexporte. Die westlichen Kredite ermöglichten den osteuropäischen Ländern die Ausweitung der Industrialisierung und des Konsums, was ihnen zunächst die Verschiebung von notwendigen strukturellen Reformen erlaubte. Schließlich brachten der zweite Erdölshock und die sich anschließende globale Rezession massive Verschuldungen und starke Zinszahlungen für die MOE-Staaten mit sich. Die Bretton Woods-Institutionen gewannen in dieser Verschuldungskrise eine neue Bedeutung. Sie übernahmen eine bestimmte Rolle bei den Umschuldungsverhandlungen und hatten Einfluss bei der Restrukturierung der verschuldeten osteuropäischen Ökonomie. Die Funktionen des IWF und der Weltbank nahmen verstärkt Einfluss auf die Durchsetzung der liberalen Politikstrategien. Die Länder wurden nicht nur auf makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit festgelegt, sondern mussten auch verstärkt den Fokus auf strukturelle Maßnahmen legen. Die osteuropäischen Länder konnten sich zwar in den 80er Jahren größtenteils der direkten Einflussnahme der Bretton Woods-Institutionen noch entziehen, nicht jedoch dem Einfluss des Weltmarktes. Die Kreditierung ging stark zurück, es erfolgten ein weiterer Ölpreisverfall und ein erweiterter Einfluss der internationalen Finanzorganisationen. Die sozialistischen Ökonomien steuerten Ende der 80er Jahre endgültig auf ihren Zusammenbruch zu (vgl. Bohle 2002: 55ff).

Die weiteren Ereignisse, die direkt nach den Zerfall der kommunistischen Herrschaftsordnung eintraten, bezeichnet man als *postkommunistische Transformation*. Die Erfahrungen dieses Systemwandels waren ausschlaggebend und bestimmend für alle von diesem Systemwandel betroffenen Länder. Erstens unterscheidet sich dieser Transformationsprozess durch seine gigantischen Maßstäbe von allen früher bekannten Modellen. In diesem Fall ist die Rede von der Veränderung der *politischen Ordnung*, des *wirtschaftlichen Systems* sowie einer *radikalen Demokratisierung der Zivilgesellschaft* (vgl. Balcerowicz 2004: 7). Helmut Wiesenhal erklärt, dass dieser Systemwechsel in keiner Modernisierungs-, Gesellschafts- oder Transformationstheorie bisher auch nur entwurfsmäßig dargestellt war. Die Umgestaltung übertraf das Komplexniveau auf allen Ebenen. Die Ablösung des Sozialismus durch Demokratie und Marktwirtschaft fand unter den erheblich ungünstigen Bedingungen einer Erschöpfung der gesellschaftlichen Leistungs- und Kreativitätspotentiale statt (vgl. Wiesenhal 2004: 2). Die Schlüsselformation dieser Umgestaltung war die Demontage der „Einparteienstaates“ mit der Vorherrschaft der kommunistischen Partei, die mit allen Mitteln gegen jegliche Art individueller Freiheit vorging, unabhängig davon, ob es um wirtschaftliche oder bürgerliche Werte ging. Zweitens mussten der Aufbau der politischen Ordnung und des wirtschaftlichen Systems sowie die Demokratisierung der Zivilgesellschaft gleichzeitig gestartet werden, was sich grundlegend von der Implementierung dieser Werte in westlichen Staaten unterschied, bei

denen sie eine eigene und verlangsamte Reihenfolge hatten. Drittens muss man trotz der ganzen Schwierigkeit und Erschütterung der Reformen erwähnen, dass die postsozialistische Transformation relativ friedlich verlaufen ist (vgl. Balcerowicz 2004: 7).

Zwanzig Jahre nach der Wirtschaftstransformation ist der strukturelle Umbruch in den MOE-Staaten längst vollzogen. Die gesellschaftstheoretische Interpretation der postsozialistischen Transformation ist indes noch nicht zum Abschluss gekommen. Vor allem die unterschiedlichen Verläufe des Kapitalismusaufbaus in den verschiedenen osteuropäischen Ländern rufen nach einer Erklärung. Die Nachwirkungen lassen sich besonders in den wirtschaftsturbulenten Zeiten (wie etwa während der Finanzkrise) beobachten, da während der Depression strukturelle Stärken und Schwächen in den Transformationsländern klar zutage traten.

Die ökonomischen und gesellschaftlichen Umstrukturierungen und die Veränderungen in solch einem Maße verlaufen nie nach einem einheitlichen Muster. Folgende Untersuchung soll die ganze Komplexität der ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation am Beispiel von Polen, Slowenien, Lettland und Ungarn deutlich machen. Es wird eine Achse mit zwei unterschiedlichen Reformkonzepten gebildet, die ungleiche Reformgeschwindigkeit berücksichtigen: die der *Schocktherapie (radikale Reformumsetzung)* und die des *Gradualismus (eine schrittweise Umsetzung der Reformen)*. Die zweite Achse bildet der politökonomische Ansatz *Varieties of Capitalism (VoC)*, von den Autoren Peter A. Hall (Harvard University, USA) und David Soskice (Duke University, USA) aus dem Jahr 2001, welche die Unterschiede von koordinierten und liberalen Wirtschaftssystemen analysiert haben und eine vergleichende Methodologie der Kapitalismustypen aus der institutionellen Sichtweise darstellen (vgl. Schevchuk 2008: 74). Die zeitlichen Konzepte und der VoC-Ansatz bilden damit im Kapitel 2 die theoretischen Grundannahmen. Empirisch wird im Kapitel 4 der Transformationsweg von vier Staaten: *Slowenien, Polen, Ungarn und Lettland*, untersucht. Diese Länder werden dann, ausgehend von in jeweiligem Land gewähltem Zeitkonzept und der marktwirtschaftlichen Form, in das vorhandene Koordinationssystem eingesetzt.

Im Kapitel 3 wird verdeutlicht, wieso die Einführung der freien Marktwirtschaft in den MOE-Staaten als eine einzigartige Erscheinung zu verstehen und mit keiner bisher existierenden Theorie des Kapitalismus handfest zu erklären ist. Die Analyse *der Distribution von kulturellem, sozialem und ökonomischem Kapital, Gesellschafts- und Elitenwandel* werden in diesem Kapitel generell betrachtet. Zwar werden beim Elitenwandel zum Teil die Differenzen in den jeweiligen Staaten beobachtet, jedoch soll der Schwerpunkt nicht auf die Untersuchung der Unterschiede, sondern auf die Analyse der Veränderungen gelegt werden, da die Betrachtung der Eliten und Gesellschaften eine eigene Forschungsarbeit erforderte. Dagegen lässt sich bei der Analyse *des politischen Erbes und der Institutionsbildung* in den untersuchten Staaten klarer zu differenzieren und die jeweils eigenen Transformationswege lassen sich deutlicher erfassen. Die theoretische Anknüpfung bildet *der Varieties of post-communist capitalism (Forschungsprogramm der neoklassischen Soziologie)*- Ansatz des ungarischen Wissenschaftlers Ivan Szelenyi. Szelenyi erarbeitete ein neues Forschungsprogramm der *neoklassischen Soziologie* zur Erklärung und Analyse der neuen Kapitalismustypen, die überwiegend auf die MOE-Staaten fokussiert sind (vgl. Steiner 2002: 25). Durch eine Ergänzung von Varieties of

Capitalism und zeitlichen Konzepten mittels der Theorie der Varieties of post-communist capitalism, der Betrachtung des Distributionskapitals, des Eliten-, Gesellschaftswandels sowie des politischen Erbes und der Institutionsbildung kann eine analytische Synthese zu differenzierten Transformations- bzw. Kapitalismusmustern gebildet werden. Dabei schildert die Analyse des Distributionskapitals den Unterschied zwischen den osteuropäischen Staaten und dem westlichen Kapitalismus. Die Eliten- und Gesellschaftsveränderungen bezeichnen eher einen eigenen osteuropäischen Reifegang. Die Frage nach dem politischen Erbe und der Institutionsbildung richtete sich auf den Unterschied zwischen Slowenien, Ungarn, Polen und Lettland selbst. So wird der vorhandene Konzeptaufbau durch neue Aspekte deutlich illustriert. Diesem Kapitel wird viel Aufmerksamkeit gewidmet, da die neuen Erkenntnisse nicht nur eine theoretische, sondern auch eine stark praktische Diversifikation des Kapitalismus bedeuten.

Anschließend erfolgt die empirische Analyse von ausgewählten Feldern der *Makro- und Sozialebenen, der Privatisierung und Unternehmensgründung*. Im Kapitel 4.1 wird die Auswirkung des durchschnittlichen *Transformationsindex*² von Slowenien, Polen, Ungarn und Lettland auf das *Wachstum (reales BIP pro Kopf)*, *Preisstabilisierung (Inflation)* und *Beschäftigung (Arbeitslosigkeit)* analysiert. Das sind insgesamt drei der vier wirtschaftspolitischen Ziele des Gleichgewichts des „magischen Vierecks“.³ Das vierte Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts wird nicht explizit betrachtet und kommt nur indirekt bei der Erwähnung der ausländischen Direktinvestitionen und des Außenhandels in der Forschung vor. Das Ziel dieses Abschnitts ist, die Wirkung der Reformfortschritte auf die vorgenannten ökonomischen Indikatoren im Zeitraum von 1990 und 2004 für das jeweilige Land zu untersuchen.

Bei der weiteren Analyse werden die Komponenten untersucht, die die sozialen Zusammenhänge und die gesellschaftliche Wohlfahrt messen. Dafür werden die *Armutsgefährdungslücke*, die *Armutsgefährdungsquote*, die *Einkommensverteilung* und der *Gini-Koeffizient* für Jahre 2000 und 2005 herangezogen. Des Weiteren wird die *Sozialquote* für Jahre 2000 und 2005 in die Untersuchung eingebunden und mit dem Transformationsindex sowie dem realen BIP- Wachstum pro Kopf jeweils verglichen.

² In den Kapiteln 4.1, 4.2. und 4.3 wird zu der Untersuchung der wirtschaftlicher Stabilisierung, sozialem Zusammenhang und Privatisierung der Transformationsindex (im Kapitel 4.3. der Privatisierungsindex) der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung herangezogen. Dieser Index definiert für jedes Jahr den Fortschritt in den Sektoren: 1) Große Privatisierung (Schwerindustrie), 2) kleine Privatisierung (KMU), 3) Corporate Governance und Unternehmensumstrukturierung, 4) Preisliberalisierung, 5) Handel und Devisensystem, 6) Wettbewerbspolitik, 7) Auflösung von Handelsrestriktionen und Sicherung der Wechselkursraten, 8) Finanzliberalisierung und Einführung des Bankensektors, 9) Infrastrukturreformen der wichtigsten Wirtschaftszweige. Insgesamt sind es neun Bereiche. Der Transformationsindex wird für jedes Jahr für jeden der neun Sektoren neu berechnet. Am Transformationsbeginn gab es immer 1 Punkt, was „keine Maßnahmen“ entspricht. Bei den Reformen in jedem der neun Bereiche steigt der Index um 0,33 Punkte bis max. 4,33 Punkten. Für jedes Land wird ein jährlicher Durchschnittsindex anhand des arithmetischen Mittels erstellt.

³ Das magische Viereck beinhaltet vier wirtschaftspolitische Ziele, die im Jahr 1967 im Stabilitätsgesetz festgelegt wurden: Hoher Beschäftigungsstand/Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Gesamtwirtschaftlicher Gleichgewicht herrscht, wenn alle Ziele erreicht sind. Das gleichzeitige Erreichen von allen vier Zielen ist aber nicht möglich, da zwischen den Zielen ein Zielkonflikt vorliegt. Es ist nur mit magischen Kräften zu schaffen, daher auch die Bezeichnung als „magisch“ (vgl. Wirtschaftslehre.de: 2010).

Im dritten Teil wird *der Privatisierungsweg* und die Entwicklung *des privaten Sektors* von Slowenien, Polen, Ungarn und Lettland angeschaut. Anhand der Korrelationsanalyse wird die Wirkung der Privatisierung (Transformationsindex der Privatisierung) auf das Wachstum (reales BIP pro Kopf) für jedes Land von 1990 bis 2004 gemessen. Des Weiteren, um das Bild der Privatisierung und der Aufbau der privaten Sektors zu vervollständigen, werden die *Privatisierungseinnahmen (vom BIP)*, *der Anteil des Privatsektors am BIP*, *die Anzahl der im Privatsektor Beschäftigten*, *die Verlaufs-dauer bei der Unternehmensgründung* und die Veränderungen bezüglich *des Strukturwandels* angeschaut.

Der Untersuchungszeitraum für Kapitel 4.1 und 4.3 liegt innerhalb von 1990 bis 2004 (für logarithmierte Daten ein Jahr später), was den Transformationsbeginn und den Beitritt dieser Staaten zur EU umfasst, variiert jedoch wegen der Verfügbarkeit der Daten.⁴⁺⁵ Im Kapitel 4.2 werden für die Vergleichsanalyse die Jahre 2000 und 2005 herangezogen. Die Methoden, die in dieser Forschung eingesetzt werden, sind die Korrelations- und die Zeitreihenanalyse. Die Ergebnisse werden mit Säulen-, Linien-, und Punkt-/Streudiagramm erstellt.

Alle genannten ökonomischen und wirtschaftspolitischen Bereiche werden wichtige Erkenntnisse zu den von MOE-Staaten gewählten Reformen ergeben. Im Hinblick auf ein erarbeitetes Koordinatensystem werden die gewonnenen Ergebnisse zusammengefasst und miteinander verglichen. Durch die Ergebnisse der empirischen Untersuchung aller drei Abschnitte kann man die ökonomischen Effekte der Schocktherapie und des Gradualismus verglichen sowie belegen, ob wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrtsauswirkungen bei einem radikalen oder schrittweisenden Transformationskonzept zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt spürbar wurden. Die Reformverläufe und Ergebnisse sollen abschnittsweise den allgemeinbekannten Erkenntnissen des Kapitalismus gegenübergestellt werden, um den Charakter dieser Transformation besser zu erkennen. Durch die beobachteten Unterschiede im Transformationsprozess der jeweiligen Länder soll versucht werden, eine verallgemeinernde Hypothese über die unterschiedliche Transformationspfade der osteuropäischen Staaten im Systemwandelprozess abzuleiten.

2. Matrix von kapitalistischen Regimen in den MOE-Staaten

Sozialpolitische Komparatistik hat eine lange Geschichte. Im Laufe des letzten Jahrhunderts war das Interesse größtenteils an die Konfrontation der kapitalistischen mit den sozialistischen Wirtschaftsmodellen geknüpft, als klar wurde, dass diese beiden Systeme nicht homogen sind. Der Fall des Kommunismus, welcher auch den Anstoß für die vorschreitenden Globalisierung und die Verschärfung der internationalen Konkurrenz gab, aktualisierte die Fragen über unterschiedliche Modelle des Kapitalismus, über die Qualität der freien Marktwirtschaft und die Eigenschaften der Sozialpolitik eines Staates. Obwohl die Ökonomien der meisten Staaten der Welt traditionell als kapitalistisch bezeichnet werden, existieren in der

⁴ Die Korrelation unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten wird in mehreren Fällen ab dem Jahr 1993 bis 1995 durchgeführt. Sektorenwandel wird von 1991 bis 1999 erstellt.

⁵ In Lettland sind die ersten messbaren Transformationsreformen um das Jahr 1991/1992 zu erkennen. Deswegen werden in der Vergleichsanalyse die lettischen Daten nicht nur für das 1990 sondern ebenfalls für das Jahr 1992 (je nach Relevanz) in den Betracht genommen.

Realität mehrere ökonomische Modelle, die sich nach sozialökonomischen, politischen und ideologischen Parametern unterscheiden. So begann eine neue Etappe in der Vergleichsanalyse der Kapitalismusmodelle.

Im folgenden Kapitel werden außer der Einführung in die Transformationstheorie und den politischen Handlungsbedarf bezüglich des Systemwandels der Reformprozess und die zeitlichen Konzepte der Transformation sowie der Ansatz „Varieties of Capitalism“ vorgestellt und seine Einordnung in die Forschung vorgenommen. Des Weiteren wird anhand der „VoC“-Ansatzes und des zeitlichen Konzeptes die erste Probe gemacht, die Schwierigkeiten und Herausforderungen des Systemwandels in den MOE-Staaten zu erkennen und alle theoretischen Annahmen in ein geordnetes Konzept zu bringen.

2.1. Systemtransformation: Normative Theorie und praktische Herausforderung

Der Begriff Systemtransformation wird als ein Wechsel des Wirtschaftssystems von einer nicht-marktwirtschaftlichen Form in eine, die marktwirtschaftlich organisiert ist, verstanden, was ein zielgerichtetes politisches Handeln und planungstechnisch einen Vorgang darstellt, der zu einem bestimmten Zeitpunkt beginnt und nach einer gewissen Zeit abgeschlossen wird (nach Lösch 1992: 11). Die Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung benötigt ein gerichtetes und planvolles Handeln auf theoretischer Grundlage, also eine normative Transformationstheorie bzw. eine Theorie der Transformationspolitik (vgl. Lösch 1993: 17). Das sind die normabweichenden Aufgaben, für deren Lösung die überkommene Theorie der Wirtschaftspolitik kaum Lösungsmuster bereithält. Die Transformationspolitik im engeren Sinne muss das marktwirtschaftliche System schaffen (vgl. Quaisser 2009: 12). Dazu gehören Inangasetzung des Marktallokation der Ressourcen, die Schaffung einer eigenen institutionellen Basis – d.h. Einrichtungen die in der Lage sind, den Transformationsprozess zu gestalten und ihn fortzuführen, was unbedingt das Funktionieren des marktwirtschaftlichen Regelmechanismus beinhaltet (vgl. Stupp 1998: 2). Strukturveränderungen des Produktionsverlaufs müssen ein gewinnmaximierendes und dynamisches Unternehmensverhalten gewährleisten und ein Wettbewerbsverhalten auslösen (vgl. Lösch 1992: 12). Die Schwierigkeit dieser Aufgaben besteht darin, dass alle diese Vorgänge in der erwünschten Weise nur dann funktionieren, wenn alle strukturellen und institutionellen Voraussetzungen einer Marktwirtschaft erfüllt sind. Demzufolge sind die Anpassungsvorgänge, die durch Reformen ausgelöst werden, durch prozesspolitisches Agieren zu minimieren und übergangsbedingte Reibungsverluste zu glätten (vgl. Lösch 1993: 25f). Dazu gehören Aufgaben wie Bewahrung der Währungsstabilität, Bekämpfung der Rezession und Bewältigung des Strukturanpassungsbedarfs, also Aufgaben, die wirtschaftspolitisch auch in etablierten Marktwirtschaften zu lösen sind (vgl. Nishimura 2001: 4), welche aber in den MOE-Staaten aufgrund der starken wirtschaftlichen Umbrüche wie Hyperinflation, Übergangszession, starker Strukturwandel nur bedingt erfüllbar waren (vgl. Franzen/Haaralnd/Niessen 2005: 16). Folglich gehört zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Transformationspolitik die Beseitigung der entstandenen Schäden und die Sanierung der Wirtschaft, nachdem das ineffiziente System abgeschafft ist. Dazu gehört auch die Schaffung einer neuen Arbeits- und Sozialordnung, insbesondere eines Systems der sozialen Sicherheit (vgl. Stupp 1998: 18).

Praktisch ging man zu Beginn der Transformation davon aus, dass es ausreiche, die bisher weltweit vorhandenen wirtschaftspolitischen Konzepte auf ganz Osteuropa anzuwenden. Der Vizepräsident der Weltbank in den Jahren 1988-1990, Stanley Fischer, sah in der Transformation nichts anderes als „... a return to a system that is well understood on the rest of the world“ (Kušić 2002: 15). Insbesondere internationale Institutionen wie der IWF und die Weltbank drängten auf eine schnelle Implementierung bekannter Instrumente, die für alle Transformationsstaaten einheitlich aussehen sollte (vgl. Kušić 2002: 15). So wurden die Empfehlungen des *Washington Consensus*⁶ einfach weiter ausgebaut, indem seine Maßnahmen auf die MOE-Staaten angewendet wurden (vgl. Kellermann 2005: 268). Das Konzept propagierte eine generelle Abkehr vom Staatsinterventionismus und eine Hinwendung zu den Kräften des Marktes. Es handelte sich um einen Plan, mit dem die strukturellen Zahlungsbilanzprobleme gelöst und die Neigung zur Hyperinflation bekämpft werden sollte. Auf diese Weise sollten binnen kürzester Frist die Marktkräfte zu einer Realallokation der produktiven Kräfte beitragen und zu einem inflationsfreien und nachhaltigem Wirtschaftswachstum führen (vgl. Gabrisch 2008: 3). So wurden die Anordnungen der *Washington Consensus* quasi als praktische Maßnahmen der Transformation für die MOE-Staaten in unterschiedlichem Umfang⁷ je nach Staat angenommen und akzeptiert.

Zu diesen rein theoretischen Maßnahmen des Transformationsprozesses, die in der Praxis in den MOE-Staaten umgesetzt werden sollten, kommt die spezifische Transformationsproblematik in Osteuropa. Es wurde schon erwähnt, dass dieser Systemwandel in vorher unbekanntem Maßstab und sehr komplex auf allen Ebenen verlaufen ist. Wolfgang Merkel spricht von kategorialer Unterscheidung von allen Systemwechseln der ersten, zweiten und dritten Demokratisierungswelle.⁸ Der prinzipielle Unterschied liegt in dem „*Dilemma der Gleichzeitigkeit*“ oder, wie man es nannte, der „*Tripple Transformation*“ (Bohle/Greskovits 2007: 450). Damit wird die Problematik bezeichnet, dass zwei bzw. drei Prozesse im postkommunistischen Osteuropa gleichzeitig abliefen (vgl. Merkel 1999: 377). Die politischen Führungen standen vor der Aufgabe der Einführung der freien Marktwirtschaft, der demokratischen Umgestaltung des Staates, was eine Implementierung von demokratischen Institutionen, die Entwicklung der Zivilgesellschaft und freie Wahlen einschließt, sowie der Gründung eines souveränen Staates (Bohle/Greskovits 2007: 450). Die Gründung des Nationalstaates wurde rein praktisch durch den Zerfall der Sowjetunion, der Staatstrennung der Tschechoslowakei und die Auflösung Jugoslawiens vollzogen. Obwohl nämlich Staaten wie Polen, Ungarn und Bulgarien de jure unabhängig waren, de facto waren sie Satelliten der Sowjetunion und besaßen nur begrenzten Entscheidungsspielraum. So kann man im Falle auch dieser Staaten

⁶ Der Begriff *Washington Consensus* bezeichnet eine Anzahl von wirtschaftlichen Maßnahmen, die Regierungen mit strikter Einhaltung zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum durchführen sollten. Diese Empfehlungen beziehen sich auf den neoklassischen Ansatz. Zu den hauptsächlichen Aufgaben gehören die makroökonomische Stabilisierung, Währungs- und Preisstabilität, Entfaltung der Markt- und Wettbewerbsordnung, Privatisierung und Sicherung der Eigentumsrechte, Deregulierung und Liberalisierung der Finanzinstitute (vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2004: 19).

⁷ Die unterschiedlichen Reformumfänge werden im Kapitel 4 verdeutlicht.

⁸ Als erste Demokratisierungswelle wird bei Wolfgang Merkel die Entstehung der Demokratien weltweit in den Jahren 1828-1922/26 verstanden. Zu der zweiten Demokratisierungswelle gehören die Nachkriegsdemokratien (z.B. Deutschland, Italien, Japan und Frankreich). Zu der dritten Demokratisierungswelle gehört die Demokratisierung der Staaten in Südeuropa und Ost- und Südostasien (z.B. Spanien, Portugal, Südkorea, Philippinen) (vgl. Merkel 1999: 173).

von einer nationalen Unabhängigkeit und einer Wiedererlangung der nationalen Identität sprechen.

2.1.1. Die Reformen: Reihenfolge und zeitliches Geschwindigkeitskonzept als strategische Entscheidung

Bei der Konzeption eines schlüssigen Reformprogrammes reicht es nicht aus, zu analysieren, wie die notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden. Im Mittelpunkt steht die Frage, in welchem Zeitraum und in welcher Reihenfolge die einzelnen Reformschritte durchgeführt werden sollen (vgl. Hemmer/Marienburg 2000: 18). Zu der ersten Vorbereitungsphase gehört die Schaffung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen. Höchste Priorität haben der Umbau der administrativen Strukturen des Finanzsystems sowie die Vorbereitung auf die Privatisierung. Die Startphase ist charakterisiert durch die Preisfreigabe und außenwirtschaftliche Liberalisierung, was die Schaffung von Wettbewerb fördern soll. In der Anpassungsphase soll eine Prozesspolitik gefördert werden, um den marktwirtschaftlichen Regelmechanismus funktionieren zu lassen und so die Strukturanpassungen möglichst in kurzer Zeit zu bewältigen, um die weiteren wichtigen Prozesse wie die Privatisierung und Unternehmensbewertung voranzutreiben. (vgl. Lösch 1992: 14f). In Hinblick auf die ökonomische Umsetzung der erforderlichen Reformmaßnahmen geht es vor allem um die zeitliche Reihenfolge („*sequencing*“) der einzelnen Maßnahmen sowie, zu welchem Zeitpunkt die einzelnen Reformschritte umgesetzt werden sollen („*timing*“) (vgl. Hemmer/Marienburg 2000: 18). Ein Versäumnis oder Chaos bei der Implementierung von Reformen zwischen den einzelnen Reformschritten würde automatisch zu unerwünschten Effekten führen und kann den ganzen Transformationsprozess stark abwerten. Die optimale Reihenfolge der Maßnahmen ist umstritten und es gibt dazu verschiedene Streitpunkte, aber auch Gemeinsamkeiten. Einig ist man sich, dass der Aufbau einer institutionellen Infrastruktur absolute Priorität hat, da diese Prozesse enorm viel Zeit in Anspruch nehmen und gleichzeitig die Spielregeln für den weiteren Transformationsprozess herstellen (vgl. Ghose 2003: 37f). Umstritten ist jedoch, inwieweit die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung mit einer umfassenden Außenhandelsliberalisierung in einem Schritt zu verbinden ist. Die Befürworter verweisen bei einer solchen Kombination auf die Gefahr einer schnell steigenden Arbeitslosigkeit, bedingt durch eine anfangs geringe Anpassungskapazität der Volkswirtschaft. Dem entgegen betonen die Gegner, dass sich aufgrund der Konfrontationen in dem internationalen Wettbewerb die Produktionsentscheidungen sofort an den relevanten Weltmarktpreisen orientieren. Dadurch werden unnötige nachträgliche Anpassungskosten vermieden, die bei einer späteren Außenhandelsliberalisierung entstehen könnten (vgl. Willgerodt 1992: 95f). Einigkeit herrscht ebenfalls darüber, dass eine vollständige Kapitalverkehrsliberalisierung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll, damit zuerst der inländische Finanzmarkt liberalisiert werden kann. Strittig ist hingegen, wann eine umfassende Privatisierung einzuleiten ist. Es wird empfohlen, zunächst die Privatisierung kleiner Unternehmen voranzutreiben und mit der Restrukturierung von Großbetrieben erst nach einer erfolgreichen Liberalisierung und Stabilisierung zu beginnen. Die Gegenargumentation bezieht sich darauf, dass gerade eine erfolgreiche Liberalisierung und Stabilisierung nicht möglich ist, solange diese nicht mit einer Veränderung der Eigentumsstruktur einhergeht. Solange die Unternehmen nicht in privater Hand sind, können die Marktprozesse nicht in den Gang gesetzt werden. Aus diesem Grund sollte

bereits im Rahmen der Stabilisierung mit einem aggressiven Privatisierungsprogramm begonnen werden (vgl. Ghose 2003: 39).

Dass die fehlerfreie zeitliche Einstellung und der Zyklusausfall der Maßnahmen während des Transformationsprozess außerordentlich wichtig ist, belegt ein Konzept der European Bank of Reconstruction and Development. In den jährlich erscheinenden Transition Reports wurde eine Auswertung in verschiedenen Bereichen wie Privatisierung, Außenhandel und Infrastruktur gegeben. Zahlreiche Untersuchungen aus diesem Umfeld haben belegt, dass ein Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt des Einsetzens wirtschaftlicher Reformen, deren Reihenfolge und dem Erfolg der wirtschaftlichen Transformation besteht (vgl. Beichelt 2002: 23). Es ist die Frage nach dem optimalen Zeitpunkt der Reformen vom Zeitbedarf her und von inhaltlichen Interdependenzen, die zwischen den verschiedenen Reformschritten bestehen. Im Kern führt dies zu den alternativen Strategien der Schocktherapie und des Gradualismus (vgl. Hemmer/Marienburg 2000: 20).

2.1.2. Schocktherapie versus Gradualismus

Die heißen Diskussionen über Transformationsreformen verliefen überwiegend in Bezug auf deren Tempo. Einerseits waren es Anhänger des Gradualismus, einer wirtschaftlicher Konzeption, die eine langsame und konsequente Reformierung der Ökonomie vorsieht. Hier wurde empfohlen, die Reformen zeitlich zu strecken, die marktwirtschaftliche Umstrukturierung zu enthärten und starke wirtschaftliche Schwankungen sowie Produktivitäts- und Wohlstandsverluste zu vermeiden (vgl. Pham-Phuong 2000: 28). Anders die Befürworter der Schocktherapie. Sie meinten, dass man einen „ökonomischen Graben nicht in zwei Sprüngen überfliegen könne“ und die Reformen in einem Durchgang absolviert werden müssten (Popov 2007: 81). Die Phasen und die Reihenfolge der Reformen sind dagegen bei beiden Ansätzen homogen (siehe den Abschnitt 2.1.1).

Der Gedanke der Gradualismus ist, dass ein langsamer Austausch des vorhandenen Systems, die kritische und prekäre Phase, wenn die alten Mechanismen nicht mehr funktionieren und die neuen noch nicht wirken, auszuschließen gestatte (vgl. Popov 2007: 81). Sie widersprachen der sofortigen Vernichtung von bestehenden Institutionen und der Abschaffung der alten Regeln der ökonomischen Regulierung, bevor die neuen Marktregeln ausgearbeitet waren. Im Gradualismusprozess wird dem institutionellen Wandel erheblich mehr Bedeutung beigemessen als der Außenhandels- und Wettbewerbsliberalisierung. Bestehende Institutionen sollten eine langsame Preisfreilassung koordinieren und so eine hohe Inflation und Ungleichgewichte vermeiden helfen. Die Liberalisierung des Außenhandels, der Kreditinstitute und des Arbeitsmarktes sollte zu einem noch späteren Zeitpunkt implementiert werden. Auch sollte die Stabilisierungspolitik weitaus vorsichtig betrieben werden und die Entwicklung des Privatsektors sollte Vorrang vor der Privatisierung haben (vgl. Quaisser 2009: 17). Begründet wird solches Vorgehen damit, dass das bestehendes Sozial- und Ordnungskapital nicht zerstört werden müsse, sondern so lange wie möglich genutzt werden solle, bis sich langsam ein neues entwickelt habe (vgl. Stiglitz 1999: 8). Ein institutionelles Vakuum, das im Falle einer Zerstörung der alten Institutionen entsteht, kann zu Chaos und katastrophalem Rückgang der Produktion führen. Graduelle Reformen benötigen geringere administrative Kapazitäten und

sind meist mit geringeren Kosten verbunden (vgl. Hemmer/Marienburg 2000: 22). Der graduelle Ansatz bezog sich nicht nur auf die Transformationstheorie, sondern zielte teilweise auf eine Fundamentalkritik des „Washington Konsens“. Im Kern lautet der Vorwurf des Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz so, dass die Radikalreformer von einem theoretischen Konzept ausgingen, das durch ein übermäßiges Vertrauen in die Modelle der ökonomischen Lehrbücher gekennzeichnet sei (vgl. Stiglitz 1999: 3). Gegenüber dem von sozialökonomischen Einschnitten geprägten radikalen Ansatz ermöglicht die gradualistische Theorie die Reduktion der sozialen Anpassungskosten durch größere Kontrollmöglichkeiten (vgl. Eckert 2007: 36). Die verschiedenen Phasen weisen nur geringere Anpassungen auf, d.h. es entstehen relativ niedrige Anpassungskosten in der jeweiligen Phase. Dagegen entstehen relativ hohe Rahmenkosten in Form von entgangenem Nutzen durch lange Zeit erforderliche Koordinierung der Transformationsreformen (vgl. Pham-Phuong 2000: 28). Bei dieser Vorgehensweise ergeben sich ebenfalls Konsistenzprobleme, wenn komplementäre Reformen gesplittet werden, das langsame Tempo als Zögern ausgelegt wird und der Reformprozess ins Stocken gerät (vgl. Hemmer/Marienburg 2000: 22). Der Staat spielt bei dieser Konzeption der Reformierung und der Marktgestaltung eine Schlüsselrolle, behält Kontrolle über die Steuerung der Lohn- und Investitionspolitik (vgl. Merkel 1999: 390), da er erst nach und nach die Grundelemente der Planwirtschaft durch die freie Marktwirtschaft ersetzen muss (vgl. Quaisser 2009: 17). Die politische Führung strebt in dieser Situation an, möglichst viele dominierende Machtpositionen festzuhalten. Gradualistische Transformationsprogramme waren bei den sozialistischen Regierungen daher beliebt, da die damit einhergehenden Machtverluste zum Teil verzögert werden konnten (vgl. Pham-Phuong 2000: 28).

Das Modell der Schocktherapie ist die härteste Variante der Systemtransformation. Die Schocktherapie verlangt eine radikale Einführung der Marktwirtschaft, die beschleunigte Übergabe des Staatsbesitzes in die private Hand, die genügend Kapital oder administrative Macht vorweisen kann. Das typische Merkmal der Schocktherapie ist die Bestrebung zur sofortigen Auflösung der administrativen bürokratischen und institutionellen Systeme, die für die zentrale Planwirtschaft repräsentativ waren. Die Rede ist von einer unmittelbaren Implementierung der institutionellen Systeme und Verwaltungsnetze aus den schon erprobten westlichen Systemen. Das Ganze sollte anhand einer Verabschiedung der nötigen Gesetze in Kraft treten (vgl. Hemmer/Marienburg 2000: 21). In dem Gegensatz zu einer graduellen Strategie sieht die Standardversion eines radikalen Ansatzes in der ersten Phase vor, Preise und Außenhandel umfassend zu liberalisieren und die Konvertibilität der Währung einzuführen, wofür man eine starke Abwertung der eigenen Währung im Kauf nimmt. Dies wird von einer konsequenten Stabilisierungspolitik flankiert, um die inflationstreibende Kräfte unter Kontrolle zu halten. Zu der ersten Phase gehören ebenfalls eine strenge Kreditpolitik, ein drastischer Subventionsabbau und eine harte Budgetschränke, um den marktkonformen Anpassungsprozess zu erzwingen (vgl. Balcerowicz 1993: 59). Mit der Privatisierung wird in diesem Ansatz zwar in der zweiten Phase begonnen, bevorzugt wird aber deren hohe Geschwindigkeit. Arbeits- und Finanzmärkte bleiben zunächst teilweise reguliert, ihre Wettbewerbsliberalisierung hängt von der Geschwindigkeit der Privatisierung ab (vgl. Quaisser 2009: 13). Für ein erfolgreiches Funktionieren der Schocktherapie gibt es eine Reihe von theoretischen Argumenten. Eine ständige Verzögerung der Maßnahmen verursacht nur Kos-

ten, deswegen, wenn die Notwendigkeit der Veränderungen klar ist, müssen diese möglichst schnell realisiert werden. Zweitens sei eine langsame Reformierung wie beim Gradualismus nicht immer realisierbar. Es bestehe eine Abhängigkeit zwischen einzelnen Wirtschaftsakteuren, da diese in einer Volkswirtschaft mit einander verkettet seien. So bringe eine Teilprivatisierung keinen notwendigen Effekt, da die für entsprechende Lieferanten, Kunden und Geschäftspartner benötigte Infrastruktur fehle und ein begrenztes Unternehmertum keine Investoren anziehe. Das bedeutet, dass eine Privatisierung erst einmal eine bestimmte Masse erreichen soll, damit der Markt zu funktionieren beginnt (vgl. Polterovitch 2006: 8f).

Diese überzeugende Argumentation ist aber in der Praxis meistens übergangen worden. Die Investitionstätigkeit durch das ausländische Kapital kann bei dieser Vorgehensweise sehr schleppend verlaufen, da während der Schocktherapie keine klare und angemessene Gesetzgebung und keine klaren Rahmenbedingungen existieren. So kann ein durch Schocktherapie angeleiteter Transformationsprozess keine Ausbalancierung vorweisen und länger verlaufen als geplant. Die Eigentumsu mwandlung und der Aufbau der Institutionen können Jahre dauern. Das führt zu einem Ungleichgewicht und stimuliert eine ungerechte Verteilung der Ressourcen, was letztendlich Wachstumseinbrüche mit sich bringt (vgl. Hemmer/Marienburg 2000: 21). Im Zusammenhang damit stehen hohe soziale Anpassungskosten. Eine mangelhafte Konstruktion der Reformen birgt die Gefahr, dass der Reformprozess bei weiten Teilen der Bevölkerung in Misskredit gerät und scheitert. Massive soziale Unzufriedenheit führt zu Ungehorsam und Reformblockierung seitens der Menschen. Die Wirtschaftssubjekte haben nicht genug Zeit für die Adaptierung der neuen Regeln und die Reformatoren haben nicht genug Zeit zur Fehlerberechtigung (vgl. Polterovitch 2006: 10). Auf der politischen Ebene waren die Mitglieder des ehemaligen Staatsapparats in den MOE-Staaten die Gegner der Schocktherapie. Sie wollten diese rasche Veränderung stoppen oder zumindest, soweit es geht, verlangsamen, weil die sich an der radikalen V ollendung orientiert, von wo aus die Rückkehr zum alten System, in diesem Fall zum Sozialismus, einfach unmöglich wäre. Andererseits kann die Regierung durch die Wahl der Schocktherapie die Glaubwürdigkeit ihrer Reformpolitik erhöhen, da wichtige Reformen nicht auf die Zukunft verschoben, sondern sofort angekündigt und durchgeführt werden. Die Schocktherapie ermöglicht es den momentanen Entscheidungsträgern, „Fakten zu schaffen“ und dem Reformprozess eine gewisse „Unumkehrbarkeit“ zu verleihen. So kann durch die rasche Einführung umfassender Reformen der zu erwartende Widerstand von Interessengruppen am ehesten vermieden werden (vgl. Hemmer/Marienburg 2000: 22f). Die Kosten bei der Schocktherapie entstehen an anderen Stellen als beim Gradualismus. Es werden zwar geringe bzw. keine Rahmenkosten einkalkuliert, weil der optimale institutionelle Rahmen mit einem Schlag eingeführt wird, dagegen muss man mit hohen Anpassungskosten rechnen. Die sozialen Transaktionskosten steigen stark, was große Investitions- und Kapitalverluste mit sich bringt (vgl. Pham-Phuong 2000: 26).

2.2. Der „Varieties of Capitalism“ als Ansatz für eine Kapitalismusdebatte

Mit dem Buch „Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage“ machten die Autoren Peter Hall und David Soskice den Begriff „Varieties of Capitalism“ sehr populär, und er wird heute häufig in der Kapitalismusforschung verwendet

(vgl. Schevchuk 2008: 73). Im Gegensatz zu früheren, eher deskriptiven Ansätzen von *Michael Albert (Capitalism contra Capitalism)* und *Ronald Dore (Stockmarket Capitalism. Welfare Capitalism: Japan and Germany versus Anglo-Saxsons)* haben Hall und Soskice versucht, zwei idealtypische Varianten des Kapitalismus zu unterscheiden, die *liberal market economie (LME)* und die *coordinated market economie (CME)* (vgl. Hall/Soskice 2001: 8). Im Kapitel „Liberal Market Economies: The American Case“ heben die Autoren hervor, dass die liberale Marktwirtschaft die gleiche Wirtschaftsentwicklung und Effektivität hervorrufen kann wie die koordinierte Marktwirtschaft. Die Ergebnisse erreicht man aber auf unterschiedlichen Wegen (vgl. Hall/Soskice 2001: 27). In der liberalen Marktwirtschaft baut man die Verhältnisse auf der Grundlage der ökonomischen Marktbeziehungen im Rahmen des Wettbewerbs aus. Die Erfolgsmethoden dafür sind die formellen Beziehungen zwischen Lieferanten und Auftragsgebern, die individuelle Vertragsaushandlung auf dem deregulierten Arbeitsmarkt und die starke Mobilität der Arbeitskräfte. Das Gleichgewicht entsteht durch den Ausgang der Preisaushandlung, durch Marktsignale und Maximierung des eigenen Nutzens (vgl. Hall/Gingerich 2004: 8). In der koordinierten Marktwirtschaft greifen die Wirtschaftsakteure zu den Formen der „non-market“- Koordination, welche durch Prozesse strategischer Interaktionen erreicht werden (vgl. Lazonick 2008: 21). Hier entstehen die Gleichgewichte mittels der Überwachung des Marktgeschehens durch die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerverbände, was die Bedeutung von Gewerkschaften sowie Einrichtungen staatlicher Regulierung steigen lässt. Das Verhalten wird entsprechend der Spieltheorie gestaltet durch die Bildung von glaubwürdigen Verpflichtungen, Informationsaustausch, Kontrolle, Planung und Sanktionierung (vgl. Hall/Gingerich 2004: 8). Die Unternehmenstätigkeit wird durch die Konkurrenz verstärkt, was Unternehmen zu mehr Zusammenarbeit zwingt und die institutionelle Unterstützung der „non-market“-Beziehungen weniger bedeutend macht (vgl. Hall/Soskice 2001: 27).

Der VoC-Ansatz sieht Unternehmen und relevante Business- Gruppen als Grundlage der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft in beiden ökonomischen Systemen an. Durch deren Verhalten wird Wohlstands- und Wachstumssteigerung gesichert. Unternehmen agieren in verschiedensten Sphären: sie beschaffen die Kredite, regulieren die Löhne, optimieren die Arbeitsbedingungen, sichern Ausbildungsplätze, bilden die Netzwerke, bauen den Zugang zu den Produktionsmitteln aus und stehen im harten Wettbewerb um die Kunden (vgl. Hall/Gingerich 2004: 7). Der Schlüssel zum Erfolg ist eine effektive Koordinierung mit anderen Wirtschaftssubjekten. Eine fehlerhafte Koordinierung führt zu Abstimmungsproblemen mit anderen Wirtschaftsakteuren und bringt neue Wettbewerber auf die Märkte. Die effiziente Ausnutzung ökonomischer Interaktionen lässt Unternehmen ihre Produktion und Dienstleistungen dort anbringen, wo es die meisten Gewinne bringt (vgl. Hall/Soskice 2001: 6). Die Autoren heben vier institutionelle Bereiche hervor, die auf die Unternehmen in liberalen und koordinierten Marktwirtschaften wirken (vgl. Schevchuk 2008: 74). Ein korporatives Regulierungs- und Führungssystem in der Unternehmensstruktur, dessen Finanzierung von Fachwissen und Vertrauen abhängt. Ein Aus- und Weiterbildungssystem, das sich über branchen- und firmenspezifische Ausbildung bis hin zur außerbetrieblichen und allgemeineren Ausbildung ausdehnt. Ein System der Kooperation zwischen einzelnen Unternehmen, das die Normensetzung und den Technologietransfer regelt. Schließlich das System der Beziehungen

zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt, welches die Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Aushandlung der Arbeitsbedingungen sowie von Löhnen und Gehältern vorsieht (vgl. Hall/Soskice 2001: 28). Diese VoC-Lehre von den Verschiedenheiten der Kapitalismustypen hebt das Privateigentum und die Regelungsmechanismen im Sinne von Governance nicht hervor und geht von Privateigentum und der Scherung und genauen Definition der Rechte auf den Privateigentum aus, sodass die Privatisierung von Staatseigentum in der Theorie nicht explizit erwähnt wird.

Das Thema der Institutionen hat in dem VoC-Ansatz ebenfalls einen besonderen Platz. Aus der Sicht der Autoren ermöglichen die sozialen Institutionen, in die jedes ökonomische Handeln eingebunden ist, die benötigte Erwartungssicherheit und Stabilität für angestrebte wirtschaftliche Aktivitäten. Hall und Soskice gehen davon aus, dass diese institutionellen Strukturen die elementaren und konstituierenden Teile einer Marktwirtschaft verbinden und dadurch einen stabilen sozialen Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen bewirken (vgl. Hoffmann 2003: 126). Sie kommen zu dem Schluss, dass die spezifischen Konfigurationen der staatlichen Institutionen die Gestalt der Volkswirtschaft formieren, und führen den Begriff „institutional complementarities“ ein. Damit beschreiben sie die gegenseitige Abhängigkeit der Institutionen, ihre rückbezügliche Unterstützung und ihre wechselseitige Wirkung. Des Weiteren bestehen die Autoren auf der Existenz von „competitive institutional advantage“. Damit wird gesagt, dass das Bestehen von spezifischen Institutionen in beiden Wirtschaftssystemen den Unternehmen entweder wirtschaftliche Vor- oder Nachteile bringen (vgl. Jackson/Deeg 2006: 22).

Die Kritik an dem VoC-Ansatz betrifft meistens seine funktionalistische Schwäche. Die in der Theorie unterstellte Komplementarität der verschiedenen institutionellen Ordnungselemente wird nach Ansicht von Kritikern nur auf strategisches Handeln gesellschaftlicher Akteure zurückgeführt. In diesen Modellen wird ein außerhalb des Marktes stehender Regulator ausgelassen, was in diesen beiden Kapitalismusmodellen die gesellschaftliche Vielfalt stark reduziert (vgl. Bieling 2009: 7). Die VoC ist eine Analyseperspektive, die sich nicht mit den Vor- und Nachteilen des Kapitalismus auseinandersetzt und ihn nicht kapitalismuskritisch betrachtet (vgl. Bieling 2009: 2).

2.3. Einbeziehung des „VoC“-Ansatzes und des „timing-Konzeptes“ in die Untersuchung. Bildung eines Koordinatensystems

Aus den geschilderten theoretischen Erklärungen soll ein zusammenhängendes System gebildet werden, das mit speziellen Eigenschaften der osteuropäischen Transformation ergänzt wird (siehe Kapitel 3), um die später folgende empirische Analyse objektiv überprüfen zu können. Die zwei unterschiedlichen Entwicklungsmuster, auf welchen der Varieties of Capitalism-Ansatz basiert, bilden eine X-Achse, die den Liberalisierungs- oder Koordinierungsgrad der freien Marktwirtschaft misst. Jedoch berücksichtigt die VoC nicht die Phase der Einführung der freien Marktwirtschaft, sondern setzt da an, wo die Existenz unterschiedlicher nationaler Kapitalismusmodelle grundsätzlich gegeben ist (vgl. Bieling 2009: 2). Die Grundlagen von Demokratie und Marktwirtschaft, auf welchen VoC beruht, finden ihren Ursprung in den europäischen Entwicklungen des 18. und 19. Jahrhunderts. Erst danach

entwickelten sich im dem Zeitalter der Aufklärung der Liberalismus, der moderne Rechts- bzw. Verfassungsstaat und die freie Marktwirtschaft (vgl. Franzen/Haaralnd/Niessen 2005: 11). Man sieht eine bestimmte zeitliche Abfolge, nach welchen bestimmte Ereignisse eingetreten sind. Um für Osteuropa auch einen zeitlichen Horizont zu bilden, werden auf der Y-Achse zwei Zeitkonzepte – das der Schocktherapie und des Gradualismus, eingebracht, um die Einführung und die Geschwindigkeit der Reformen messen zu können. So erhalten wir ein Koordinatensystem von einer liberalen und koordinierten Marktwirtschaft einerseits und von deren Einführung unter unterschiedlichen zeitlichen Konzeptionen andererseits (Abbildung 1).

Die in dieser Forschungsarbeit untersuchten Staaten Polen, Ungarn, Lettland und Slowenien würden in dem erstellten Koordinationssystem aufgrund eigenen Reformwegs einen individuellen Platz erhalten. Lettland wählte eine radikale Umsetzung der Reformen nach dem Prinzip der Schocktherapie und betrat den neoliberalen Kapitalismuspfad. Kennzeichen der neoliberalen Marktreformen waren dort die niedrige Steuer, die Einsparung von Sozialkosten, ein deregulierter Arbeitsmarkt und eine starke Wettbewerbsliberalisierung (vgl. Lendvai 2009: 12). Der Transformationsprozess begann dort im 1992, einige Jahre später als in den restlichen Staaten Osteuropas, da Lettland Bestandteil der Sowjetunion war. Aufgrund der schweren Ausgangsbedingungen, was unter anderem auf die starke Verwurzelung des Kommunismus und das politische Erbe des Totalitarismus (wird im Kapitel 3.2 erläutert) zurückzuführen ist, wurden Reformen rasch in einem radikalen Transformationsansatz umgesetzt (vgl. Quaisser 2009: 14). Die polnischen und ungarischen Reformen lassen sich schwer in eines der dargestellten Konzepte einordnen und bilden eher eine Mischform aus liberalen und kooperativen Marktformen. Diese Staaten waren durch eine höhere marktwirtschaftliche und industrielle Vernetzung als Lettland gekennzeichnet und unternahmen die weitgehendsten Schritte zur Etablierung eines bürgerlich kapitalistischen Wertesystems. Man leitete schon früh die freie Marktwirtschaft ein, derer laufende Reformierung von der momentanen sozialen und ökonomischen Lage abhängig war. Die politische Führung räumte in Ungarn und Polen soziale Reformen ein, nachdem die massiven Proteste und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung enorm zugenommen hatten (vgl. Steiner 2003: 24). Um die soziale Härte zu mindern, wurden zwar mit Verzögerungen und Unregelmäßigkeiten die Mindestlöhne und das Arbeitslosengeld eingeführt sowie die Rolle der Gewerkschaften verstärkt. Bohle und Greskovits nennen das entstehende Modell ein „embedded neoliberal regime“ (vgl. Bohle/Greskovits: 454). In Ungarn leitete man schon Ende 60er sowie in den 70er und 80er Jahren kontinuierlich die Schritte zur Marktöffnung ein, was den Handlungsumfang mit westlichen Staaten steigen ließ. So ging die ungarische graduelle Reformpolitik der 60er Jahre praktisch in die Transformationspolitik über, sodass in den 90er Jahren Ungarn bereits über weit fortgeschrittene institutionelle Rahmenbedingungen, verfügte über ein Banksystem mit einer Zentralbank, über eine liberalen Preisstruktur und einen weit gediehenen Außenhandel (vgl. Kušić 2002: 12). Die übrigen Reformen sowie die Privatisierung wurden graduell umgesetzt, haben aber länger gedauert als geplant. In Polen, anders als in Ungarn, versuchte man die Reformen noch ab den 50er Jahren in bestimmten Zyklen durchzusetzen. Jedoch scheiterte jeder Anlauf zu einer Dezentralisierung des planwirtschaftlichen Systems bis zum Beginn der Transformation

Ende der 80er Jahre. Man entschied sich im Jahre 1989 für den *Balcerowicz-Plan*⁹ der sich überwiegend für eine Schocktherapie aussprach (vgl. Busch: 1993: 268f).

Slowenien führte seine Reformen nach Beispiel der koordinierten Marktwirtschaft durch. Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wurden als Partner bei Gestaltung des ökonomischen Gleichgewichts mitbeteiligt (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 449). Das hängt zu einem damit zusammen, dass Slowenien aufgrund der ethnischen Homogenität und der starken zivilgesellschaftlichen Traditionen gute Ausgangsbedingungen hatte (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003: 3), und zum anderen lag es daran, dass durch größere Teilhabe der ehemaligen Funktionäre der kommunistischen Partei die Ideen des Sozialismus zum Teil in reformierter Form so umgesetzt wurden, dass Slowenien erst gegen Ende der neunziger Jahre vom Modell der staatlichen Planwirtschaft auf das Modell der Marktwirtschaft übergang (vgl. Feri 2010: 10). Die Anhänger und Funktionäre des früheren kommunistischen Regimes arbeiteten mit den neuen demokratischen politischen Parteien zusammen. Dadurch gelang es ihnen, anders als in anderen Staaten, die sich gewaltsam vom Kommunismus befreiten, stärkere Positionen in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu behalten (vgl. Punk 2010). In Slowenien nahm der gesellschaftliche und politische Wandel bereits in der 80er Jahren seinen Anfang, als das Land noch Bestandteil Jugoslawiens war. Der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus¹⁰ wurde dort schon in den 60er Jahren gelockert und die Reformen fanden nach ungarischem Beispiel ab den 60er Jahren statt. Das alles ermöglichte eine eigenständige slowenische Variante der Transformation, die eine konsensorientierte und gradualistische Politik durchführen ließ, wenn auch zumindest eine harte Liberalisierung und Stabilisierung in der ersten Phase der Transformation verfolgt wurde (vgl. Quaisser 2009: 14).

Zu berücksichtigen ist, dass weder der eine noch der andere Ansatz je in seiner reinen Form in die hier untersuchten Staaten implementiert wurde. Zudem entstanden im Zeitablauf der Transformationsprozesse verschiedene Mischformen, die auch das Ergebnis wechselnder politischer Konstellationen sind (vgl. Quaisser 2009: 13). Trotz der unterschiedlichen Wege und der ungleichen Transformationsreformen kann man feststellen, dass der Systemwechsel in allen diesen Ländern stattgefunden hat, da die wichtigsten Ziele der Transformation, der Wandel von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft – die Privatisierung, Liberalisierung und makroökonomische Stabilisierung in den jeweiligen Ländern verfolgt wurden. Als Bestätigung dafür gelten nicht nur die Transformationsindexe des Bertelsmann Transformation Index und der Weltbank für Entwicklung und Zusammenarbeit, nach welcher schon Ende der 90er

⁹ Die Regierung begann ein radikales Reformprogramm mit starken sozialen Einschnitten. Entwickelt hatte es Leszek Balcerowicz, der von 1989 bis 1991 Vizepremier und Finanzminister unter Tadeusz Mazowiecki war. Der nach ihm benannte "Balcerowicz-Plan", mit dessen Umsetzung Polen am 1. Januar 1990 begann, schaffte die Grundlagen für die wirtschaftliche Umstrukturierung des Landes zu einer freien Marktwirtschaft (vgl. Heller 2009: 150).

¹⁰ Der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus wurde in 1953 eingeführt und gliederte sich in einen administrativen Wirtschaftssozialismus und einen Vertragssozialismus. Es stützte sich auf die Arbeiter- und gesellschaftliche Selbstverwaltung, den Prozess der Dezentralisierung und Deetatung staatlicher Funktionen auf lokale Organe der Staatsgewalt, auf marktwirtschaftlichen Reform und Öffnung gegenüber den Westen als Reaktion mangelnder Effizienz der Ökonomie. Solche Mechanismen wie Sozialverträge, Vereinbarungen zur Unternehmensselbstverwaltung und Sozialplanungen wurden breit eingesetzt (vgl. Glamuzina 2008: 8).

Jahre bis Anfang des neuen Jahrtausends die untersuchten Staaten hohe Indexkennzahlen aufzeigten (vgl. EBRD Transition indicators 2010), sondern auch die Kopenhagener Kriterien der EU¹¹, die eine funktionierende Marktwirtschaft, stabile Institutionen und Demokratie mit Rechtsstaatlichkeit voraussetzen und von allen Mitglieder der Europäischen Union eingehalten werden müssen (vgl. Wolter: 2007: 5). Mit den Kopenhagener Kriterien wurden die von den Beitrittskandidaten zu erfüllenden Vorbedingungen für die Verhandlungseröffnung bzw. die bis zum Zeitpunkt des Beitritts umzusetzenden Regelungen festgelegt (vgl. Grimm/Merkel 2005: 183). Der Beitritt dieser Länder zur EU im Jahre 2004 markiert hier weitgehend den Abschluss der Transformation (vgl. Quaisser 2009: 14).

3. “Varieties of post-communist capitalism”, politisches Erbe und Institutionsbildung als ergänzende Forschungsvariablen

Das Koordinatensystem, das aus theoretischen Annahmen besteht (siehe Kapitel 2), wird mit, bezogen auf die untersuchten Staaten, für die Forschung relevanten Indikatoren vervollständigt. Dazu wird schon die erwähnte Theorie von Ivan Szelényi „Varieties of post-communist capitalism“ aus dem Forschungsprogramm der neoklassischen Soziologie eingesetzt und anhand derer nach *Capitalism from below*, *Capitalism from above* und *Capitalism from without* unterschieden. Diese Kategorien der Kapitalismuseinführung werden im zusammenhängenden Verlauf dargestellt werden. Das bildet die Basis für die andere These von Szelenyis aus dem Buch „Making capitalism without capitalists“ über die Distribution des Kapitals mit einer spezifischen Abfolge von kulturellem, sozialem und ökonomischem „humanem Kapital“ in den postkommunistischen Gesellschaftstypen. Die Veränderungen bezüglich der Eliten und der Gesellschaft werden generell angeschaut, um das Thema der Transformation zu vervollständigen. Dadurch sollen die grundsätzlichen Tendenzen erkannt werden.

Das politische Erbe demonstriert die Wirkung der geschichtlichen Vergangenheit auf den Systemwandel. Es wird gezeigt, dass die wirtschaftlich-politische Transformation in einer kausalen Beziehung zu politischen Entscheidungen und zum geschichtlichen Erbe in den MOE-Staaten stand.

Viele Wissenschaftler (Dorothee Bohle, Bela Greskovits, Rüdiger Görner), die sich mit dem Transformationsprozess in den MOE-Staaten beschäftigt haben, treffen die Feststellung, dass es auch eine starke Korrelation zwischen dem Funktionieren von staatlichen Institutionen und der Anpassung institutioneller Rahmenbedingungen in den MOE-Staaten gibt. Das Funktionieren der Institutionen wird ferner durch das politische Erbe und seinen geschichtlichen und kulturellen Hintergrund reflektiert.

¹¹ Um Mitglied in der Europäischen Union zu werden, müssen die beitriftswilligen Länder bestimmte politische und wirtschaftliche Voraussetzungen erfüllen, die der Europäische Rat in Kopenhagen im Jahr 1993 festgelegt hat. Dazu gehört eine stabile demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte, eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Übernahme des EU-Rechts (vgl. Webseite des Lexikons der Bundeszentrale für politische Bildung).

3.1. „Varieties of post-communist capitalism” – das Forschungsprogramm der neoklassischen Soziologie als Diskussionsanleitung

Der amerikanische Professor für Soziologie George Ritzer hat es in seinem Buch „Sociological Theory“ unternommen, eine große Anzahl von soziologischen Theorien, Methoden und Paradigmen zu klassifizieren und in eine Rangordnung zu bringen, wodurch der größte Teil der soziologischen Theorien eine eigene „Nische“ erhält. Als Basis gilt die klassische Soziologie mit einer Reihe von Paradigmen wie Positivismus, Evolutionismus, Marxismus und Weberianismus. Jedes Paradigma enthält mehrere für es passende Theorien. In Rahmen dieses Metaparadigmas entwickelten und modernisierten sich neue Theorien und neue wissenschaftliche Linien wie *postklassische*, *unklassische*, *postunklassische* oder *neoklassische*¹² Soziologien (vgl. Zborovskij 2008: 7f). Ivan Szelenyi erarbeitete daraufhin einen neuen Ansatz im Rahmen der neoklassischen Soziologie zur Erklärung und Analyse der neuen Kapitalismustypen weltweit. Genauso wie Karl Marx und Max Weber die klassischen Soziologie-Analysen für die historische Herausbildung des Kapitalismus und seiner Entwicklung boten, stellt Ivan Szelenyi im Ergebnis seines Buches „Making capitalism without capitalists“ eine Ausarbeitung vor, die zeigt, wie im post-kommunistischen Zentral- und Osteuropa der Kapitalismus ohne Kapitalisten aufgebaut wurde (vgl. Steiner 2002: 25). Die neoklassische Soziologie geht von der Betrachtung der soziologischen Objekte und Subjekte aus. Die Basis hierfür ist die gesellschaftliche Struktur. In der Untersuchung von Szelenyi wird unter der Subjektbildung die Erneuerung der Formen und Zustände des Kapitalismus verstanden. Das Objekt ist die Gesellschaft als System mit eigenen sozialen Handlungen und Netzen, sozialen Gruppen und frei organisierten Akteuren (vgl. Zborovskij 2008: 8).

Die These „Making capitalism without capitalists“ wird durch die drei Kategorien von Capitalism from below, Capitalism from above und Capitalism from without inhaltlich abgegrenzt. Der „Kapitalismus von unten“ bezeichnet die Entstehung einer neuen, einheimischen Klasse kapitalistischer Unternehmer unter der Kontrolle des kommunistischen Staatsapparates. Wirtschaftspolitisch wird dieser Pfad des Systemwandels mit dem „*Gradualismus*“ verbunden. In diesem Fall wird die Etablierung von Märkten, des Privateigentums und privatwirtschaftlicher Institutionen der Privatisierung des Staatssektors vorgeschaltet. Multinationale Unternehmen werden zwar ins Land gelassen, können aber die Schlüsselbranchen nicht übernehmen (vgl. Bluhm 2008: 3). Slowenien galt in den MOE-Staaten als ein Beispiel des gradualistischen Konzepts. Auch für die multinationalen Unternehmen waren die Beteiligungsmöglichkeiten an slowenischen Aktiva begrenzt. Der kommunistische Staatsapparat wurde dort durch die freien Wahlen nicht komplett ersetzt und gestaltete auf legitime Art und Weise die Politik in Slowenien weiter (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 445). Jedoch wird der Kapitalismus von unten nach Szelenyi nicht mit einer koordinierten Marktwirtschaft, sondern mit einem patrimonialischen Staatskapitalismus in Verbindung gebracht, wofür als Beispiele solche Staaten wie China oder Vietnam stehen (vgl. Szelenyi/King 2005: 211).

¹² Neoklassische Soziologie beinhaltet z. B. Neupositivismus, Neomarxismus, Neoweberianismus und Neofunktionalismus.

Die zweite Klassifizierung erfolgt durch den „Kapitalismus von oben“, der für die Modernisierung der ehemaligen Republiken der Sowjetunion, insbesondere für Russland, die Ukraine, aber auch für das nichtsojetische Rumänien charakteristisch ist. Der Kapitalismus von oben führte hauptsächlich dazu, dass die frühere *Nomenklatura*¹³ sich die ertragsreichen Wirtschaftsobjekte als Privateigentum aneignen konnte. Im Ergebnis entstand ein von vielen Wissenschaftlern so bezeichneter „neo-patrimonialer“ Kapitalismus, bei dem der Einfluss der Politik auf die Ökonomie weiterhin hoch bleibt. In diesem Kapitalismustypus wird die Entstehung eines inländischen Mittelstandes verhindert und die ökonomische Dynamik wird als gering eingeschätzt (vgl. Beyer 2006: 132). Es bildet sich daraus ein „zerstückeltes“, wenig wirksames und in die politischen Strukturen sehr verwickeltes Wirtschaftsmodell. Das ist das Ergebnis eines Regimezusammenbruchs, bei dem die alte Staats- und Parteielite versucht, die Zentralverwaltungswirtschaft in ein Marktsystem zu transformieren, wobei die staatliche und öffentliche Kontrolle dieses Prozesses schwach bleibt. Diese Art von Kapitalismus ist durch eine unsichere Ausbalancierung zwischen dem Staatsapparat und dem Business gekennzeichnet (vgl. Zudin 2006).

Die Nomenklatura-Privatisierung hat sich auch in Polen, Ungarn und Lettland in unterschiedlicher Größe durchgesetzt. Nach Szeleyni wurden rund 6% der ungarischen und 4% der polnischen Nomenklatura zwischen 1988 und 1993 Eigentümer privater Unternehmen. In die Managementschicht sind rund 8% der Nomenklaturvertreter eingedrungen (vgl. Szeleny 1998: 117f). Für Lettland und Slowenien gibt es keine statistischen Angaben über den Nomenklaturaanteil. Bekannt ist aber, dass in den ersten vier Jahren lettischer Privatisierung die alten Kadermitglieder sehr viel Einfluss hatten und den Privatisierungsprozess zu ihren eigenen Gunsten oder zu Gunsten von Oligarchen lobbyiert haben (vgl. Zerkalo Nedeli 1995). Politisch gab es dennoch eine Revanche. Die ersten lettischen Parlamentswahlen in 1993 gewann die Partei „Lettischer Weg“, in der sich Reformkommunisten, Gegner des Sowjetregimes und lettische Emigranten zusammengefunden hatten (vgl. Quidde 1997: 155). In Slowenien konnte aufgrund des insgesamt niedrigen Anteils von Privatisierungsobjekten auch die dortige Nomenklatura weniger abzweigen. Dennoch war in Slowenien die Kontinuität zu den ehemaligen kommunistischen Kadern besonders deutlich zu erkennen, als der erste slowenische Präsident der letzte Parteichef der kommunistischen Partei „Sozialistische Republik Slowenien“ wurde (vgl. Oblinger 2002). Nach den ersten Parlamentswahlen war die tatsächliche formale Macht der politischen Parteien groß, die aus der Nomenklatur des ehemaligen Regimes hervorgingen und gleich 46% der Mandate für die slowenische Dreikammerversammlung erhielten (vgl. Prunk 2010). So hat sich die alte Nomenklatura legitim in den neuen Machtstrukturen Sloweniens etabliert.

Der dritte Typ des Kapitalismus ist der „Kapitalismus von außen“. Polen und Ungarn haben die meisten Gemeinsamkeiten mit dieser Kapitalismusart. Hier knüpfen King und Szelenyi in

¹³ Lat. Eine Listenbesetzung. Ursprünglich die Listenverbindung zwischen der Aufzählung von Positionen und daneben Namen und Personen, die für die Besetzung der Positionen in die Frage kommen. Im Fall der ehemals kommunistischen Staaten: „...die politische Zielsetzung und Hauptrichtung für die Auswahl, Erziehung, Qualifizierung, sowie den Einsatz fähiger, der Sache der Arbeitsklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei ergebener Kader für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens“ (vgl. Wagenlehner 1995: 93).

den Aufsatz „Post-Communist Economic Systems“ an die Entstehung eines Kapitalismus ohne Kapitalisten in den postsozialistischen Ländern an. Im Kern beinhaltet dieser erweiterte Typ des „Kapitalismus von außen“ einen geringen Transfer des politischen in ökonomisches Kapital seitens der alten Nomenklatura und ihrer Klienten; angesichts des Fehlens einheimischen ökonomischen Kapitals führt das eingeschlagene hohe Tempo der Privatisierung früher oder später zu einer Übernahme der Staatsbetriebe durch westliche Investoren. Es entsteht eine Dominanz westlicher Investoren über Großunternehmen und Schlüsselbranchen, welche die Aktivitäten der einheimischen Privatunternehmer auf die Sektoren der Klein- und Mittelbetriebe begrenzt. Dies bedeutet eine rasche Transnationalisierung von Schlüsselbranchen (King/Szelényi 2005: 210). Andere Autoren sprechen deshalb von einem „*foreign-led capitalism*“ (vgl. Bluhm 2008: 4). In den Ländern des „Kapitalismus von außen“ setzten sich die neuen demokratischen Kräfte, bestehend aus *Technokraten*, gegen die Nomenklatura durch und so konnte sich ein inländischer Mittelstand entwickeln. Der politische Einfluss auf die Ökonomie blieb gering und die ökonomische Dynamik war daher deutlich größer als im Kapitalismus „von oben“. Nach Szelenyi kommen die Länder an den „Kapitalismus von außen“ öfters durch zufällige und nicht prognostizierte Diversifikation der politischen Entscheidungen und des Ausgangs von innerstaatlichen Elitenkonflikten (vgl. Beyer 2006: 132).

Während Ungarn und Polen eindeutig in die letzte Kapitalismusklassifizierung einzuordnen sind und Slowenien sich eher im ersten und zweiten Muster wiederfindet, kann man über Lettland behaupten, dass trotz der Nomenklatura-Privatisierung Lettland zu einem nicht gelungenen „Kapitalismus von außen“ gekommen ist. Lettland und die anderen baltischen Staaten verloren im Laufe der 90er Jahre den Wettbewerb um die Investoren gegen die Visegrad-Staaten, unter anderem gegen Polen und Ungarn. Die westlichen Investoren bevorzugten bei Kauf von Aktiva die größeren und industriestärkeren Märkte der anderen MOE-Staaten (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 459).

3.1.1. Distribution des Kapitals: Kulturelles vor Sozialem und Ökonomischem

Szelenyi erkennt in dem post-kommunistischen Kapitalismus ein für die liberale und koordinierte Marktwirtschaft untypisches „Distributionskapital“, das aus kulturellen, sozialen, und ökonomischen Kapitalen besteht.¹⁴ Als methodische Basis davon dient die Konzipierung von unterschiedlichen Kapitalformen nach Pierre Bourdieu. Es bestehen demnach Klassen, die unterschiedliche Mengen von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital besitzen. Jede Klasse wird dabei durch die akkumulierte Menge des Kapitals gekennzeichnet. Der Franzose entwickelte damit eine universelle Reflexion, welche die Machtausübung in unterschiedlichen Formen darstellt (vgl. Bourdieu 1983: 183f).

Ausgehend von den klassischen Paradigmen (den marxistischen und weberianischen) bildeten Szelenyi und Konrad eine Konzeption von Kapital, die an neue soziale und geschichtliche Bedingungen angepasst wird (vgl. Kanewskij 2007: 41). Dafür beziehen sie eine neue Klasse

¹⁴ Nach klassischem Muster des „Distributionskapitals“ ist das ökonomische Kapital das dominierende, gefolgt von kulturellem und sozialem. In den postkommunistischen Ländern steht das kulturelle vor dem sozialen und ökonomischen (vgl. Eyal/Szelenyi/Townsley 1999: 21).

in ihre Forschung ein, die Klasse der Intelligenz. Im Deutschen bezeichnet „Intelligenz“ zunächst und allgemein das Ausmaß an kognitiven Fähigkeiten, das ein Individuum besitzt. In dem Buch „Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht“ aus dem Jahr 1974 meinen Szelenyi und Konrad etwas anderes. Geht man von der ungarischen Wortbedeutung der Intelligenz aus, heißt es „Verstand“, „Vernunft“. Zur Intelligenz gehören mithin die Intellektuellen, die Geistesschaffenden, anders gesagt, die „Repräsentanten der Vernunft“¹⁵ (vgl. Kreutz 2003: 19). Die „Repräsentanten der Vernunft“ erhofften sich in den totalitären Diktaturen der MOE-Staaten eine politische Bekämpfung der jeweiligen Regime. Bei diesem Kampf wurde auf die Durchsetzung von solchen allgemein-menschlichen Werten wie freier Zugang zur Presse und zu Publikationsmöglichkeiten gedrungen, auf freie Ein- und Ausreise, Religions- und Versammlungsfreiheit. Dies alles war mit den autoritären Regimen der MOE nicht vereinbar.¹⁶ Ein selbstverständliches Bekenntnis zu den anerkannten Werten und Prinzipien der Freiheit und Demokratie empfindet ein totalitärer Staat als einen politischen Kampf gegen sich selbst (vgl. Podrabinek 2009). So eine Wertbezogenheit definieren auch Konrad und Szelenyi und grenzen sie noch genauer ab. Bei ihnen wird jemand zum Intellektuellen nicht durch Wissen, sondern dadurch, dass er zur Besetzung seines Status keinen anderen Rechtsanspruch besitzt als sein Wissen. Dabei geht es nicht um jede Art von Wissen, sondern nur um jenes, das durch Wertebezogenheit auf das Gleiche gekennzeichnet ist (vgl. Konrad/Szelenyi 1979: 50). Die Hauptthese von Konrad und Szelenyi besagt nämlich, dass ab den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts die „Intelligenz“ als Klasse sich nicht mehr mit ihrer dürftigen Stellung begnügte, sondern auf Basis der Legitimation als „Repräsentanten der Vernunft“ klare Ziele festgelegt hat, welche die Gesellschaft dann anzustreben hätte. Somit erstrebten die Intellektuellen auf diesem scheinbar altruistischen und dienenden Weg die Macht über das gesamte politische und soziale System (vgl. Meier 1990: 8). Durch fortschreitende Ansprüche auf weitere Machtpositionen in der Gesellschaft und die Unterordnung der Machteliten errichtete Intelligenz eine neue *telelogische Herrschaft*, die sich einerseits in die wirtschaftlich-technische Führungsschicht und andererseits in die ideologieproduzierende, geisteswissenschaftliche Elite aufteilte und eine parallele Machtklasse zu den *Staatsbürokraten* in den MOE-Staaten bildete (vgl. Kreutz 2003: 21f). Konrad und Szelenyi sahen einen wachsenden Stellenwert von Qualifikation, Bildung und Beruflichkeit¹⁷ in den sozialistischen Staaten der MOE. Ab den 70er Jahren hatte die Parteinomenklatura ihre Machtverhältnisse stabilisiert und sie in den eigenen Händen fest konzentriert. So wagte sie den Schritt, mit der Intelligenz ein beiderseitiges Abkommen abzuschließen, indem sie die Anzahl von hochqualifizierten Fachkräften aus den Intelligenzkreisen in die eigenen Reihen erhob. Hauptkriterium

¹⁵ Den Begriff benutzt Henrik Kreutz in seiner Würdigung der Werkbiographie von Prof. Dr. Ivan Szelenyi. Unter diesen Begriff begreift er die Intellektuellen, die Intelligenz, die oppositionellen Gruppierungen zur autoritären Herrschaft, die Dissidierten, die Regimegegner sowie andere durch dieselbe Wertbezogenheit ähnliche Personen (vgl. Kreutz 2003: 19).

¹⁶ Unter den autoritären Regimen werden für die Forschung relevante MOE-Staaten des Capitalism from above, Capitalism from without und Capitalism from below verstanden. Dazu zählen alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion, des ehemaligen Jugoslawien sowie Visegrad-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechische Republik und die Slowakei). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die autoritären Regime in den Visegrad-Staaten und ehemaligen Jugoslawien fühlbar schwächer konstruiert waren als in der Sowjetunion. Die Bevölkerung dort besaß mehr Freiheit und Grundprinzipien der Demokratie als in allen Republiken der UdSSR, was unter anderem der stärkeren antitotalitären Bewegung in diesen Staaten zu verdanken ist.

¹⁷ Die Beruflichkeit stellt die Summe der Berufstätigkeiten dar, die vorhanden sein sollte, wenn eine Berufsausbildung oder ein Studium absolviert wurde (vgl. Sloane 2004: 214).

zur Auswahl war das Bildungsniveau (vgl. Kanewskij 2007: 43). Die Akzente wurden auf die professionelle Kaderschmiede gelegt und die Bürokratie ging mit der Intelligenz auf den Weg zu einer rationaleren Herrschaftspraxis (vgl. Steiner 2003: 25). Zwar sehen auch Konrad und Szelenyi seit den 60er Jahren ein Zusammenwachsen von Partei- und Staatsbürokratie mit der Intelligenz bei der Ausübung der politischen Herrschaft, das schließt nach ihrer Einschätzung die Konflikte zwischen beiden Gruppen jedoch nicht aus. Dieser Kampf bzw. Konflikt kommt in der Mitte der 80er Jahre zum Tragen, d.h., die Technokraten und die Staatsbürokratie kämpfen um die Aufteilung der wirtschaftlichen Macht. Konrad und Szelenyi fassen die Vorgehensweise des kulturellen Kapitals als eine Doppeldeutigkeit auf. In dem Aufsatz „Winners of the Reforms: The New Economic and Political Elite“ berichten Szelenyi und Glass, ohne ein bestimmtes Land zu erwähnen, über die Aktivitäten, die im Vordergrund der Interessen von Nomenklatura und Intelligenz standen. Sie sahen eine Modifizierung, wonach die Nomenklatura während der politischen Wende an Fraktionen wie „*technocratic*“- und „*managerial*“- anknüpfte, um für sich während der Transformation einen starken Zugang zu ökonomischen Sektoren zu ermöglichen und die Privatisierung sowie Kreditierung, die Unternehmensgründung oder den Aufkauf von Betrieben durch eigenes Management für persönliche Bereicherung zu nutzen. Diese klassifizierte Annahme ordnen die Autoren in eine *technocratic-managerial class theory* ein (vgl. Szelenyi/Glass 1999: 3). Es entsteht ein „*Managerkapitalismus*“ (vgl. Ettrich 2003: 34) und eine „*Socialist Entrepreneurship*“ (vgl. Kreutz 2003: 14). Daraus folgt die Idee der Umstrukturierung der Gesellschaftsstruktur und der Anpassung des juristischen Systems, um die Machtverhältnisse in denselben Händen auch weiterhin stabil zu halten (vgl. Kolesnitschenko 2003). Die Marktwirtschaft habe den osteuropäischen Intellektuellen nicht genug Handlungsspielräume eröffnet, weshalb sie für eine Gesellschaft kämpfen mussten, in der sie, an die Stelle der kommunistischen Elite tretend, die Wirtschaft ihren Interessen unterordnen konnten. Philipp Korom beschreibt es sogar auf eine krasse Art und Weise, wenn er sagt, dass die kommunistischen Parteien in erster Linie von der Klasse der Intelligenz angeführt worden seien (vgl. Korom 2008: 38). Dort bot sich am Anfang der Transformation eine einzigartige Möglichkeit, um die Übertragung von ehemaligen sozialen und politischen Ressourcen in das wirtschaftliche Kapital zu praktizieren. Dies war aber nur für diejenigen möglich, die schon über ausreichendes kulturelles Kapital, sprich Intelligenz und Klugheit, verfügten. Dies bildete eine spezifische Art von Kapitalismus ohne Kapitalisten, und der Autor erwägt, sie als einen Rückgang zu dem „vorkommunistischen“ *peripheren Kapitalismus*¹⁸ zu verstehen, der ebenfalls durch Dominanz der Intellektuellen mit kulturellem Kapital gekennzeichnet war (vgl. Sarizkiy 2006). Diese Art von System spiegelt die besondere Rolle der Intellektuellen als Klasse wider und ermöglicht, sie als „*kulturelle Kapitalisten*“ zu interpretieren, was der Herstellung einer „*Grande Bourgeoisie*“ (Staniszki 1991: 132f) oder, wie Szelenyi es nennt, einem „*Second Bildungsbürgertum*“ entsprach.

¹⁸Der periphere Kapitalismus charakterisiert sich einerseits durch das Fehlen einer Zivilgesellschaft, von unabhängigen Institutionen und weiter durch mangelnde Rechtsstaatlichkeit und große wirtschaftliche Abhängigkeit von den Industrieländern, verbunden mit dem Vorteil billiger Arbeitskräfte und einem starken Export von Rohstoffen, weshalb nicht-kapitalistische Agrarverhältnisse durch eine Industrialisierung nicht ersetzt werden (vgl. Wirtschaftslexikon24, 2010).

3.1.2. „Heranreifen“ der Eliten

Die Frage der Eliten wurde bereits indirekt in Kapitel 3.1.1 berührt und gezeigt, dass das kulturelle Kapital aufgrund der Zusammenarbeit mit dem bürokratischen Staatsapparat die ökonomischen und politischen Strukturen erfolgreich mitgestalten konnte. Eine durchaus durchschnittliche Beteiligung der Wirtschaftselite und eine eher geringe Beteiligung der Elite im politischen Bereich erfolgten in Polen, Ungarn und Lettland. In Slowenien war die Reproduktion der politischen Elite deutlich größer (vgl. Bluhm 2008: 5). So hat die große Erhebung von Szelenyi, Eyal u.a. in der ersten Hälfte der 1990er Jahre gezeigt, dass die neue Wirtschaftselite in den MOE-Staaten vor allem aus Leitungspersonal der Staatsbetriebe rekrutiert wurde und häufig aus der „zweiten Reihe“ stammte. Deshalb sprechen einige Autoren von einer „Revolution der stellvertretenden Abteilungsleiter“. Allerdings bedeutet dies in den seltensten Fällen eine „Abwärtsmobilität“ der alten Elite, die oft nur eine Stufe auf der Hierarchieleiter herunterrutschte oder im schlimmsten Fall durch Pensionierung und Frühpensionierung aus dem aktiven Arbeitsleben ausgegliedert wurde, nicht selten aber dann als Berater für einheimische und ausländische Firmen tätig blieb (vgl. Bluhm 2008: 5). Trotzdem mangelte es unter den neuen Bedingungen der freien Marktwirtschaft den frischen Wirtschaftsakteuren und Managern an Wissen und Fähigkeiten, es gab ein Defizit an Leitungskompetenzen. Das Fehlen von Praxis und Basiswissen bei dem „kulturellen Kapital“ auf den höchsten Managementebenen ließ die Marktwirtschaft nicht effektiv arbeiten. Die Wirtschaft kann dort nicht funktionieren, wo Manager nicht wissen, wie Marketing und Management funktionieren, und Finanz- und Kreditinstitute können nicht produktiv sein, wo die Bankiers nicht die Risiken der Geldinvestitionen adäquat bewerten können. In Slowenien und Ungarn hatte aufgrund der langsamen Veränderungen und einer guten Startposition die neue Wirtschaftsführung mehr Zeit für die Anpassung unter neuen Bedingungen. Polen hatte es schon schwerer und Lettland hatte eine reine „learning by doing“-Situation (vgl. Polterowitsch 2006: 17). Da im Sozialismus der Staatsbesitz nicht in privatwirtschaftlichen Händen gewesen war, besaßen die Eliten keine Traditionen für eine disziplinierte und pragmatische Führung von privatwirtschaftlichen Objekten. Starke Eigentümer bzw. starkes ökonomisches Kapital konnte sich am Transformationsbeginn noch nicht entwickelt haben. An seine Stelle trat entsprechend die Intelligenz, die vor einer großen Kapitalakkumulation stand. Die Intellektuellen mit kulturellem Kapital hatten keine ökonomische Wertschätzungen und Gewohnheiten, was sie von dem kostenorientierten Unternehmer unterschied. Der Aufbau einer freien Marktwirtschaft hatte in diesem Fall die natürlichen Regeln des Kapitalismus nicht befolgt. Eine gesunde Marktwirtschaft setzt das Vorhandensein dieses ökonomischen Kapitals voraus. Die freiwirtschaftlichen Instrumente wurden in Gang gesetzt, bevor die Privatwirtschaft entstanden war und das Erstkapital „akkumuliert“ wurde. Die bürgerliche Gesellschaft befand sich noch in der Anlaufperiode, war eine „Gesellschaft des Übergangs“. Gefragt waren die Pionierunternehmer, die den sozialökonomischen Aufschwung entfalten, eine fortlaufende „schöpferische Zerstörung“ hervorbringen und die Standortvorteile für sich nutzen konnten (vgl. Meier 1993: 178).

Es wurde damals vermutet, dass man im Rahmen der Verkäufe von Staatseigentum an die Wirtschaftssubjekte schnell eine Klasse der Wirtschaftsakteure schaffe, die durch effektives

und rationales Handeln Produktivitätssteigerung bewirken könne. Der Verkaufspreis wurde anhand von Unternehmensbewertungen festgelegt. Die in der Krise wirtschaftlich ruinierten Unternehmen wurden so zu doppelt oder dreifach zu niedrigeren Preisen verkauft. Das provozierte eine lange Welle von Weiterverkäufen, denn es war vorteilhafter, das fast kostenlos geschaffene Eigentum gewinnbringend weiterzuverkaufen, als den Betrieb selbst fortzuführen. Dabei waren die Käufer der Betriebe oft Personen, die kein finanzielles Kapital zur Verfügung hatten und auch nicht bereit waren zu investieren, sondern den Kauf nur mit dem Ziel des Weiterverkaufs tätigten (vgl. Steffen 1997: 47). Eine solche Entwicklung gab es in Lettland, wo sich bis 1994 kein entsprechender Privatisierungsmechanismus entwickelt hatte. Solch ein Prozess basierte auf den einzelnen Beziehungen zwischen Beamten, Politikern, Managern und Dealern, was von Korruption und gegenseitigem Zuschieben der Verkaufserlöse begleitet wurde (vgl. Zerkalo Nedeli: 1995). So war die lettische Privatisierung sehr politisiert und konnte eine Balance zwischen sozialem Ausgleich und kommerziellem Nutzen nicht finden. Der ganze Privatisierungsprozess wurde vom Rechts-Links-Spektrum der Parteienlandschaft nur politisch überdeckt (vgl. Braun 2002: 170). In Polen und Ungarn fand überwiegend eine Modernisierung der Großbetriebe aufgrund des Ausverkaufs an westliche Investoren statt. Für die Formation des Establishments ist bei diesem Muster entscheidend, dass die einheimischen Top-Manager multinationaler Unternehmen eine Schlüsselposition in der Beziehung zwischen Wirtschaft und Staat einnahmen. Einheimische Manager waren durch den Unternehmensverkauf von den westlichen Besitzern äußerst abhängig geworden und hatten meistens nur Ausführungsbefugnisse, keine tatsächliche Entscheidungsgewalt, und sie vertraten die finanziellen Interessen der ausländischen Besitzer (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 456f). Slowenien konnte aufgrund des glücklicherweise kurzen Krieges wesentliche Strukturen des Staatswesens neu einrichten. Das gab die Möglichkeit für die Altkommunisten, sich an der Regierung zu beteiligen (dafür wurde eine neue Partei aus den alten Kadern gegründet) und durch Medienpropaganda in der Politik stark mitzuwirken (vgl. Juhant 2008: 144). In der Zeit, als Ungarn und Polen massive Investitionen in den Privatisierungsprozess vornahmen, waren die slowenische Eliten, die aus der alten Nomenklatura gekommen waren und sich in den neuen Machtstrukturen verfestigt hatten, damit konfrontiert, dass ein beträchtlicher Teil des von den Kommunisten beschlagnahmten Privatbesitzes nicht an die ehemaligen Besitzer zurückgegeben wurde. Die Zurückabgabe passierte auch nicht beim EU-Beitritt (vgl. Veres 2007: 139f). Die katholische Kirche war der anspruchsvollste Kläger, welcher sein sozialisiertes Eigentum zurückverlangte. Die Nomenklatura sah in der Kirche eine ständige gesellschaftspolitische Rivalin und benutzte sie, wie Kommunisten das früher taten, als Depot für ihre ungelösten Probleme. Das slowenische Establishment wurde ständig von der europäischen und der US-Regierung unter Druck gesetzt, um die Eigentumsfragen zu klären und die Privatisierung seiner Wirtschaft zu beschleunigen (vgl. Oblinger 2002). Als ein kleines Land mit zwei Millionen Einwohnern konnte Slowenien aber nicht über ein genügend starkes, kritisches mediales Gegengewicht verfügen, um das Monopol der Postkommunisten in den Medien zu beseitigen (vgl. Juhant 2008: 144).

Außer den ökonomischen Auseinandersetzungen sollte noch der individuelle Entwicklungsverlauf der „Repräsentanten der Vernunft“ auf eine generelle Art und Weise dargestellt werden. Hier spiegelt sich der geschichtliche Hergang in den erneuerten gesellschaftspoliti-

schen Konstellationen wieder. Viel Wert legte man auf die Dissidenten, ehemalige politische Gefangene, Reformatoren. Die politischen Propagandisten waren während des kommunistisch-autoritären Regimes ganz selten in die Dissidenten-Kreise hineingekommen. Solch „politisierten“ Menschen kamen in den Kreisen der Dissidenten nicht klar – sie ließen unter den Druck von Repressionen nach, immigrierten oder zogen sich einfach zurück. Diese Bewegungen waren in den MOE-Staaten nur durch einzelne Individuen mit eigenen Motiven und Prinzipien gekennzeichnet. In den totalitären Verhältnissen war es eine phänomenale Antwort auf die Herausforderung dieser Zeit (vgl. Podrabinek 2009). Von Natur aus waren diese Bewegungen für „große Politik“ ungeeignet. Dissidenten hatten keine Traditionen, um auf Macht fokussiert zu sein. Sie waren unberechenbar, schwer einzuschätzen und sehr unpraktisch im Umgang mit der Politik. Das sind Eigenschaften, womit sich keine politische Bewegung gestalten lässt. In den 80er Jahren, unter ersten freiheitlichen Strebungen, waren solche Bewegungen ganz aktiv geworden. Die alte Nomenklatura ahnte die ganze Unerfahrenheit und die anstehenden Hindernisse bei den politischen und reformatorischen Bewegungen. Sie ging allerdings ohne Repressionen vor, vielmehr mit politischen Vorschlägen und berechenbaren Angeboten, die eine politische Teilnahme der ehemaligen Regimegegner vorsah. Dann ab den 90er Jahren, als die Vertreter der kommunistischen Partei in der Opposition waren, haben sie viel Mühe in die Diskreditierung der neuen politischen Elite investiert. Einige haben rasch von der alten kommunistischen Ideologie auf die neue marktwirtschaftliche Schiene umgestellt und sich mit den Demokraten verbunden. Das alles brachte letztendlich eine Uneinigkeit, eine Absonderlichkeit, sogar eine starke Zersplitterung innerhalb der ehemaligen „Repräsentanten der Vernunft“ hervor, und das wirkte sich auf ihre Politik aus. Das Ansehen und die politische Stärke „der neuen Reformatoren“ sank innerhalb von ein paar Jahren (vgl. Podrabinek: 2009). Es fehlten emotionale Bezugspunkte, persönliche Loyalität, substanzielle inhaltliche Angebote der Elite, die dazu beitragen konnten, den politischen Prozess zu strukturieren und politische Leistungs- und Vertrauensimpulse der Bevölkerung zu verstehen, um einen Dialog mit der Gesellschaft aufzubauen. Die politischen Parteien in den MOE galten als Fremdkörper (vgl. Meier 1993: 180). Als in der Mitte der 90er Jahre in Ungarn und Polen die Parteien aus dem Linksflügel reihenweise an die Macht zurückkehrten, kann man das am besten mit dem berühmten sprichwörtlichen Titel von Wolfgang Leonhardts Buch „Die Revolution frisst ihre Kinder“ beschreiben.

3.1.3. Gesellschaftliche und soziale Deformationen beim Transformationsstart

Die wirtschaftlichen und sozialen Bestandsaufnahmen gerieten in den 80er Jahren in einen scharfen Widerspruch mit den von der kommunistischen Partei dargestellten Realien. Das totalitäre politische System in den MOE-Staaten igelte sich in der Gesellschaft völlig in einer von der Realität abgekoppelten Ideologie ein. Die gewünschten Ziele wurden als Faktum dargestellt und die staatlichen Institutionen verfolgten und untersuchten nicht die realen Prozesse in der Gesellschaft, sondern lediglich die gewünschten Abstraktionen (vgl. Paulman 2007: 370). Die Fehleinschätzungen sind auf ideologische Blindheit zurückzuführen. Die sozialistischen Gesellschaften zeichneten sich durch eine stark begrenzte Fähigkeit zur Selbstbeobachtung aus. Vor allem spiegelt dies ein systematisches Informationsdefizit wider. Über den Zustand der sozialistischen Ökonomien war zu wenig bekannt – im Westen schon ganz und gar nicht, aber auch in den sozialistischen Ländern selbst nicht. Das Problem, dass man nicht

wusste, was „draußen im Lande“ vorging, war durch die Nicht-Existenz von statistischen Daten mitverursacht (vgl. Bönker/Wiesenthal/Wollmann 1995: 14). So beschrieben die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften keine tatsächlichen ökonomischen Prozesse, sondern die, die eigentlich notwendig gewesen wären. Die Beziehungslosigkeit der Wissenschaft zu den tatsächlichen Konstellationen war während des Systemwandels ein fataler Fehler (vgl. Kolesnitschenko 2003). Die Bevölkerung, die seit dem zweiten Weltkrieg in einem „konservierten und unfreien System“ lebte¹⁹, hatte ein sehr begrenztes Wissen und wenig Ahnung, wie die freie Marktwirtschaft überhaupt abläuft, welche Verantwortung ein Besitz von Privateigentum bedeutet und wie das Bankensystem funktioniert.

Der Systemwandel gab den Menschen die so lange ersehnte Freiheit. Das politische Engagement und eigene Verpflichtung zur Arbeit waren plötzlich in allen gesellschaftlichen Lebensschichten zu spüren. Man beschimpfte das vorhandene Regime und setzte das westliche Weltanschauungsbild als ein großartiges Beispiel entgegen, an welchem man sich orientieren sollte. Dort funktionierte die freie Marktwirtschaft, das Privateigentum war zugelassen, die Produktion wie die Warenherstellung boomten und die Einkünfte waren unvergleichbar höher als die im Sozialismus. Alle hielten die marktwirtschaftlichen Reformen für die einzige Rettung aus allen entstandenen Problemen (vgl. Paulman 2007: 355ff). Die überzeugten Befürworter der freien Marktwirtschaft hatten in den ersten Jahren der Systemtransformation außerordentliche gesellschaftliche Sympathie und grenzloses Vertrauen.

Bei der Umsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen kamen erste für die sozialistischen Gesellschaften ungewöhnliche Prozesse ans Licht. Die im Sozialismus an soziale Sicherheit gewohnte Bevölkerung musste lernen, ohne bzw. mit gekürzten staatlichen Subventionen zur Erhaltung der Arbeitsplätze zu leben. Bei der Privatisierung hatte der Staat etliche (Slowenien) bzw. jegliche (Ungarn, Polen, Lettland) Verantwortung für das wirtschaftliche Überleben der Unternehmen von sich abgewälzt. Dementsprechend fühlten sich die Unternehmen dem Staat gegenüber auch nicht mehr verantwortlich (vgl. Kryshantovskaja 1995: 57). Die Staatsbetriebe entließen massenhaft die Arbeitnehmer/Innen und neugegründete privatwirtschaftliche Unternehmen kalkulierten exakt ihre Kosten und hatten deutlich höhere Erwartungen an die Arbeitnehmer/Innen, als es im Sozialismus üblich gewesen war. Viele Produktionszweige der Industrie und Landwirtschaft hatten im Kapitalismus an wirtschaftlicher Bedeutung und Ansehen verloren. Die Entwicklung war weiter durch eine massive Vernichtung von Arbeitsplätzen gekennzeichnet. Das Arbeiten im Dienstleistungssektor war attraktiver, obwohl die Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Sektor relativ gering ausfiel. Planwirtschaftliche Impulse wurden verdrängt und die marktwirtschaftlichen hatten sich noch nicht durchgesetzt (Polen, Lettland) bzw. erst langsam formiert (Ungarn, Slowenien). Dadurch erfolgte für die breiten Massen der Gesellschaft ein sozialer Abstieg und nur für eine Minderheit ergab sich ein sozialer Aufstieg. Massenentlassungen lösten eine Spirale des sozialen Absturzes aus. Als Folge ergab sich eine große gesundheitliche Belastung, was zu weiteren

¹⁹ Die Unfreiheit differenziert sich durch autoritären Stil je nach Land; so gab es die schlimmsten Freiheitsbeschränkungen in Lettland (Sowjetunion), die polnischen und ungarischen Regime waren offener; Slowenien (Jugoslawien) genoss das loyalste Regime von allen Staaten.

psychischen und physischen Konsequenzen bei den Menschen führte (vgl. Eckert 2008: 137). Das Ergebnis war die soziale Ausgrenzung und eine Minderung des Selbstwertgefühls vieler. Die volkswirtschaftlichen Belastungen durch die Arbeitslosigkeit waren in den ersten Jahren der Transformation (1990-1992) so hoch, dass es überhaupt zu keiner wirtschaftlichen Ankurbelung kommen konnte. Die Einnahmequellen waren für Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge durch die Abwesenheit der Arbeitsleistung blockiert, was weitere große soziale Einschnitte mit sich brachte (vgl. Gumpel 1996: 100). Solche Veränderungen zogen Anomietendenzen²⁰ nach sich. In kürzester Zeit waren die alten sozialen Normen und Regelungen, nach welchen die sozialistische Gesellschaft Jahrzehnte gelebt und an der man sich orientiert hatte, verloren gegangen. Der Anomieprozess in den MOE-Staaten, der die soziale Lage spiegelte, wurde begleitet von hohen Kriminalitätsraten und von einer Verzweiflung der Gesellschaft, (vgl. Pashaver 2008: 34).

Ein weiteres schwieriges Anpassungsproblem war der Ausfall der staatlichen Ausgaben in dem sozialen Sektor. Von den Kindergärten und Universitäten bis zu den Wohn- und Verkehrsmitteln sowie den kommunalen Dienstleistungen war alles deutlich teurer geworden, was die Ausgaben des Familienbudgets erhöhte (vgl. Gumpel 1996: 100). Es bildeten sich vorher unbekannte Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich, die zum sozialen Neid und zu heftigen Auseinandersetzungen in allen Lebenssphären führten. Interessant ist, dass in den postkommunistischen Staaten die Armutsfälle nicht automatisch die soziale Ausgrenzung aus der Gesellschaft bedeutete wie in meisten alten EU-Mitgliedsstaaten. In Studien über postkommunistischen Staaten findet sich häufig das Argument, dass die Bevölkerung Versorgungsnotlagen mit einem gut ausgebauten und stabilen Netz sozialer Beziehungen und weit reichender Solidarität kompensiert habe (vgl. Böhnke 2005: 107). Das bestätigt die Wichtigkeit des sozialen Kapitals, weshalb in den postkommunistischen Staaten das soziale Kapital infolge guter Netzwerkbildung höher als das ökonomische Kapital veranschlagt werden muss.

Die Menschen in den Gesellschaften der MOE-Staaten waren verzweifelt und deprimiert. Die moderne westliche Welt mit ihrer extrem hohen Komplexität, Differenzierung und Dynamik war auf die osteuropäische Weltdeutung nicht übertragbar. In den MOE konnte die Gesellschaft nicht die moderne Form der Rationalität bilden oder tolerieren noch jenen Typus des lernenden Menschen mit einklagbaren Individualrechten zulassen. Diese moderne Weltordnung mit ihren ständigen wechselnden Ansprüchen, ihrem hohen Grad an Selbstorganisation auf verschiedenen Ebenen, war für die MOE-Gesellschaften noch zu fremd (vgl. Meier 1993: 184). Man wusste nicht, was man in den neu entstandenen Verhältnissen nun unternehmen sollte. Die Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten verbreiteten einen großen Schrecken, da die Menschen mit solchen Problemen nie konfrontiert waren. Die Akzeptanz der Implementierung der freien Marktwirtschaft sank in der Bevölkerung rasant, womit auch das Ansehen und das Image der Politiker untergingen. In den Augen der betroffenen Menschen waren die

²⁰Zustand mangelnder individueller oder kollektiver Anpassung an neue soziale Tatbestände, Fehlen entsprechender sozialer Normen und Gesetzlosigkeit; äußert sich durch die Destabilisierung der sozialen Beziehungen sowie in der spürbaren Zunahme abweichenden Verhaltens (z. B. Selbsttötungen, Kriminalität) (vgl. Krimlex: 2010)

Eliten und die angesetzten Reformen schuld an den unerfüllten Erwartungen, und deswegen erschienen sie auch nur noch teilweise als legitim. Eine totale Ungewissheit und Nicht-Übereinstimmung von Erwartung und Realität der Privatisierung war die größte Enttäuschung in Verlauf der neuen Eigentumsverteilung der neunziger Jahre (Pashaver 2008: 28).

Auf Grund von falschen und unzureichenden Kenntnissen über die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse konnte die neugemischte politische und wirtschaftliche Elite keine passende und realistische Strategie für marktwirtschaftliche Reformen finden. Es fehlte an Präzedenzfällen mit der Folge, dass es trotz aller Erfahrungen mit der Umsetzung von Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen in der Dritten Welt an Wissen über die Auswirkungen des Einsatzes vertrauter ökonomischer Reformmaßnahmen unter den spezifischen Bedingungen Osteuropas mangelte. Egal, wie viel die Wirtschaftswissenschaften über das Funktionieren von kapitalistischen Ökonomien gewusst haben mochten, ihr Wissen bezüglich der gezielten Einrichtung von Marktwirtschaften war zu Beginn des Transformationsprozesses begrenzt. Es lässt sich wohl sagen, dass die meisten Akteure sich anfangs über ihr Ausmaß an Wissen und über die Ausgangsbedingungen täuschten (vgl. Bönker/Wiesenthal/Wollmann 1995: 13).

Die ökonomischen Verkettungen, die in einzelnen Ländern langjährig aufgebaut worden waren, brachen damit schnell zusammen (vgl. Kolesnitschenko 2003). Als Folge kam es zu einem Produktionsniedergang. Statt der erhofften Marktwirtschaft entfaltete sich die Schattenwirtschaft mit dem dazugehörigen kriminellen Hintergrund. Die Unternehmen griffen immer öfter zu Bestechungsmethoden und spekulativen Verkäufen von hochwertigen und seltenen Materialien (vgl. Kryshtanovskaja 1995: 57). Es hatte sich schnell eine Schicht von einheimischen Kleinunternehmern etabliert. Zügig begann der Prozess der Anhäufung von Eigenkapital, hauptsächlich durch Plünderung von Staatsbetrieben und Verkauf von Ressourcen. Die Kriminalität, die die Kontrolle in fast allen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zweigen übernommen hatte, war in den ersten Transformationsjahren massenhaft und organisiert (vgl. Podrabinek 2009).

3.2. Politisches Erbe des Kommunismus

Die politische Neuausrichtung nach Westen war der ideologische Kern im Transformationsgeschehen der in dieser Arbeit analysierten Länder. In einer synchronisierten Weise erfolgte so eine politische Neuorientierung in fast allen MOE-Staaten. Zwar waren die MOE-Staaten von den industriellen Ländern durch den Kapitalimport abhängig. Dennoch war dies nicht alles, was die Osteuropäer so stark in die westlichen Institutionen trieb. Vor allem die Mitgliedschaft in der EU und der NATO wurde von den Meisten als Endziel angesehen. Der „Schatten der Vergangenheit“ wirkte sich auf diese politischen Entscheidungen aus. De jure waren diese Staaten seit dem zweiten Weltkrieg im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe²¹ unabhängig und gleichberechtigt, de facto waren sie aber der politischen Vorherrschaft der Sowjetunion unterworfen (vgl. Wagner/Fritz 1998: 16). Die Osteuropäer

²¹ RGW Projekt zur Integration im Osteuropa. Dieses Projekt sollte parallel zur Integration im Westeuropa laufen und damit die Integration der kommunistischen Staaten unter Beweis stellen.

waren von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch eine „Kontaktsperre“ getrennt und der Kurs der Sowjetpolitik sollte als einzig richtiges „Gegenangebot“ zur EWG und zu den USA mitgestaltet werden, ein Kurs, welcher auf Gipfelkonferenzen der kommunistischen Partei in Moskau bestimmt wurde (vgl. Golczewski 1999: 30). Faktisch wurden die Staaten der RGW so vom Kreml kontrolliert. Ein Versuch der Demokratisierung oder Befreiung wurde von Moskau sehr ungerne gesehen und nach Möglichkeit schnell beseitigt.

Diese Unfreiheit der Osteuropäer seit dem zweiten Weltkrieg bis Mitte der achtziger Jahre spiegelte sich in einer gleichartigen, aber trotzdem eigenen Geschichte des kommunistisch-autoritären Regimes wieder. Als Ungarn aus dem Warschauer Pakt im Jahr 1956 austreten wollte und nach Unabhängigkeit und Neutralität strebte, wurde dieser Aufstand von sowjetischen Truppen niedergeschlagen. In Polen wurde Anfang der 80er Jahre auf Druck der UdSSR heftig gegen die freie und christdemokratische Gewerkschaft Solidarność gekämpft und dieser vorübergehend ein Ende gemacht (vgl. Miller 2002: 6). In Slowenien kam erst nach dem Jahr 1990 die umfassende Berichterstattung über die in dem ganzen Land verstreuten Massengräber von slowenischen konservativen und antikommunistischen Kräften heraus, die nach dem zweiten Weltkrieg unter der Herrschaft von Josip Tito und unter der Schirmherrschaft der Sowjetunion hingerichtet wurden (vgl. Petelin 1997: 15). Lettland wurde im Jahr 1945 komplett von der Roten Armee besetzt und an die Sowjetunion angegliedert. Ungefähr ein Drittel der gesamten lettischen Bevölkerung wurde anschließend nach Sibirien deportiert, in Arbeitslager versetzt oder getötet. Die Sowjetunion unterdrückte systematisch und in einigen wie den geschilderten Fällen gewaltsam jeglichen Versuch ihrer Satellitenstaaten, sich ihrem Einfluss zu entziehen und sich freiheitlichen Werten bzw. dem Westen zuzuwenden (vgl. Uibopuu/Urdze 1994: 5).

Die politische Vergangenheit spiegelte sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wider. Je nach Land startete man unterschiedlich langfristige und komplizierte Lustrationsprozesse des kommunistischen Staatsapparates und richtete Kommissionen zur Verfolgung von Verbrechen gegen das eigene Volk ein (vgl. Lucht: 2005: 167). Die Aufarbeitung des kommunistischen Regimes, eine auf die Vergangenheit gerichtete Politik und Kultur des Gedenkens an die Opfer wurden zur Tradition (vgl. Klimó 2000). Politisch brachte diese ganze Abwicklung eine Abkehr von dem Osten. Eine Umorientierung nach Westen wurde zugleich mit dem Aufbau eines Nationalstaates und der Wiederherstellung der Demokratie verbunden, mit der Neuentdeckung eigener Staatlichkeit. Die liberalen Ideen und die marktwirtschaftlichen Reformen in diesen Staaten wurden rasch und dauerhaft zum Synonym der nationalen Identität. Die Dringlichkeit und positive Perspektive von Integrationsanstrengungen nach Westen hin beruhten nicht nur darauf, dass Russland auf absehbare Zeit geschwächt war. Auch ohne eine militärische Bedrohung sahen sich die MOE-Staaten Herausforderungen aus östlicher Richtung ausgesetzt. Von daher könnten Probleme wie Unruhen, bewaffnete Konflikte und Migrationsströme ihren Ausgang nehmen und sich auf die Integrationsbemühungen der Osteuropäer schädlich auswirken (vgl. Wettig 1997: 320).

Sehr deutlich kam die Rolle der politischen Vergangenheit in Lettland zum Ausdruck. Die lettische Bevölkerung besteht heute zum ca. einem Drittel aus ethnischen Russen oder

russischsprachiger Bevölkerung. Seit der Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991 kamen die Politiker an die Macht, die ursprünglich nicht nur aus den Dissidenten, sondern auch aus den nationalistisch-patriotischen oder aus den Befreiungsbewegungen stammten (vgl. Uibopuu/Urdze 1994: 24). Nach Erreichen der Souveränität haben sich diese das Ziel gesetzt, sich von der sowjetischen Vergangenheit völlig zu distanzieren. Die freie Marktwirtschaft nach radikalsten Muster ermöglichte es scheinbar, die Verbindung zum sowjetischen Sozialismus möglichst schnell zu lösen (vgl. Bohle/Greskovits 2007:450). Die Aufgabe der neuen politischen Elite war aus ihrer Sicht im Wesentlichen, von der momentanen politischen und wirtschaftlichen Schwäche Russlands zu profitieren und den ganzen administrativen Apparat auf die neuen Anforderungen eines kompletten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bruches mit Russland umzustellen. Als Absicherung suchte man die schnelle Integration in die Westen. Das Ziel der Eliten war nicht nur die „Wiederherstellung eigener Identität und der Gerechtigkeit“, sondern der Ausschluss der russischen Minderheiten (Entziehung der Staatsangehörigkeit) von den politischen Entscheidungsprozessen wie Wahlen und Referenden (vgl. Lux 2000: 164). Die Prozesse, die im Rahmen nationaler Umstrukturierung stattgefunden hatten, nannten die Experten eine „*ausschließende Demokratie*“, in der bestimmte Schichten der Gesellschaft von den entscheidungsrelevanten Prozessen ausgeschlossen wurden (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 451). Die politische Elite hatte volle Akzeptanz seitens der Bevölkerung für ihre politischen Entscheidungen sowie volle Unterstützung seitens der NGOs und unabhängigen Vereinigungen, die diesen geopolitischen Wandel befürworteten (Anyaku 1997: 34). Patriotismus und nationale Identität waren in Lettland in der früheren Phase des Systemwandels eine der stärksten Ressourcen der liberalen Politik und Demokratisierung, die eine Konsolidierung der Gesellschaft ermöglichten. In den späteren Phasen des Systemwandels wurde dies zu einer Gefahr, da durch den schweren wirtschaftlichen Zerfall das Nationalbewusstsein beinahe in Nationalismus und Rassismus überging (vgl. Minkenberg/Beichelt 2003: 5).

Polen und Ungarn hatten einen wesentlichen Vorteil in Vergleich zu Lettland, da sie schon nach dem zweiten Weltkrieg über einen eigenen Staat verfügten. Dank ihrer Staatsstrukturen hatten sie eigene staatliche Institutionen, eine eigene Armee und Justiz. Aber auch ihre wirtschaftliche und industrielle Unabhängigkeit von der Sowjetunion gab ihnen die Sicherheit für einen vollständigen Aufbau des eigenen Staates (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 453). Die politische Nachbereitung verlief jedoch in Polen und Ungarn unterschiedlich. In Ungarn fand im Jahr 1956 eine große soziale Mobilisierung statt. Es war die härteste Phase des ungarischen Widerstands. In dieser Phase wurden Hunderttausende interniert und in die Sowjetunion verschleppt, von denen nur ein Teil erst nach etlichen Jahren zurückkam (vgl. Klimó 2000). Danach folgte die Stabilisierung durch die Durchführung von freimarktwirtschaftlichen Reformen und durch Marginalisierung der sozialen Mobilisierung, was für lange Zeit Ruhe brachte. Zwar wirkten die Erfahrungen des polnischen Kampfmodells der *Solidarność* auch in Ungarn, jedoch war in Ungarn die Relevanz der Gewerkschaften und intellektuellen Subkultur in den achtziger Jahren eher gering (vgl. Mansfeldová/Szabó 2000: 96). Daraus folgt, dass die in sechziger Jahre angesetzte graduelle Stabilisierungspolitik die demokratische und politische Konsolidierung in Ungarn schneller voranschreiten ließ und damit eine geringe

sozialpolitische Polarisierung begünstigte, was Ungarn auf eine radikale ökonomische Schocktherapie verzichten ließ (vgl. Mansfeldová/Szabó 2000: 108).

Die nationale Frage in Polen ist aufgrund der durch Kriege erzwungenen Teilung und der als leidvoll wahrgenommenen eigenen Geschichte zu einer zentralen Frage der polnischen Kultur geworden. Nach dem Krieg gab es in Vergleich zu Ungarn in Polen einen ständigen Widerstand und eine Kontinuität der Protestzyklen bis zur Wende (vgl. Mansfeldová/Szabó 2000: 96). Seit der Wende wird die polnische Nachkriegsgeschichte in der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung systematisch aufgearbeitet. Zeitschriften publizieren laufend Archivadokumente seit der Zeit der Installierung der kommunistischen Herrschaft. Massenmedien befassen sich in popularisierter Form in aller Breite mit der kommunistischen Epoche (vgl. Bingen 1997: 80). Die Aufbereitung der Vergangenheit sicherte im Wesentlichen die Akzeptanz für die radikalen Reformen des polnischen Kurses gerade in der ersten kritischen Phase der Transformation. Die Regierung konnte schnell und einvernehmlich die Notwendigkeit der Schocktherapie politisch zu vermitteln, um die Gesellschaft zu mobilisieren und gleichzeitig sich eine erhebliche Unterstützung zu sichern. (vgl. Franzen/Haaralnd/Niessen 2005: 22).

Der slowenische Systemwechsel war wie der lettische durch die Staatsbildung gekennzeichnet. Der Prozess der Staatsbildung fiel dort aufgrund der ethnisch homogenen Gesellschaft und der langen zivilgesellschaftlichen Tradition allerdings leichter (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003: 2). Historisch gesehen wurde das Verhältnis zwischen Arbeiter/Innen, Angestellten und Kleinunternehmern innerhalb der fünfundvierzig Jahre des Sozialismus nivelliert. Es herrschte die Vollbeschäftigung. In der Verfassung verankerte Rechte garantierten kulturelle und politische Autonomie der Minderheiten (vgl. Beuster 2003: 10). Weil Slowenien sich dem massiven vierjährigen jugoslawischen Krieg entziehen konnte²² und brutale Verbrechen des Kommunismus noch vor den ungarischen stattgefunden hatten, hatte die slowenische Bevölkerung Mitte der 90er Jahre zu der kommunistischen Ära ein gespaltenes Verhältnis. Drei Viertel der Bevölkerung meinten, dass es sich hierbei nicht um besonders belastende Fragen im Vergleich mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen des Systemwandels handelte. Das Verhältnis der Medien zu dem Unrecht aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft war unterschiedlich, so dass einige von ihnen meinten, die Beschäftigung mit der Vergangenheit sei irrelevant (vgl. Petelin 1997: 14). In den 60er Jahren angesetzte slowenische Marktreformen, Reisefreiheit nach dem Westen, modernere Produktions- und Managementstrukturen haben die Orientierung und Mentalität der Menschen stark beeinflusst. Im Vergleich zu Lettland hatte Slowenien freiere Lebensbedingungen. Daher setzte man mit gradualistischen Reformen nicht unbedingt das Streben nach Demokratisierung, die Verbreitung der Menschenrechte und den politischen Pluralismus gleich, sondern die selbstständige wirtschaftliche Entwicklung, besonders in der Zeit, als Jugoslawien zu einem ökonomischen Ballast wurde (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003: 2).

²² Vier Jahre dauerte der kroatische Unabhängigkeitskrieg gegen Jugoslawien. In Slowenien fand 1991 ein sogenannter „10-Tage-Krieg“ statt. Der verlief relativ unblutig für Slowenien. Danach rief Slowenien die eigene Unabhängigkeit aus.

3.3. Bildung und Funktionieren der Institutionen in den MOE-Staaten

Das Entstehen der nationalen Institutionen in den MOE-Staaten muss als separates Thema betrachtet werden, nicht zuletzt, weil die Rolle der Institutionen und deren Wirkung im Mittelpunkt der Varieties of Capitalism, der Schocktherapie und des Gradualismus, stehen. In den „VoC“ sind die nationalen Institutionen schon als feste Bestandteile der Theorie und des Wirtschaftssystems gegeben. Die Institutionen und Behörden sind konsolidiert und können dem globalen Druck von außen Widerstand leisten (vgl. Hall/Soskice 2001: 118). Der Transformationsprozess in den MOE-Staaten stand ebenfalls in erster Linie vor der Aufgabe einer institutionellen Erneuerung. Es handelte sich um einen offiziellen Wechsel von dem früher geltenden marxistischen Menschenbildes zum Idealtypus des bürgerlich-liberalen Menschen sowie auch um eine Verankerung des bürgerlichen Rechts (vgl. Meier 1993: 177). Jedoch kann der VoC-Ansatz bei der Frage des einwandfreien Funktionierens der Institutionen in den MOE-Staaten nicht als zweifelsfrei betrachtet werden, so meinen jedenfalls Dorothee Bohle und Bela Greskovits. Sie weisen darauf hin, dass in den postsozialistischen Staaten die staatlichen Institutionen zu Beginn der Transformation nicht dabei gewesen seien, sich vielmehr erst später während der Transformation gebildet hätten und dabei an politische und wirtschaftliche Interessen in und außerhalb der jeweiligen Länder zugunsten von unterschiedlichsten Gruppen angepasst worden seien (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 464). Zur Erklärung dieser Ereignisse kann man auf den amerikanischen Politikwissenschaftler Fareed Zakaria zurückgreifen, der noch in den neunziger Jahren den Begriff „*illiberal democracy*“ für ein häufig vorkommendes Phänomen eingeführt hat. Er bezieht sich auf die Prozesse in lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten, wo auf konkurrierender Basis freie und demokratische Wahlen stattgefunden haben, ohne dass die institutionelle Rechtsordnung eingeführt wurde (vgl. Zakaria 1997: 22f). Weitere Probleme der illiberalen Demokratien sind Machtzentralisierung und schwache Gewaltenteilung sowie fehlende friedliche Koexistenz unterschiedlicher politischer Ideen (vgl. Merkel/Puhle/Croissant/Thierry 2006: 297f). Das beste Beispiel in den MOE-Ländern ist der von der Elite organisierte Privatisierungsprozess der Großbetriebe, wo die bevorzugten Methoden der Massen- bzw. Voucher-Privatisierung eingesetzt wurden, ohne dass dieser Prozess staatlich-institutionell reguliert und kontrolliert wurde (vgl. Bluhm 2008: 3). In den „liberalen Demokratien“ ist „liberal“ genauso so zu gewichten wie „Demokratie“! Eine Größe kann ohne die andere Größe nicht einwandfrei funktionieren und spiegelt damit eine gegenseitige Abhängigkeit wider. Die Garantie einer gerechten Rechtsprechung, von Menschenwürde und wirtschaftlicher Freiheit, das Recht auf Eigentum und Vertragserfüllung, die Rechte der Kreditnehmer und -geber werden damit den demokratischen Rechten auf Meinungsfreiheit, Wahlfreiheit und anderen Freiheiten des Einzelnen hinzugefügt. Diese Rechte können nur durch starke staatliche Institutionen gewährleistet werden (vgl. Polterowitsch/Popov 2006: 4). Neben den Gesetzen sollen die gesellschaftlichen Sitten zur Erhaltung des demokratischen Staatswesens dienen. Dahinter steht die Überlegung, dass die formalen politischen Institutionen allein zu instabil und nicht ausreichend unparteiisch sind, wenn ihnen die angemessene gesellschaftliche Unterstützung durch eine demokratiefreundliche Zivilkultur fehlt (vgl. Merkel/Puhle 2000: 43). In den MOE-Staaten hat der kommunistische Totalitarismus seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in allen vier Ländern die Grundlagen der zivilen Gesellschaft weitgehend und so nachhaltig zerstört, dass sie nicht

in so einer kurzen Demokratisierungszeit wiederhergestellt werden konnten (vgl. Mansfeldová/Szabó 2000: 89).

Die politische Gestaltung der nationalen Institutionen ist in den hier untersuchten Staaten überwiegend von der schon erläuterten Bedeutung des politischen Erbes abhängig. Die Osteuropäer sahen die Möglichkeit, sich mittels der Integrationsanstrengungen in den Westen zu einer größeren Einheit zusammenzuschließen (vgl. Wettig 1997: 320). Die institutionelle Gestaltung war durch die Erwartung geprägt, dass die angestrebte „Rückkehr nach Europa“ sich relativ problemlos vollziehen würde. Der Westen würde demgemäß seine Versprechungen aus den Zeiten des Kalten Krieges einlösen und die MOE-Staaten als integrale Bestandteile Europas in seinen funktionierenden Institutionen verankern. Die verfolgte Transformationsstrategie konnte sich in Osteuropa auf einen breiten Konsens zwischen den humanistischen Intellektuellen, den Technokraten und der Bevölkerung im Hinblick auf eine rasche Westintegration und eine „Rückkehr nach Europa“ stützen (vgl. Timmermann 1997: 332). Die institutionellen Veränderungen bezüglich der wirtschaftlichen Performance in Polen und Ungarn sind ebenfalls vor dem Hintergrund einer intensiven Annäherung an die EU zu sehen (vgl. Matthes/Busch 2004: 2). Nach der liberalen Startprogrammierung spielte das Versprechen auf rasche Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) eine zentrale Rolle, um diese Länder gleichsam „auf Kurs“ zu halten und keine Proteste der Bevölkerung entstehen zu lassen. Vor allem ab 1997 hat die EU im Zuge der Beitrittsverhandlungen massiv dazu beigetragen, dass der Pfad der Privatisierung als Transnationalisierung konsequent gegangen wurde. So gehörte die Privatisierung der bisher ausgenommenen Sektoren wie Stahl, Telekommunikation und des Bankensektors zu den zentralen Beitrittsforderungen der EU-Kommission, was in der Regel die weitere Fortsetzung des Verkaufs an ausländische strategische Investoren begünstigte (vgl. Grabbe 2006). Die ersehnte EU-Mitgliedschaft übte mit ihrer Heranführungsstrategie und dem Zeitplan für die Implementierung der EU-Standards einen Anpassungsdruck auf die Beitrittskandidatenländer aus (vgl. Franzen/Haarand/Niessen 2005: 187). Durch die Ausübung dieses äußeren Druckes durch die EU und die außerordentlich starken Integrationsbemühungen der MOE-Staaten, in die EU zu kommen, was zugleich noch durch Verkauf von Aktiva an transnationale Unternehmen begünstigt wurde, entstand eine umschließende, eine „*enklave-Demokratie*“. In diesem Fall haben wirtschaftliche und soziale Interessenverbände, welche einen privilegierten Status in der Gesellschaft einnehmen (EU-Instanzen, transnationale Unternehmen), einen starken Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger (vgl. Bayer 2007: 34). Eine derartige Abhängigkeit der politischen Eliten überwiegend in Ungarn und Polen wirkte auf die Reformierung der eigenen Institutionen und sorgte für strikte Pfadabhängigkeit.

Eine der kompliziertesten Aufgaben in allen Transformationsstaaten war, die neuen Mechanismen der Konfliktregelung aufzubauen, die Rechtstaatlichkeit zu verankern und damit den Übergang von einer aus dem totalitären System stammenden Konfliktlösung zu einer demokratischen zu schaffen. Am Beginn der Transformation waren die institutionellen Mechanismen der Konfliktbearbeitung zunächst nur in der Versuchsphase, obwohl während vieler massiver sozialer und politischer Konflikte der Handlungsbedarf, Konflikte institutionell zu bearbeiten, sehr groß war (vgl. Sapper 1997: 329f). Bestes Beispiel für die fehlenden institu-

tionellen Kapazitäten war die schon erwähnte „ausschließende Demokratie“ in Lettland. Aufgrund der multiethnischen Gesellschaft in Lettland wurde die institutionelle Ausgestaltung so geformt, dass eine ethnische Gruppe gegenüber einer anderen Gruppe klar benachteiligt wurde. Die größten Knackpunkte waren Fragen wie die Aberkennung der Staatsangehörigkeit, die Zuteilung der Arbeitserlaubnis und Beschäftigungsregelungen sowie kulturelle Aspekte wie der Sprachgebrauch (vgl. Leshoukov 1998: 40). Die entstehende institutionelle Konzeption wurde durch die an die Macht gekommenen rechten Kräfte durchgesetzt. In diesem Fall war der Staat nicht der Vermittler, sondern Partei, und so verschlechterten sich die Chancen, durch Verhandlungen oder Schlichtungen den Konflikt zu bearbeiten. Charakteristisch sind in diesem Fall die ungleiche personelle Stärke, die ungleichen materiellen Ressourcen der Konfliktparteien, die strukturellen Rahmenbedingungen sowie der Zugang zu den Machtmitteln und Medien (vgl. Sapper 1997: 329f).

Die slowenische Öffnung gegenüber dem Westen und die Modernisierung der eigener Ökonomie und Gesellschaft wurden als eine Schutzmaßnahme gegen kriegerische Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien verstanden. Es kam jedoch nicht zum massiven Ausverkauf und zur völligen Privatisierung von staatlichem Eigentum wie im Beispiel Polen oder Ungarn. Die starke Durchdringung von Wirtschaft und Politik durch die ehemalige Nomenklatura bremsten den Privatisierungsprozess und hielten die ausländischen Investoren von möglichen Beteiligungen ab. So wurde eine so starke Verzahnung zwischen dem Staat und der Ökonomie als ein Transformationsdefizit angesehen, das die Wirtschaftsentwicklung bremste (vgl. Veres 2007: 138). Noch in den 90er Jahren stellte man fest, dass weiterhin wichtige und verantwortungsvolle zivile Posten, besonders beim Militär, im Polizeidienst, im diplomatischen Dienst und beim Geheimdienst, korrupten Personen angeboten wurden, die früher in den Institutionen der Republik Jugoslawien beschäftigt waren. Der Grund dafür ist, dass ausgerechnet dieses Personal die slowenische Staatsgründung durchgeführt hat (vgl. Petelin 1997: 13). Dieser legitime Übergang der alten Nomenklatura in die neue Zeit erklärt die stabile politische Mitte-Links-Hegemonie in Slowenien, wodurch eine „*inklusive Demokratie*“ ermöglichte, die jugoslawischen Institutionen der Selbstverwaltung in die neokorporatistischen Institutionen zu transformieren und der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften weiterhin breite Partizipationsmöglichkeiten zu bieten (vgl. Bohle/Greskovets 2007: 453).

4. Qualität der Transformation. Indikatoren der ökonomischen Entwicklung, dargestellt an ausgewählten MOE-Staaten

4.1. Wirtschaftliche Stabilisierung und Reformfortschritt

Im Allgemeinen gilt, dass die im deutschen Stabilitätsgesetz von 1967 festgelegten vier wirtschaftspolitischen Zielsetzungen: konstantes Preisniveau, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem, angemessenem Wirtschaftswachstum generell auch für andere Länder als Stabilitätskriterien anwendbar sind (vgl. Krieghoff/Lange/Müller 2003: 11).

Mit Beginn der Transformation war in allen Transformationsstaaten ein massiver Rückgang des Produktionswachstums, ein Wirtschaftseinbruch, hohe Arbeitslosigkeit und Hyperinflation zu verzeichnen. Tiefe und Dauer der Übergangszession unterscheiden sich jedoch

deutlich innerhalb der einzelnen Länder. Im Folgenden wird versucht, den Zusammenhang zwischen den Reformen und dem BIP-Wachstum des jeweiligen Landes zu verstehen.

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Veränderungen und Transformationsreformen in Slowenien (Tabelle 1) ist von allen vier Staaten am wenigsten aussagekräftig. Das bestätigt auch das Bestimmtheitsmaß von nur 0,0002. Die Linie verläuft beinahe parallel zu der x-Achse. Das bedeutet, dass die Reformmaßnahmen in Slowenien fast gar keinen Einfluss auf das slowenische Wirtschaftswachstum hatten. Überspitzt formuliert, verlief der Transformationsprozess unabhängig vom wirtschaftlichen Geschehen. Jedoch ist Sloweniens Reformverlauf auch der einzige, der keinen negativen Einfluss auf das Wachstum hatte. Die Gründe dafür liegen in dem sehr langsamen gradualistischen Prozess, der in den 90er Jahren in Slowenien nicht erst begann, sondern aus der Zeit 60er Jahre stammte und nur fortgesetzt wurde (vgl. Vidovic 2008: 64). Im Jahr des slowenischen EU-Beitritts, 2004, betrug der durchschnittliche Transformationsindex dort nur 3,37, was am geringsten von allen vier Staaten ist. Diese Kennzahl kommt dadurch zustande, dass Slowenien nicht überhitzt auf Reformvorschläge von IWF und Weltbank reagierte. Das Land stellte sich erst Ende der 90er Jahre komplett auf die Marktwirtschaft um. Kein anderer MOE-Staat hat insgesamt so wenig privatisiert wie Slowenien. Man behielt die Großunternehmen entweder in staatlicher Hand oder verkaufte sie am liebsten an inländische Investoren. Die Regierung bewahrte nicht nur die wichtigsten Teile der industriellen Produktion vor dem Ausverkauf – die erfolgreichsten slowenischen Unternehmen expandierten ab 2000 sogar massiv in den westlichen Balkan (vgl. Hercksen 2010: 2). Der Bankensektor blieb weitestgehend nicht reguliert und verblieb ebenfalls vorwiegend in slowenischem Besitz. Nur ein Drittel des Bankkapitals wurde an Ausländer verkauft, was im Blick auf alle osteuropäischen Länder ein sehr niedriger Anteil ist. Die Umstellung im Bankensektor wurde unter staatlicher Kontrolle durchgeführt, was die Möglichkeiten für den Einsatz von Spekulationskapital minderte (vgl. Junge Welt 2004). Die Abbildung der jährlichen Wachstums- und Transformationsgrößen in der Zeitreihenanalyse (Tabelle 2) zeigt, dass der Gipfel des slowenischen Reformbooms im Jahr 1993 liegt, was auch mit dem Gedankengang der graduellen und dauerhaften Transformation übereinstimmt. In Polen (Tabelle 12) und Ungarn (Tabelle 17) beginnt diese Phase 2 - 3 Jahre früher und in Lettland (Tabelle 7) ein Jahr früher. Jedoch verzeichnete Lettland im Jahr 1991 überhaupt den ersten Transformationsfortschritt mit 1,19. Im Jahr 1990 war der durchschnittliche Koeffizient dort 1,00 – keine Reformierung. Die slowenische Reformsteigerung im Jahr 1993 um 35% ist ebenfalls im Vergleich zur lettischen mit 55% aus dem Jahr 1992 und zur polnischen mit 58% aus dem Jahr 1990 relativ gering. Der weitere Verlauf der Zeitreihe zeigt, dass die Reformlinie ziemlich flach verläuft und das reale BIP kaum die 5%-Marke erreicht, was noch einmal den graduellen slowenischen Transformationsweg unterstreicht. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen ist in Slowenien, verglichen mit Ungarn und Polen, gering ausgefallen, was sich auf die slowenische Ökonomie wirtschaftshemmend auswirkte. Die Gründe dafür sind ein unattraktives Privatisierungsmodell und ein langsamer Umstrukturierungsprozess, was die ausländischen Investoren nicht zu Anlagen ermutigte (vgl. Vidovic 2008: 65). Die Korrelation von Transformationsfortschritt und Inflationsveränderung (Tabelle 3) zeigt hier den stärksten negativen Zusammenhang von allen untersuchten Staaten mit mehr als 80%. Interessant ist, dass laut Korrelationsabbildung schon bei keinem Transformationsfortschritt in Slowenien die Inflation

ein wenig zurückgeht. Indessen verliefen die stärksten Reformen parallel zu einer Hyperinflation. Dagegen hat der Reformfortschritt gar keinen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit (Tabelle 4) ($R^2=0,0049$). Die Korrelation selbst ist positiv und die Arbeitslosigkeit würde jährlich um 2% steigen, wenn keine Reformen vorgenommen würden. Hingegen gibt es einen zwar schwachen ($R^2=0,0114$), aber doch positiven Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und der Inflation (Tabelle 5), was der theoretischen Annahme eines negativen Zusammenhangs in der ursprünglichen Phillips-Kurve²³ widerspricht (vgl. Baßeler, Heinrich, Koch 1988: 354). Die Erklärung dafür kann in den gravierenden ökonomischen Konstellationen aus den Anfangsjahren liegen, als die anfänglichen Inflationsraten von 200% und die Arbeitslosigkeitsraten von rund 10% Jahr für Jahr weniger werden ließen. Diese beiden Faktoren entwickelten sich getrennt voneinander. Die Preisliberalisierung provozierte einen negativen Preisschock und eine anschließende Hyperinflation, die danach kontinuierlich unter Kontrolle gebracht werden musste. Die Kreditierung von Unternehmen verursachte eine unkontrollierte Vergrößerung der Geldmenge und die Beschleunigung der Geldumlaufgeschwindigkeit. Bei dem Warenmangel und den gestiegenen Kosten mussten die Unternehmer die Preise erhöhen. Steigende Kosten und Umsatzminderung während des Anpassungsprozesses zwangen die Unternehmen, Beschäftigte zu entlassen. Die Privatisierung und der Sektorenwandel verursachten eine Arbeitsplatzvernichtung und hohe Arbeitslosigkeit, die anschließend Schritt für Schritt gesenkt werden musste. Der Produktionszusammenbruch kurbelte wie die Arbeitslosigkeit auch die Inflation an. Im weiteren Verlauf, als die freimarktwirtschaftlichen Kräfte immer stärker implementiert worden waren, sanken die beiden Indikatoren fortdauernd. Insgesamt lassen sich also keine bedeutenden Wirkungen von Transformationsreformen auf andere Indikatoren (außer der der Transformation auf die Inflation) erkennen, was jedoch als ein Vorteil angesehen werden kann und wodurch Slowenien von gravierenden Umbrüchen verschont blieb.

Die slowenischen Unternehmen, die nach der Unabhängigkeit einen 23 Mio. Teilnehmer umfassenden jugoslawischen Markt gegen einen 2 Mio. umfassenden slowenischen tauschten und wirtschaftliche Stagnation in Kauf nehmen mussten, konnten sich schon nach zwei Jahren an die neuen Bedingungen anpassen (vgl. Veres 2007: 142). Die gut ausgebaute Infrastruktur und die Exporttätigkeit ermöglichten jährliche Wachstumsraten von 4 - 5%, was Nachfragesteigerung und Arbeitsplatzentstehung zur Folge hatte. Die Preisstabilität wurde vor allem durch Märktederegulierung erreicht und die umfassende außenwirtschaftliche Öffnung förderte die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Anbieter (vgl. Hishow 1997: 25). Der Strukturwandel setzte ein und die Entwicklung des Dienstleistungssektors setzte sich fort. Das zunehmende Gewicht des Dienstleistungssektors äußerte sich in der Exportstruktur und trug positiv zur Leistungs- und Zahlungsbilanz bei (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003: 13). Slowenien setzte auf die Produktion von Industriewaren, die für die Exporte westlicher Industrieländer charakteristisch sind, also Güter, die in erheblichem Maße auf komplexen Kapitalgütern und Technologien beruhen und qualifizierte Arbeitskräfte benötigen (vgl.

²³ Eine negativ geneigte Phillipskurve gilt im Falle des Erwartungsirrtums. Ein Erwartungsirrtum besteht in der Verwechslung von nominalen und realen Preisveränderungen auf dem Markt. Träger der Erwartungsirrtümer können je nach Situation Arbeitnehmer oder Arbeitgeber oder beide gleichzeitig sein (vgl. Baßeler, Heinrich, Koch 1988: 354).

Bohle/Greskovits 2007: 448). Die slowenische Arbeitslosigkeit war die einzige in diesem Ländervergleich, die nie über 10% lag, und sie pendelte sich ab dem Jahr 2000 bis zum EU-Beitritt auf einen Bereich von 5 - 6% ein. Das hängt mit den niedrigen Privatisierungs- und Strukturwandelraten zusammen, die den Arbeitsplatzabbau verhinderten. Kündigungen waren aufgrund des starren Kündigungsschutzgesetzes schwer durchzusetzen. Der hohe Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer (60% in 2003) weist auf eine bedeutende Rolle dieser Struktur in Slowenien hin (vgl. Bundesagentur für Außenwirtschaft 2005: 328). Die Arbeitsproduktivität erreichte im Jahr 1998 71% des EU-Durchschnitts, was unter anderem der gut ausgebauten Infrastruktur und den gut ausgebildeten Arbeitskräften zu verdanken war (vgl. Kriehoff/Lange/Müller 2003: 14). Das Bildungsniveau der slowenischen Bevölkerung ist in den letzten 10 Jahren beträchtlich gestiegen und gilt im EU-Vergleich als relativ hoch (vgl. Bundesagentur für Außenwirtschaft 2005: 298). Ab 2000 bis 2004 verzeichnete Slowenien dann kleinere Wachstumsraten von 2 - 3%. Die Gründe dafür lagen in der unreifen Wettbewerbspolitik, was zu einem Anreizverlust für ausländische Direktinvestitionen führte. Der polnische Zusammenhang von Wachstum und Reformen (Tabelle 6) ist im Vergleich zu dem slowenischen deutlich aussagekräftiger ($R^2=0,6073$), verweist aber auf eine enorm negative Korrelation zwischen den beiden Indikatoren. Bei der Steigerung von Reformen um 12% würde das reale BIP pro Kopf bei 0 liegen und mit weiterer Abnahme der Reformmaßnahmen steigen. Der negative Zusammenhang ergibt sich durch die starken wirtschaftlichen Einbrüche am Anfang der 90er Jahre, als Polen einen bis zu dreizehnprozentigen realen BIP-Rückgang hinnehmen musste und gleichzeitig umfangreiche Reformen durchführte. Der Transformationsindex stieg in diesem Jahr auf fast 60%. Ab dem Jahr 1992 verzeichnete Polen positive Wachstumsraten, das Reformwachstum verringerte sich hingegen. Wenn man die ersten Transformationsjahre vernachlässigt, ergibt sich ab der Mitte der 90er Jahre sogar ein positiver Zusammenhang zwischen dem realen BIP-Wachstum pro Kopf und den Transformationsreformen. Die gedämpften Transformationsreformen brachten folglich kleinere BIP-Wachstumsraten hervor. In der Zeitreihenanalyse (Tabelle 7) sieht man die polnische Schocktherapie gleich im Jahr 1990. Es war die größte Reformsteigerung, die sich im Jahr 1992 noch um 15% erhöhte. Das Wirtschaftswachstum stieg früher als in Slowenien an und kletterte die meisten Jahre durchschnittlich um mindestens 5%, was ebenfalls über den slowenischen Wachstumszahlen liegt. Die Schocktherapie wirkte nur kurzfristig negativ und brachte schnell einen höheren Anstieg des Wirtschaftswachstums.

Die Veränderung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Polen beinhaltete die Freigabe von rund 90% der Preise, die Aufhebung der Subventionszahlungen und die Außenliberalisierung der meisten Marktsegmente. Der an den Dollar geknüpfte polnische Zloty wurde um 60% abgewertet (vgl. Winterberg 1994: 74). Der wirtschaftliche Aufschwung wurde durch die ökonomische Eigendynamik getragen. Die polnischen wie slowenischen und ungarischen Volkswirtschaften stiegen aufgrund der starken Exportwirtschaft und ihrer höheren industriellen Kapazitäten, die aus der sozialistischen Zeit übrig geblieben waren. Die wachsende Privatwirtschaft trug stark zu dem Aufschwung bei. Seit 1996 stiegen die seit kurzem gesunkenen ausländischen Direktinvestitionen wieder an und der private Verbrauch gewann erneut an Bedeutung (vgl. Franzen/Haaraland/Niessen 2005: 36). Generell waren die hohen Wachstumsraten zwischen 1994 und 2000 vor allem von Investitionen und Exporten

getragen. Jedoch kam es in den Jahren 2001 und 2002 zu einem Einbruch der Wachstumsraten auf nur noch gut 1%. Ursache dieses Rückgangs war die Rezession in der Weltwirtschaft und der Kollaps der russischen Wirtschaft, was zu einem Rückgang der Exporte führte. Ab 2003 nahmen die Wirtschaftsraten aufgrund der Steigerung des Außenhandels und des privaten Konsums wieder zu. (vgl. Heller 2009: 188f).

Bezüglich weiterer Zusammenhänge kann man (nur) die positive Beziehung zwischen der Inflation und dem Transformationsindex (Tabelle 8) beobachten; letzterer weist allerdings eine geringe Beziehung von R^2 von 0,1252. Die positive Korrelation spiegelt die strikte Geldpolitik der polnischen Nationalbank wider, was das kontinuierliche Zurückgehen der Inflationsraten mit sich brachte und im Gleichschritt mit der Abnahme der Transformationsreformen vor sich ging. Allerdings lagen die Inflationsraten bis Ende der 90er Jahre bei 5%, da die Geldpolitik aufgrund des starken Binnenkonsums nur begrenzt wirken konnte (vgl. Quaisser/Brandmeier 1998: 7). Bei der Abhängigkeit der Arbeitslosigkeit von der Transformation (Tabelle 9) und von der Inflation (Tabelle 10) liegt das Bestimmtheitsmaß unter 0,01, was auf keine Wechselbeziehungen verweist. Allerdings sind die beiden Zusammenhänge negativ. Die Arbeitslosigkeit in Polen war um die Jahrhundertwende trotz der abnehmenden Tendenz relativ hoch, sie lag bei ca. 13-14%. Unternehmensmodernisierung und Privatisierung führten zur Arbeitsplatzvernichtung, besonders in der Industrie und der Landwirtschaft. Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor ging ihrerseits sehr langsam voran. Nach 1994 sank die Arbeitslosenquote erstmalig. Ursache des Rückgangs war jedoch nicht ein Beschäftigungszuwachs, sondern massive von der polnischen Regierung initiierte Frühverrentungsprogramme (vgl. Heller 2009: 206). Ab dem Ende der 90er Jahre stieg dann die Arbeitslosigkeit aufgrund der erwähnten Wirtschaftskrise in Russland und der Abnahme der direkten Investitionen wieder an, was eine negative Beziehung zum abnehmenden Reformindex darstellt. Deswegen verzeichnet Polen als einziges von den vier Ländern eine negative Korrelation zwischen abschnittsweise steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Inflation.

Die ungarischen Korrelationen zwischen den strukturellen Reformen und dem realen BIP-Wachstum pro Kopf (Tabelle 11) ähneln dem polnischen Verlauf. Ein negativer Zusammenhang mit dem aussagekräftigen Bestimmtheitsmaß von 0,64 besagt, dass mit abnehmender Anzahl von Reformen das BIP-Wachstum steigen werde. Stagnation gibt es bei 8% der Strukturreformen, also um 4% weniger als in Polen. Die Linie verläuft senkrechter als die polnische, was auf eine graduelle Reformstruktur in Ungarn hinweist. Der positive Zusammenhang wird nicht wie im polnischen Fall in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erreicht, und zwar aufgrund der starken Einbrüche am Anfang der 90er, sondern beim Start der Transformation. Der positive Zusammenhang existierte nur von dem Jahr 1990 bis um 1994, als die negativen BIP-Raten mit hohen Reformraten positiv korrelierten. Danach folgten auf die Steigerung von Reformanstrengungen kleinere Wachstumsraten. Als die Transformation in Ungarn um die Jahrhundertwende fast komplett abgeschlossen war, stiegen die Wachstumsraten wieder um 4%. Die Zeitreihe (Tabelle 12) des ungarischen Wachstums und der Transformationsreformen zeigt, dass Ungarns größter Jahresreformzuwachs von fast 27 % deutlich kleiner ist als der von Slowenien, Polen und Lettland. Ungarn zeigt ebenfalls den konsequenten Reformverlauf mit nur wenigen Höhen und Tiefen, aber auch mit stabilen Wachstumsraten.

Aufgrund der günstigen Ausgangsbedingungen und der schon im Laufe der 70er und 80er Jahre durchgeführten Reformen verlief der ungarische Transformationsweg, besonders in den ersten zwei bis drei Jahren nach der Wende, wie schon erwähnt graduell (vgl. Kosta 1997: 4). Die Regierung verpflichtete sich, Reformen flüssig durchzuführen, das Staatseigentum zu privatisieren und klare und günstige Rahmenbedingungen für Investoren zu schaffen. Alle Reformen in den einzelnen Bereichen der Geld-, Fiskal-, Lohn- und Wechselkurspolitik waren gemäßigt restriktiv. Damit fügten sie sich gewissermaßen in den übergeordneten Reformprozess ein. In diesem Sinne können auch die schnell einsetzende Außenhandelsliberalisierung und die Privatisierung als zügig voranschreitend bezeichnet werden (vgl. Franzen/Haaraland/Niessen 2005: 26). Trotzdem erlebte auch Ungarn eine schmerzhafteste Krise. Bis 1993 schrumpfte das BIP um 18%, was eine Preisexplosion und steigende Arbeitslosigkeit provozierte. Die Verschärfung der Krise resultierte aus der Verzögerung beim Aufbau wettbewerblicher Strukturen und infolge noch unreifer Marktwirtschaft, die mit den externen Schocks nicht fertig wurde und die Auslandverschuldung mit expansiven Maßnahmen nicht beseitigen konnte (vgl. Lösch 1993: 137). Ab 1994 erlebte die ungarische Wirtschaft dann einen neuen Aufschwung. Das 1995 angelaufene makro-ökonomische Anpassungsprogramm und die wirtschaftliche Konsolidierungspolitik ebneten den Weg für nachhaltiges Wachstum des BIP, das 1997 wieder bedeutend um 4,4% zulegte (vgl. Inotai 1997: 6f). Dies ging wiederum auf einen starken Exportanstieg zurück. Die andere Quelle des Wirtschaftswachstums waren die zunehmenden Investitionen. (vgl. Dezeri 2000: 127). Zwischen 1998 und 2003 musste Ungarn seine Markt- und Wettbewerbsordnung weiter ausbauen. Das passierte, weil das Land den Privatisierungsprozess fast abgeschlossen und an Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen verloren hatte (vgl. Kaps 2001: 48). Insgesamt stagnierte die ungarische Wirtschaft in den Jahren 2001 bis 2004, was auf die Abschwächung der Binnennachfrage und rückläufige Exporte zurückzuführen ist. Die Lohnsteigerungen waren in dieser Zeit nur gering, die Inflation blieb aber mit 5 bis 7% relativ hoch (vgl. Kaempfe 2003: 336).

Die Auswirkung der Reformmaßnahmen auf die Inflation (Tabelle 13) und auf die Arbeitslosigkeit (Tabelle 14) sind zwar positiv, haben aber mit R^2 unter 0,15 geringe Aussagekraft. In Ungarn ist die Mehrzahl der Preise nach 1989 nicht schlagartig dereguliert worden, da schon in den 70er und 80er Jahren etliche Preise freigegeben waren. Die Maßnahmen restriktiver Geld- und Fiskalpolitik trugen zur Geldwertstabilisierung bei. Ungarn hatte im Jahr 1991 mit fast 35% Inflation den niedrigsten Wert im Ländervergleich (vgl. Kosta 1997: 4). Leichte positive Effekte bei der Korrelation des Reformverlauf mit der Arbeitslosigkeit sind auf eine kontinuierliche Senkung der Arbeitslosenquote ab der Mitte der 90er Jahre zurückzuführen. In der ersten Hälfte der 90er Jahre erreichte die Arbeitslosigkeit zweistellige Zahlen und betrug 12%. Die Beschäftigungsquote²⁴ betrug 1991 87% und sank bis 1994 auf nur noch auf 72%. (vgl. Benczes 2009: 9). Anschließend ließen die hohen Wachstumsraten in der Exportwirtschaft neue Arbeitsplätze entstehen, die den Stellenschwund in Industrie und Landwirtschaft recht gut ausgleichen konnten. Die ungarische Regierung konnte zudem durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen im Bereich des Arbeitsrechts und der Lohnbindung zu einer

²⁴ Beschäftigungsquote/Erwerbstätigkeitsquote ist der Anteil der Erwerbstätigen an der arbeitsfähigen Bevölkerung (zwischen 15 und 64 Jahren) (Vgl. BFAS: 2010).

Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beitragen. Die Arbeitslosigkeit in Ungarn ist regionalbedingt und hängt stark von ausländischen Investitionen ab. Die Beziehung von Arbeitslosigkeit und Inflation (Tabelle 15) zeigt einen positiven Bezug. Wie in dem Fall Sloweniens, kann es mit der unreifen ungarischen Marktwirtschaft erklärt werden, wenn einzelne Makroinstrumente aufeinander nicht wirkten und die Inflation nicht aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums, sondern aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs und Warenmangels stieg. Der Abbau der Inflation ging parallel mit der Senkung der Arbeitslosenrate einher.

Ungarn, Polen und Slowenien waren zu keiner Zeit nur produzierende Entwicklungsländer, sondern Industrieländer mit erheblichen Strukturproblemen, deren Arbeitspotenzial schon Mitte der 90er Jahre ausgeschöpft war. Zwar lösten die ausländischen Direktinvestitionen in den MOE-Ländern Entwicklungsimpulse aus, für die Investoren war hier die beste Kombination aus niedrigen Arbeitskosten und einem relativ hohem Qualifikationsniveau vorhanden, die kaum in einem anderen Niedriglohnland der Dritten Welt zu finden ist (vgl. Nötzold 1995: 179). Es zeichnete sich eine fast gleiche Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Ungarn, Polen und Slowenien um die Jahrhundertwende ab. Das hängt mit dem Zurückgehen von Kapitalimporten aus den westlichen OECD-Ländern zusammen. Die westlichen Unternehmen hatten nur so lange Interesse, in diese Länder zu investieren, bis eine Angleichung des Kostenniveaus von diesen Reformstaaten an die westlichen Industrieländer erreicht war (vgl. Gabrisch 1995: 5). Die Befragungen von Unternehmen zeigen, dass für das Interesse an einer Investitionstätigkeit der Unternehmen die Wichtigkeit der Kostendifferenzen zu einheimischen Produktionsstandorten vor der Steigerung und Sicherung des Absatzes stand (vgl. Meißner 1996: 10).

Die Wirkung der Transformation in Lettland auf das reale BIP-Wachstum pro Kopf (Tabelle 16) zeigt, wie im polnischen und ungarischen Fall, eine negative Wirkung mit einem deutlichen Zusammenhang von über 70%. Die Zeitreihe (Tabelle 17) zeigt sehr deutlich den hohen Reformumbau von 1990 bis 1994, was der polnischen Variante ähnelt. In dieser Zeit erlitt die lettische Wirtschaft im Ländervergleich die größten Wirtschaftseinbrüche, die sich in den Transformationsreformen erkennbar widerspiegeln. Ein ausgeprägter und länger anhaltender Rückgang des BIP zu Transformationsbeginn ist auf die Inkonsequenz in der Wirtschaftspolitik, auf Verzögerungen bei den Strukturreformen und auf landwirtschaftliche und industrielle Schrumpfung zurückzuführen. Von 1989 bis 1993 schrumpfte die Wirtschaft Lettlands um fast 60%. Die Einbrüche waren so groß, dass man erst 2003 den Stand von 1990 wieder erreichte, was in diesem Ländervergleich der späteste Zeitpunkt ist (vgl. Borchert/ Kösters/ Leschke/ Polleit 2001: 20). Der industrielle und landwirtschaftliche Rückgang hielt bis 1995 an, wenn auch sich verlangsamend. So kamen die Wachstumsimpulse vornehmlich aus dem Dienstleistungssektor und dem Baugewerbe, was im Jahr 1994 erstmals zu einem leichten Anstieg des realen BIP führte. Im Jahr 1995 folgte eine Bankkrise, die einen ersten Einbruch im bis dahin wachsenden Dienstleistungssektor verursachte (vgl. Schrader/Laaser 1997:5f). Ab dem Jahr 1997 verzeichnete Lettland wieder starke Wirtschaftszuwächse mit jährlicher Veränderung von teilweise 7% bis 9% und war damit am erfolgreichsten von allen hier untersuchten Ländern. Das Wachstum verlangsamte sich jedoch 1998 wieder unter dem Einfluss der Russlandkrise, wuchs ab 1999 aber wieder kräftiger (vgl. Knogler 2001: 7). Im Vergleich

zu Polen, Ungarn und Slowenien hatte Lettland keine eigene industrielle Plattform. Lettland wurde zuvor mit der benötigten Produktion und den notwendigen Ressourcen von der Sowjetunion versorgt und konnte nach der Unabhängigkeit nur geringe Industriekapazitäten aufweisen, was große Schwierigkeiten beim Anziehen ausländischer Investoren bereitete, da schlechte Voraussetzungen für die Unternehmensentwicklung herrschten (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 453). Die lettische Wirtschaft wuchs ab Jahr 2000 aufgrund der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowie der Steigerung der Produktion und der Exporte und konnte im Jahr 2001 das höchste Wirtschaftswachstum im Baltikum erreichen. Insbesondere wirkten sich sowohl die erreichte politische Stabilität als auch die erfolgreich verlaufenden Anpassungsprozesse in der lettischen Wirtschaft im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt positiv aus.

Bei der Korrelation des Transformationsindex mit der Inflation (Tabelle 18) ergibt sich wie im slowenischen Fall bei einem zwar kleineren Bestimmtheitsmaß von nur 0,34 eine negative Korrelation. Bei größtem Reformzuwachs sank die Inflation ebenfalls schneller, was ein großer Erfolg der lettischen Stabilisierungspolitik war. Die Inflationsrate, die 1997 zum ersten Mal seit Reformbeginn deutlich unter 10% lag, sank im Laufe von 1998 weiter merklich ab; dies geht auf die rückläufige Entwicklung der Importpreise bei flexiblen Wechselkursen zurück (vgl. Polkowski 1999: 26). Aufgrund des dynamischen Wirtschaftswachstums und der indirekten Besteuerung pendelte sich die Inflationsrate letztendlich um die Jahrhundertwende bei 2 - 4% ein. Wie im slowenischen und polnischen Fall gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Veränderung der Arbeitslosigkeit und den Transformationsreformen (Tabelle 19). Die Arbeitslosigkeitsstatistik für Lettland existiert ab 1995. Ausgerechnet vor 1995 stieg die Arbeitslosigkeit und ging erst ab 1996 zurück. So wäre die Wirkung der Transformationsreformen mit den Daten davor sicherlich negativer und deutlich aussagekräftiger als mit den ab 1995 gewonnenen Daten. Die Inflation wirkte sich ebenfalls positiv auf die Arbeitslosenquote aus (Tabelle 20), was dem slowenischen und ungarischen Beispiel ähnlich ist. Lettland verzeichnete die größten Arbeitslosenraten im Ländervergleich, die kontinuierlich von 21,40% im Jahr 1994 bis auf ihren niedrigsten Wert von 10,30% im Jahr 2004 schrumpften. Der Grund dafür war der Ausstieg aus der sowjetischen inneren Arbeitsteilung, das schlechte Verhältnis zu Russland, die daraus folgenden Handelskriege und ebenfalls der außerordentliche Strukturwandel mit massenhafter Arbeitsplatzvernichtung in der Industrie und Landwirtschaft. Seit 1991 bis 2000 ist die Zahl der in der Volkswirtschaft Beschäftigten um rund 26% zurückgegangen (vgl. Polkowski 2002: 29).

Wachsende Bruttoinlandsprodukte der untersuchten Länder seit der 2. Hälfte der 1990er Jahre lassen eine Reihe von Ökonomen von einem Aufholprozess des europäischen Ostens sprechen. Dies ist in mehrfacher Hinsichten zweifelhaft. Bei der Angleichung von wirtschaftlichem Fortschritt gegenüber den Transformationsreformen lässt die lettische Schocktherapie den größten wirtschaftlichen Zuwachs von fast 70% bei der Durchschnittsmarkte der Transformation von 3,56 Punkten im Jahr 2004 erkennen (Tabelle 21). Allerdings sollte bei Lettland das Jahr 1992 als Basisjahr ausgewählt werden, da die Reformen dort mit einer Verspätung von 1 bis 2 Jahren im Vergleich zu den anderen Staaten stattfanden. Im Jahr 1990 war der Transformationsindex dort 1,0 (Slowenien 1,52; Polen 2,26; Ungarn 2,37). Im 1992

betrug dieser Koeffizient in Lettland 2,0, was ungefähr das Niveau der anderen Staaten im 1990 war. Würde man das Jahr 1990 als Basisjahr für Lettland nehmen, dann würde der Zuwachs aufgrund des noch relativ guten ökonomischen Zustandes in der Sowjetunion lediglich 14% betragen. Slowenien erreichte mit kleinstem Reformfortschritt mehr BIP-Zuwachs als Ungarn mit deutlich höherer Reformspanne. Dabei muss man erwähnen, dass Slowenien, Lettland und Polen im Jahr 2004 einen relativ niedrigen Transformationsindex aufwiesen (Slowenien 3,37; Lettland 3,56; Polen 3,66). Ungarn lag bei 3,89, was am nächsten an die Länder mit einer koordinierten und liberalen Marktwirtschaft (4,00; 4,33) herankommt. Slowenien zeigte die meisten Transformationsdefizite bei der Privatisierung von Großbetrieben, der Umstrukturierung der Unternehmen, der Wettbewerbspolitik und in dem Bankensektor. Polen platzierte sich in der Mitte und brachte ein hohes Wachstum hervor, das jedoch nicht als riesiger Erfolg der polnischen Transformation zu verstehen ist. Die statistische Durchsicht ergibt zwar für Polen ein ca. 63% höheres BIP-Wachstum, wenn man das Jahr 1990 als Referenzjahr annimmt. Dennoch, wenn man das Referenzjahr 1985 annimmt, dann gibt es keinen Aufholprozess polnischen Wachstums, denn Polen verlor in den fünf Jahren zwischen 1985 und 1990 pro Kopf gerechnet mehr als ein Drittel seines BIP (vgl. Hofbauer 2008: 98).

4.2. Soziale Indikatoren der Gesellschaft. Analyse der Mikroebene

Die Frage, ob die MOE-Staaten zu den klassischen Wohlfahrtstypen wie liberal, konservativ, sozialdemokratisch gerechnet werden können oder ob sie einen eigenständigen Wohlfahrtstypus bilden, sorgte immer für viel Diskussion. Die MOE-Staaten bauten ihre Wohlfahrtssysteme auf dem Erbe des ehemals sozialistischen Wohlfahrtsstaates auf, dessen institutionelle Beschaffenheit sich oft in Hinblick auf die Autorität der Bürokratie erheblich vom westlichen Modell unterschied. Das gemeinsame Erbe als prägendes Merkmal dieser Wohlfahrtssysteme scheint durchaus plausibel. Nimmt man Esping-Andersens Wohlfahrtsregime als Ausgangspunkt der Argumentation, kann keines der ehemals staatssozialistischen Länder weder mit dem neoliberalen noch mit dem konservativen noch mit dem sozialdemokratischen Regime in Einklang gebracht werden. Es bildete sich vielmehr eine Hybridform heraus (vgl. Blum/Dehling/Hegelich/Schubert 2010: 6).

Die Reduzierung von Armut und von Ungleichheiten in der Einkommensverteilung ist eines der wichtigsten Ziele von allen Sozialmodellen. Entsprechend der von Eurostat verwendeten Definition werden Personen als armutsgefährdet bezeichnet, wenn ihr Einkommen unterhalb von 60% des nationalen medianen Äquivalenzeinkommens liegt (vgl. Statistisches Bundesamt: 2010). Beim ersten Blick auf die Verteilung der Armutsgefährdungsquote (Tabelle 22) sieht man, dass die Länder mit gradualistischem Transformationscharakter (Slowenien, Ungarn) hierbei klar zu trennen sind von den Staaten der Schocktherapie (Polen, Lettland). Bei der Armutsgefährdungsquote handelt es sich um einen relativen Wert. Auch wenn Slowenien und Ungarn günstig abschneiden, liegt das tatsächliche Armutsniveau in Ungarn deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle, dem Einkommenswert, unter welchem der Privathaushalt als einkommensarm einzustufen wäre (vgl. Statistisches Bundesamt: 2010). Zusätzliche Informationen über das Ausmaß der Armut liefert die Armutsgefährdungslücke, die die Differenz zwischen dem medianen Äquivalenzeinkommen der ärmeren Bevölkerungsgruppen, die

unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen, zu deren Obergrenze anzeigt. Der Indikator misst damit, wie weit das Einkommen der armutsgefährdeten Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt (vgl. Knogler/Lankes 2008: 16). Im Jahr 2000 lag in Ungarn die Armutsgefährdungslücke bei 33%, was auf regionale Einkommensunterschiede, eine hohe Teilzeitbeschäftigung von fast 16% und eine hohe Jugend- und Kinderarmut zurückzuführen ist (vgl. Dutz/Kauffmann/Najarian/Senfey/Yemtsov 2001: 6). Im Jahr 2005 sank dieser Faktor auf 18% aufgrund der Erhöhung der staatlichen Sozialausgaben um 55%. Zusätzlich wurden die zuvor sehr niedrigen Gehälter von öffentlichen Arbeitgebern um 15 bis 55% erhöht (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 2). Slowenien blieb im Vergleich von 2000 und 2005 bei stabilen 19% der Armutsgefährdungslücke, bei nur geringem Anstieg der Armutsgefährdungsquote, und hat zusammen mit Ungarn die niedrigsten Werte (Tabelle 23) nicht nur in diesem Ländervergleich, sondern es liegt damit auch unter dem EU-Durchschnitt (vgl. Dennis/Guio 2004: 3). In Slowenien konnte ein überdurchschnittlicher sozialer Standard aus der sozialistischen Zeit aufrechterhalten werden. Zwar lag die Arbeitslosigkeit am Anfang der 90er Jahre bei 14%, konnte allerdings zum Zeitpunkt des EU-Beitritts auf 6% gekürzt werden, was ebenfalls unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Der von Slowenien sanierte Bankensektor sicherte die Kontrolle über das Bankenkaptal, das im Land geblieben war. Durch den geringen Anteil an ausländischen Investoren, verlangsamte Privatisierung und den geringen Ausverkauf von Aktiva konnte die „working poor“-Tendenz (Erwerbsarmut) vermieden werden. Die einheimischen Unternehmen wurden nicht aus dem Ausland gesteuert. Man setzte auf eigene „human resources“, da man auf wissenschaftlichem Gebiet über gute infrastrukturelle Vernetzung und über ein großes Potential an intelligenter Arbeit verfügte (vgl. Junge Welt 2004).

Polen und Lettland zeigen deutlich höhere Kennziffern, die innerhalb von fünf Jahren zusätzlich weiter stiegen. In Polen, wie ebenfalls in Ungarn, erfolgte in den 90er Jahren ein enormer Zuwachs an ausländischen Investitionen, was von dem Ankauf staatlicher Aktiva begleitet wurde. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten in diesen Ländern waren auf die Anpassung bei den sozialen Maßnahmen angewiesen, um die Kapitalgeber im Land zu behalten und für die westlichen Geldgeber ein entsprechendes Wirtschaftsklima zu gestalten. Der Loyalität der nationalen Regierungen spiegelte sich in Lohndumping, günstiger Besteuerung, Unterstützung bei der Modifizierung der Betriebe, sozialen Einschnitten und anderen Maßnahmen zu Halten der Investoren (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 457). Die wirtschaftliche Abhängigkeit spiegelt sich in den Zahlen eindeutig wider. So gehörten 2008 in Polen von 70 Banken 60 ausländischen Investoren, was rund 76% des Gesamtkapitals darstellte. In Ungarn lag die Quote mit 84% noch höher. Dort gehörten von 26 Banken 16 ausländischen Investoren. In Lettland gehörten 65% der Banken nicht einheimischen Investoren. Slowenien zeigte mit der Quote von 30% den niedrigsten Wert an Auslandskapital (vgl. EBRD 2010). Die westeuropäischen Banken haben den Konsolidierungsprozess in Osteuropa dominiert, um die lokalen Märkte zu kontrollieren und die wirtschaftlichen Interessen der Geldherkunftsländer zu vertreten. Die zusätzliche Vereinheitlichung von Absatz- und Kapitalmärkten brachte eine starke und unkontrollierte Expansion von ausländischen Konzernen (vgl. Hofbauer 2007: 92).

Die politischen Entscheidungen und der Wunsch nach einer rapiden Integration in die westlichen Institutionen hatten schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für Lettland. Der Ausstieg

aus der innersowjetischer Arbeitsteilung führte zu einem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu Produktionsrückgängen, da die Industriegewerbe, die auf eine enge Kooperation mit Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken ausgerichtet waren, nutzlos wurden. Die Abkühlung des Verhältnisses zu Russland belastete den Warenhandel, der innerhalb der nächsten Jahre drastisch sank. Diese Veränderung wirkte negativ auf Produktion und den gesamten Außenhandel Lettlands, der folglich um die Hälfte sank. Lettland, das in der Sowjetzeit keine Schwerindustrie besaß und alle notwendigen Industrieprodukte innerhalb seiner Volkswirtschaft aus der UdSSR bekam, musste seit dem Zerfall des sowjetischen Staates enorme Kosten für die Importe einkalkulieren (vgl. Tauber 1997: 124). Der wirtschaftliche Bruch mit Russland bedeutete nicht sogleich den automatischen Aufbau des Handels mit westlichen Ländern. Der Anpassungsprozess an die EU und den Westen dauerte etwa vier bis fünf Jahre. Dazu mangelte es den Großbetrieben in verschiedenen Bereichen an der notwendigen Anpassungsfähigkeit zur Erschließung neuer Absatzmärkte im Westen. Der Strukturbruch von Industrie und Landwirtschaft kam nur dem Dienstleistungssektor zugute, sodass die Exporte nach Westen nur durch diesen Sektor gedeckt werden konnten, was aber nur einen kleinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung mit sich brachte (vgl. Schrader/Laaser 1997: 4). Bei der schon erwähnten radikalen Umsetzung der gewählten Politik, durch den Verzicht auf die vorher ausgebaute günstige Handelspolitik mit Russland und anderen GUS-Staaten²⁵, durch einen völligen Bruch mit der Vergangenheit und eine neue Ausrichtung nach Westen musste man in Lettland eine schmerzhafteste Krise und wirtschaftliche Verluste einstecken, welche letztendlich zu einer breiten Verarmung der Bevölkerung führten (vgl. Bohle/Greskovits 2007: 452).

Die dargestellten Daten messen zwar den Lebensstandard und kalkulieren die Verfügbarkeit der Ressourcen für einen auf Einkommen basierten und ausreichenden Lebensstandard, beziehen aber keine Einkommensunterschiede der Volkswirtschaft mit ein (vgl. Knogler/Lankes 2008: 16). Um die schon dargestellten Indizes zu vervollständigen, wird ein Vergleich der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppe (S20) zur einkommensstarken Gruppe (S80) herangezogen (Tabelle 24 und 25). Am S80/S20-Verhältnis lassen sich Veränderungen im obersten und untersten Quintal ablesen; dagegen lässt sich die gesamte Einkommensverteilung mit dem Gini-Koeffizient am besten nachvollziehen. Bei vollkommener Gleichheit ist der Koeffizient 0% und steigt entsprechend (max. 100%) den Einkommensunterschieden an (vgl. Dennis/Guio 2004: 5). Wie auch bei der Armutsgefährdungslücke und der Armutsgefährdungsquote zeigen Slowenien und Ungarn für Jahr 2000 und 2005 die geringste Einkommensdifferenz zwischen einkommensreichen und einkommensärmsten Quintalen. Beachtlich, dass die slowenischen Kennziffern sich innerhalb von fünf Jahren nicht änderten. Damit gehört das Land zu den EU-Ländern mit dem niedrigsten Gini-Koeffizienten und den niedrigstem Einkommensverteilungs-Unterschieden und liegt weit unter den EU-Durchschnitt (vgl. Dennis/Guio 2004: 5). Slowenien konnte in seiner Transformation zu einer koordinierten Marktwirtschaft an eine Reihe günstiger Hinterlassenschaften des Sozialismus anknüpfen. Die

²⁵ Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) - Staatsverbund ehemaliger Sowjetrepubliken, der sich auf Koordinierung der Außenpolitik sowie wirtschaftliche, ökologische, sozialer und kulturelle Zusammenarbeit gründet. Aktuell sind die Mitglieder der GUS Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan, Moldova, die Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Usbekistan (Website des Wirtschaftslexikon24.net)

Institutionen der Selbstverwaltung wurden in neokorporatistische Institutionen transformiert, die den Arbeitern weiterhin breite Partizipationsmöglichkeiten gewährten. Auch in Hinblick auf Parteien und Gewerkschaften gab es eine viel größere Kontinuität als in anderen osteuropäischen Staaten. Als Beleg für diesen stabilen Sozialausgleich dient die Tatsache, dass es in Slowenien seit dem Transformationsbeginn so gut wie keine politischen Proteste der Bevölkerung gab und die Mitte-Links-Koalition fast ununterbrochen an der Macht blieb (vgl. Bohle/Greskovets 2007: 453). In Ungarn liegen die Einkommensungleichheit und der Gini-Koeffizient ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt. Jedoch hat Ungarn eine niedrige Beschäftigungsquote, die 2005 unter 60% lag. Durch ein beitragsfinanziertes Sozialversicherungssystem entstanden hohe Lohnnebenkosten, die innerhalb der OECD-Länder zu den höchsten zählen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 2). Die Verteilung der Arbeitslosigkeit nach sozialen und regionalen Kriterien lag in Ungarn um das Dreifache höher als die strukturelle Arbeitslosigkeit. Die regionale, die Jugend- und die Langzeitarbeitslosigkeit nahmen innerhalb von wenigen Jahren zu. Unzureichende Qualifizierung und das geringe Bildungsniveau der Bevölkerung verursachten Lohndumping. Das Fehlen von Fachkräften, das durch Migration und Arbeitsplatzvernichtung in den 90er Jahren verursacht war, verschärfte das Problem (vgl. Riedel 2003: 15). Polen und Lettland, die ohnehin in diesem Ländervergleich die größten Einkommensunterschiede und den höchsten Gini-Koeffizienten aufweisen, haben diese Unterschiede bis zum Jahr 2005 noch vergrößert. In Polen stieg die Arbeitslosigkeit von 1999 bis 2004 von 12,5% auf 19%. Die Gründe dafür liegen in dem massiven Strukturwandel, weiteren Privatisierungsmaßnahmen und der Liberalisierung des Arbeitsmarktes, vor allem in der Schwerindustrie. In der Quote war der Anteil der latenten²⁶ Arbeitslosigkeit aus den 90er Jahren inbegriffen. Aufgrund des unelastischen polnischen Arbeitsmarktes stieg die latente Arbeitslosigkeit langsam innerhalb von mehreren Jahren. Laut Experten lag ihre Quote um die 14%, was einer Größenordnung von ca. 2,5 bis 2,7 Mill. Beschäftigten entspricht. Wenn man dazu die natürliche Arbeitslosenrate von 6,5% nimmt, dann kommt man auf eine Arbeitslosenquote von 20,5%. Hätte sich die Beschäftigung 1990 als voll elastisch erwiesen, dann hätten 3,7 Mill. Menschen (ca. 20,5%) ihre Arbeit verloren (vgl. Heller 2009: 205). Der Einfluss der Gewerkschaften in Polen ist stark zurückgegangen. Bis zum Jahr 2002 gehörten lediglich noch 15% der Beschäftigten den Gewerkschaften an (vgl. Laubis 2007: 5). Lettland zeichnete sich durch die meisten Einkommensunterschiede und den größten Gini-Koeffizienten aus. Der Arbeitsmarkt wurde dort, ähnlich wie in Polen, stark dereguliert und flexibilisiert und der Kündigungsschutz gelockert, was den Ökonomien mit einer liberalen Marktwirtschaft entspricht. Die schweren wirtschaftlichen Folgen der 90er Jahre und die tiefe Krise, die Lettland durchgemacht hat, hatten Spuren hinterlassen, die nicht so schnell behoben werden konnten. Die lettische Politik konnte lange Zeit keine notwendigen direkten ausländischen Investitionen ins Land holen. Die Investoren bevorzugten eher Industriestaaten mit starken industriellen Kapazitäten. Eine eigene Idee vom baltischen Finanzzentrum in Lettland ist auf-

²⁶ Im Sozialismus wurde die Unterbeschäftigung durch den Einsatz bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen künstlich vermieden und so für die ArbeitnehmerInnen mit oft nicht entsprechendem Qualifikationsniveau und ineffizientem Arbeitseinsatz der freie Zugang in den Arbeitsmarkt ermöglicht. In der freien Konkurrenz hatte das fatale Folgen. Bezeichnete Wirtschaftsmängel waren ausschlaggebend für den raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit, da bei der Privatisierung und Sanierung der staatlichen Betriebe sowie bei Neugründung von Unternehmen die Betriebe in der freien Marktwirtschaft ihre Kosten genau kalkulierten und auf maximale Gewinnererwirtschaftung fokussiert waren (vgl. Internet Akademie und Lehrbuch Verlags: 2010).

grund der Bankkrise von 1995 in Vergessenheit geraten und den Menschen, die nach der Hyperinflation der 90er Jahre zum zweiten Mal finanziell ruiniert wurden, wurde das Vertrauen in das Finanzsystem untergraben (vgl. Rudolph/Hillmann 16f). Damit war Lettland bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze stark gefährdet. Dazu kommt noch das spezielle lettische Problem, dass nach der Unabhängigkeit des Landes den ethnischen Russen die Staatsangehörigkeit entzogen wurde. Damit stürzte circa ein Viertel der arbeitsfähigen und gut qualifizierten Bevölkerung in die Armut und gehörte zur untersten Einkommensschicht. Es dauerte Jahre, bis einige aus dieser Bevölkerungsschicht sich in die lettische Gesellschaft wieder integrierten und sich finanziell absichern konnten (Borchert/Kösters/Leschke/Polleit 2001: 20).

Als Letztes wird die Sozialquote (Sozialausgaben in Euro/je Einwohner, geteilt durch reales BIP) im Vergleich zum durchschnittlichen Transformationsindex aus dem Jahr 2005 herangezogen (Tabelle 26). Es fällt sofort ins Auge, dass innerhalb von fünf Jahren die lettische und slowenische Sozialquote stark gesunken ist (Tabelle 27) (5,1% und 6,1%). Dabei hat Lettland in der Zwischenzeit den größten Reformsprung um 0,37 Punkte nach vorne gemacht (Slowenien 0,07; Polen 0,19; Ungarn 0,11). Interessant ist, dass Lettland und Slowenien starke BIP-Zuwächse (58% und 33%) innerhalb dieser fünf Jahre erwirtschaftet haben. Die Sozialausgaben sind jedoch in Lettland um weniger als 1% gestiegen und in Slowenien sind sie sogar um 1% gesunken. In Polen und Ungarn haben die Sozialausgaben (18%; 55%) stark zugenommen, sind aber im Vergleich zum BIP ebenfalls kleiner (Polen 31%; 76%). Gründe dafür sind die sozialen Sparmaßnahmen, die Leistungskürzungen und die Arbeitsmarktflexibilisierung in allen diesen Staaten. Dies betrifft die Dauer des Anspruchszeitraums und die Höhe der Arbeitslosenbezüge mit einer stark gekürzten Lohnersatzrate. Das Arbeitslosengeld diente damit nicht der Sicherung des Grundbedarfs, sondern der Überbrückung einer eng befristeten Zeit. In Ungarn und Slowenien werden die Leistungen mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit erheblich gekürzt. In Polen ist das Arbeitslosengeld stark von der Erwerbs- bzw. Versicherungsdauer abhängig. Lettland gewährt höhere Leistungen bei längerer Versicherungsdauer und kürzt sie stark bei andauernder Arbeitslosigkeit (vgl. Hacker 2009: 42f). Die Schuld an der Abschmelzung von sozialen Schutzbestimmungen tragen ebenfalls die geschwächten Eliten, die bei den ständigen Verhandlungen über den Beitritt zur EU nicht den Gesamtbestand an Rechten und Pflichten mit der EU ausgehandelt haben. Die Verhandlungen verliefen in einem schnellen „Durchsiebungs-Verfahren“, wobei die sozialpolitischen Bestimmungen oft vernachlässigt wurden (vgl. Hofbauer 2007: 92). Jedoch verpflichteten sich Slowenien, Polen, Ungarn und Lettland, die bei dem EU-Beitritt geforderte Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes zu gewährleisten, was beträchtliche finanzielle und administrative Anstrengungen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, beinhaltete (vgl. Schulte 1998).

Im Kontext der Transformation von einer sozialistischen zu einer postsozialistischen Gesellschaft hat sich der slowenische Wohlfahrtstaat in der ersten Hälfte der 1990er Jahre formell als duales Modell konstituiert, in dem sich verschiedene Elemente des konservativ-korporatistischen und des sozialdemokratischen Wohlfahrtssystems miteinander verbinden. Einerseits sind die Sozialversicherungssysteme transparent und gründen auf Sozialpartnerschaften. Andererseits hat der öffentliche Sektor seinen dominanten Status bei der Bereitstellung aller

Leistungen aus der Zeit des Sozialismus beibehalten und dient als einziges Instrument der sozialen Sicherung. Die Herausbildung dieses dualen Wohlfahrtsmodells gründete auf den Beschlüssen der linksorientierten politischen Elite Sloweniens (vgl. Kolaric/Kopac/Raker 2008: 589f). In Ungarn wurde ein neues Wohlfahrtssystem eingesetzt. Das Sozialgesetz von 1993 legte den Grundstein für die sozialen Sicherungssysteme. Der Versorgungsgrad liegt jedoch auf einem sehr niedrigen Niveau. Gründe dafür sind ein breiter kommunaler Ermessensspielraum, das sehr niedrige Bildungsniveau der armen Bevölkerungsschichten und die zunehmende Privatisierung der Sozialversicherungssysteme, was kein optimales Sicherheitsnetz für die Bevölkerung garantieren kann (vgl. Tausz 2008: 328). Dazu litt Ungarn am Transformationsbeginn lange Zeit unter einem großen Haushaltsdefizit aufgrund der vielen Ausgaben für Agrar- und Sozialpolitik. Im Jahr 1994 betrug das Haushaltsdefizit 8,1% des BIP. Bis 1996 schaffte man es, dieses Defizit mittels vieler sozialer Kürzungen auf 1,9% zu senken. (vgl. Franzen/Haaralnd/Niessen 2005: 58). Ende der 90er Jahre wuchs die Staatsverschuldung wieder an. Der staatliche Haushaltszuschuss zur Deckung von Defiziten in der Kranken- und Rentenversicherung wuchs in Jahren von 1998 bis 2006 von einem auf vier % des Bruttoinlandsproduktes (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 2). Außer dem Aufbau der sozialen Netze startete Ungarn aufgrund des niedrigen Qualifikations- und Bildungsniveaus besonders unter den ethnischen Roma und den Jugendlichen mehrere Reintegrations- und Bildungsprogramme, um nicht nur die starken Armutstendenzen unter diesen Bevölkerungsschichten zu bekämpfen, sondern ebenfalls, um dem starken Fachkräftemangel entgegenzuwirken (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2004: 10).

In Polen haben die Befürworter der schnellen Privatisierung zwar große soziale Folgekosten und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit einkalkuliert, konnten aber nicht ahnen, dass sich das zu einem globalen Problem entwickeln würde. Der Fachkräftemangel, das schlechte Bildungsniveau und die Jugendarbeitslosigkeit haben sich jedoch auch hier wie in Ungarn zu einem nationalen Problem entwickelt. In den ersten postkommunistischen Jahren wurden die Unterstützungsprogramme für Bedürftige reformiert. Zu Anfang garantierte die Politik Arbeitslosengelder, Fortbildungsmaßnahmen und Leistungen ohne zeitliche Begrenzung. Innerhalb der nächsten Jahre reduzierte eine Reihe von Gesetzen den Deckungsgrad von sozialen Programmen (vgl. Siemienska/Domaradzka 2008: 504). Die Arbeitslosen entwickelten deshalb eine Überlebensstrategie, gingen z.B. in die Frührente oder ließen sich als Behinderte registrieren, womit die Sozialausgaben wieder mehr anstiegen. Lange Zeit hatten die sozialen Einrichtungen keine ausreichende Finanzierung der Reintegrationsprogramme, sondern beschränkten sich auf die aktive Arbeitsmarktpolitik (vgl. Riedel 2003: 13). Der Beitritt Polens zur EU wirkte eher als ein regulierender Effekt auf den polnischen Arbeitsmarkt. Die Übernahme eines gemeinschaftlichen europäischen Besitzstandes wirkte konsolidierend auf das Arbeitsrecht. Die Gesetze über Mutterschutz und Mindesturlaub wurden optimiert und soziale Standards angehoben. Die Sozial- und Arbeitsgesetzgebung der anderen europäischen Länder wurde als Standard übernommen und forderte die polnische Politik zu finanzpolitischen Verpflichtungen auf (vgl. Laubis 2007: 10). Dennoch wurde fast 20 Jahre nach der Wende die Kritik an den sozialen Missständen in Polen wieder lauter. Man verbindet dies mit den seit 1990 radikal erfolgten ordnungspolitischen Wandlungen. Tadeusz Kowalik, ein renommierter polnischer Wirtschaftstheoretiker, ist sicher, dass die Übernahme der ideolo-

gischen Grundlage der Transformation, der Versionen von Liberalismus nach Hayek und Friedmann, für die verfehlte Ordnungspolitik und die ungerechte Gesellschaftsordnung in Polen verantwortlich sind. Nach Kowalik verursachte die polnische neoliberale Transformationspolitik eine große Vertrauenskrise, Korruption in der Gesellschaft und eine gewaltige soziale Ungerechtigkeit. Eine gerechte Verteilung des privaten Eigentums und der Produktionsmittel hätte dagegen einen hohen Gleichheitsgrad und eine egalitäre Gesellschaft nach slowenischem Beispiel etabliert (vgl. Pysz 2008: 70).

Das sowjetische Wohlfahrtsystem trug paternalistische Züge. Leistungsempfänger wurden stets nur als Abnehmer von Leistungen und nicht als aktive Akteure verstanden. Zwar hatte der lettische Staat nach der Unabhängigkeit die Verantwortung für die soziale Politik selbst übernommen, jedoch umfassten die Grundprinzipien der sozialen Sicherung radikale kurz-, mittel- und langfristige Veränderungen für Erwerbstätige. Anstelle der Gewährung paternalistischer staatlicher Leistungen wurde die individuelle Verantwortung für das eigene Wohl stark betont (vgl. Rajevska 2008: 425). Lettland, das eine liberale Politik durchsetzte, unterschied sich durch die geringste Staatsquote und die geringste staatliche Verschuldung von anderen Staaten, weil hier an den sozialen Ausgaben massiv gespart wurde (vgl. Borchert/Kösters/Leschke/Polleit 2001: 20). Mittlerweile wurde das Gesundheits- und Rentensystem reformiert und flächendeckend organisiert. Die öffentlichen Ausgaben und Leistungen sind jedoch gering. Die staatliche Sozialhilfe ist niedrig und nicht ausreichend institutionell verankert. Auf der kommunalen Ebene fehlen Sozialämter, und die staatlichen Ausgaben wurden seit dem Jahr 1998 bis 2000 kontinuierlich gesenkt (vgl. Bertelsmann Transformation Index: 2004). Ab dem Jahr 2000 setzt Lettland inzwischen zum Teil die europäische Gesetzgebung bezüglich des sozialen Standards um. Die Veränderung der Familienpolitik, der Anstieg der Geburtenrate und Erhöhung des Kindergeldes haben entscheidend zur Verbesserung der demografischen und sozialen Lage beigetragen (vgl. Rajevska 2008: 440). Im Jahr 2004 präsentierte das Land im Rahmen der Armutsbekämpfung und der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung den „Activity Plan for Social Inclusion“. Zusätzlich wurden neue Mechanismen für die Finanzierung des Gesundheitssystems ausgearbeitet. Allerdings konnte man bis zum Jahr 2005 eine weitere positive Entwicklung der sozialen Politik in Lettland noch nicht erkennen (vgl. Rajevska 2005: 37).

Ein gemeinsames Muster der sozialen Verhältnisse kann man für Polen, Ungarn und Lettland herausarbeiten (Slowenien entspricht nicht diesem Muster), denn trotz den substantiellen Unterschieden gehören starke soziale Unterschiede und regionale Arbeitslosigkeit, Langzeit-, Jugend-, und Frauenarbeitslosigkeit zu den andauernden Problemen. Weiterhin gehören eine erhöhte Arbeitslosigkeit der ethnischen Minderheiten und sozial benachteiligten Gruppen, ein nicht ausreichend finanziertes Gesundheits-System und eine schlecht funktionierende Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu den weiteren ungelösten Aufgaben in diesen Staaten. Die Staaten Osteuropas reagieren besonders empfindlich auf ökonomische und politische Veränderungen sowie Krisen. Außer den weltweit wachsenden und durch die Globalisierung vorangetriebenen innerstaatlichen Ungleichgewichten, der Abschwächung der sozialen Sicherungssysteme und der zunehmenden Belastung durch die Demografie sind diese Staaten tendenziell ärmer, ihr Kapitalstock ist niedriger, das Anlagevermögen ist veraltet und die Leis-

tungsfähigkeit entsprechend gering. Die tiefen Spuren der Transformationskrisen, der Einbruch der Produktivität und der Beschäftigungsrückgang werden in diesen Staaten noch Jahrzehnte zu spüren sein (vgl. Dauderstädt 2008: 5). Die sozialen Folgekosten konzentrierten sich im Laufe der neunziger Jahre in den Bereichen Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Armut (vgl. Eckert 2008: 136). Durch den politischen und wirtschaftlichen Wandel ging dem größten Teil der Bevölkerung seine soziale Identität verloren. Dieser Systemwandel wurde begleitet von Verzweiflung in der Gesellschaft. Die Folgen waren eine Zerrüttung der Familien und soziale Not. Schmerzlich war der Anstieg der Kriminalitätsraten. In allen Transformationsstaaten sank die Geburtsrate, und die Sterblichkeitsrate stieg extrem an (vgl. Gumpel 1996: 97f).

4.3. Privatisierung und die Entwicklung des privaten Sektors

Die Transformation des politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Systems in den Kapitalismus konnte ohne grundsätzlichen Wechsel der Eigentümer nicht vollzogen werden. Die Marktwirtschaft kann die höchste Leistungsfähigkeit erreichen und das volle Potenzial ausschöpfen, wenn alle Wirtschaftssubjekte sichere und genau definierte Rechte auf privates Eigentum haben. Die Aufgabe des Staates ist es, Eigentumsrechte verlässlich planbar zu machen und deren Gewährleistung gewissenhaft zu kontrollieren. Der Privatisierungsablauf wurde zum Hauptinstrument der Veränderung und des Überganges vom Sozialismus zur Marktwirtschaft. Dies ermöglichte den Wirtschaftssubjekten selbstständigen Gestaltungs- und Entscheidungsfreiraum auf einem freien Markt und sicherte damit den Wettbewerb und die langfristigen Investitionen (vgl. Eckert 2008: 133f). Daraus sollte der verantwortungsvolle Umgang mit den zur Verfügung stehenden Objekten und dem Vermögen resultieren. Die Einzelheiten, wie die Privatisierung durchgeführt werden sollte, waren jedoch umstritten. In der Theorie benötigt die Transformation des Eigentums in Privateigentum eine Entscheidung bezüglich der Frage nach der Größe der Anteile, die noch im Staatseigentum verbleiben, mit welchem Tempo man die Privatisierung vorantreiben sollte, mit welcher Strategie sowie, wem das ehemalige Staatseigentum gehören sollte und gehören durfte. (vgl. Weimer 1997: 9). Der slowenische Privatisierungsweg ist der einzige im Ländervergleich, der einen positiven Zusammenhang mit dem Wachstum des realen BIP pro Kopf zeigt (Tabelle 29), allerdings mit einem geringen Bestimmtheitsmaß von 0,04. Alle Privatisierungsreformen fanden bis zum Jahr 1998 statt. In dieser Zeit verzeichnete Slowenien auch die größten ökonomischen Erfolge. Im Vergleich zu anderen Staaten fand in Slowenien jedoch die dürftigste Privatisierung von Großbetrieben statt. Der Index für diese Privatisierung der Großbetriebe betrug 3 im Jahr 2004, was der Privatisierung von circa 25% der Unternehmen entspricht (vgl. EBRD 2010). Ende 1992 hatte Slowenien einen „Ownership Transformation Act“ verabschiedet, in welchem eine Kombination aus Dezentralisierung, diversifizierten Privatisierungsmethoden und freier Verbreitung von Voucher-Anteilsscheinen für die slowenischen Staatsbürger gewählt wurde (vgl. Veres 2007: 134). Diese Entscheidung legte den Grundstein für eine transparente Privatisierung. Unternehmen konnten von der eigenen Betriebsvertretung und den Arbeiteräten nach individuellen Methoden privatisiert werden. Nachdem diese Vertretungen die obligatorischen Finanzmittel (40% - 60% des Gesamtkapitals) aufgebracht hatten, konnten sie das Unternehmen erwerben, bei Versteigerungen verkaufen, andere Unternehmen durch Kapitalaufbringung sich beteiligen lassen oder sich durch Fremdkapital finanzieren. Gleich-

zeitig konnten sich slowenische Bürger an dem Kauf von Unternehmen direkt, durch eine öffentliche Versteigerung oder indirekt mit Investitionstätigkeit beteiligen. Das Konzept des „Ownership Transformation Act“ hatte mit dieser Verteilung nach Voucher sehr vorteilhafte und nützliche Privatisierungsmöglichkeiten für Arbeitnehmervertretungen und Management geschaffen. Arbeiter und Manager konnten so in ihre Betriebe oder in Fonds investieren, die ihre Aktien treuhänderisch verwalteten. Es war der slowenische Start einer makroökonomischen Reorganisation der ehemals staatlichen Unternehmen (vgl. Kracun 2005: 12f). Für die ausländischen Investitionen hat man in Slowenien den Zugang zum Markt nur mit starken Verzögerungen gewährt. Ausländische Konzerne durften lange Zeit keine größeren Anteile an slowenischen Firmen erwerben. Besonders für das spekulative Kapital blieb der Markt verschlossen. Bei Beteiligungen ausländischer Firmen an slowenischen Unternehmen trug man dazu bei, dass das Know-how und auch das Management in slowenischen Händen blieben. Im Zusammenwirken von Voucher-Privatisierung und schrittweiser Kapitalisierung wurden bis 1996 ca. 1400 Einheiten in Slowenien privatisiert (vgl. Quidde 1996: 188). Kein anderes der neuen EU-Länder in Mittel- und Osteuropa hatte zu diesem Zeitpunkt so wenig privatisiert wie Slowenien. Zudem hatte das Land, anders als die meisten seiner Nachbarn, nach der Wende die Staatsbetriebe zunächst nur an einheimische Käufer verkauft. (vgl. Hercksen 2010: 2). Beim Verkauf von strategischen Wirtschaftsobjekten an transnationale Unternehmen behielt der slowenische Staat 25% plus 1 Aktie, um deren Schließung oder eine Änderung von deren Produktionsprozess zu verhindern. Damit behielt der Staat weiter die Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems und der Spareinlagen dieser Betriebe (vgl. Handelsblatt 2007). Dies stieß anfangs auf heftige Kritik von Seiten der internationalen Finanzorganisationen, die radikalere und schnellere Reformen empfahlen, aber die slowenische Mitte-Links-Regierung ließ sich von ihrer eigenen gradualistischen Methode nicht abbringen (vgl. Junge Welt 2004).

In Polen wurden die große und kleine Privatisierung von staatlichen Unternehmen nach einem strikten Muster und sogar gradueller als in vielen anderen MOE-Ländern vorgebracht (vgl. Winterberg 1994: 74). Im Jahr 1990 verabschiedete die Regierung das Privatisierungsgesetz, welches grundsätzlich vier Methoden vorsah: die Umwandlung der Unternehmen in Kapitalgesellschaften, was den Anteilverkauf zuließ, mehrere Möglichkeiten der Privatisierung durch Liquidation (Bankrott, Fusion, Leasing), die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft privatrechtlichen Rechts, wobei der Staat Eigentümer blieb, und schließlich Massenprivatisierung nach dem Voucher-Modell. Bis Ende Juni 1992 waren 1.713 Unternehmen in den Privatisierungsprozess involviert – schon privatisiert oder dabei, privatisiert zu werden (vgl. Lösch:1993: 125f). Ende 1995 betrug der privat erzeugte Anteil am BIP 60%, und 2,2 Mill. private Unternehmen existierten in Polen. Die Zahl der Staatsbetriebe reduzierte sich 1995 auf 4.357 und 1996 auf 3.847 Betriebe (vgl. Heller 2009: 228). Wie im slowenischen Fall erfolgten die meisten Privatisierungsmaßnahmen bis zum Jahr 1997 und wurden weiter nur auf den Unternehmensebenen im Corporate Governance- Sinne optimiert. Die Wirkung der Privatisierung auf das Wachstum (Tabelle 30) ist innerhalb von 15 Jahren jedoch negativ gewesen, hat aber die nach Lettland zweitstärkste Aussagekraft von 45%. Die größten zweistelligen Zuwächse an Privatisierung fanden in Polen bis 1994 statt. In diesem Jahr schaffte die polnische Wirtschaft zum ersten Mal die 4%-Hürde des realen BIP-Wachstums pro Kopf

und landete erst danach kontinuierlich bei 5-6%. Es wurde früh deutlich, dass der polnische Privatisierungsprozess von Auseinandersetzungen um die Wahrung der Besitzstände geprägt sein würde. Einerseits war es ein Großteil der Solidarność, welche sich für Betriebsübernahmen durch die eigenen Belegschaften stark machte, und andererseits die Werksmanager, welche Budgetrestriktionen befürchteten. Hinzu kam die Rolle der Gewerkschaften, die im politischen Transformationsprozess eigenes Erbe nicht verspielen wollten und sich um einen weiteren Einfluss in dem Umgestaltungskontext bemühten (vgl. Eckert 2007: 322) Trotz dieser Auseinandersetzungen und der negativen Korrelation wird der Einfluss der Privatisierung in Polen eher als positiv gesehen. Mehrere Studien zeigten, dass im Laufe der Entwicklung der privatisierten Unternehmen das Wachstum der Arbeitsproduktivität nach der Privatisierung deutlich stieg und der Vergleich der polnischen Industriebranchen einen positiven Zusammenhang zwischen dem Privatisierungsanteil einerseits und dem Gesamtwachstum andererseits zeigte. Gleichzeitig wuchsen die Branchen mit einem höheren Privatisierungsanteil schneller, erhöhten die Beschäftigung und steigerten die Arbeitsproduktivität rascher als nicht privatisierte Unternehmen (vgl. Quaisser/Brandmeier 1998: 12). Diese erfolgreichen Privatisierungstendenzen polnischer Privatisierung sollten mit dem im Jahr 2000 stattfindenden Verkauf bis dato noch im staatlichen Besitz befindlichen Großunternehmen fortgesetzt werden. Ein Teil von den Unternehmen aus dem Versorgungs- und Infrastrukturbereich sollte an private Investoren verkauft werden. Dennoch kam diese Verkaufsaktion ins Schwanken und wurde durch politische Auseinandersetzungen, bürokratische Hindernisse und Annullierung der Verkaufsverträge beeinflusst und kaum fortgesetzt (vgl. Franzen/Haaralnd/Niessen 2005: 26). Aufgrund der Verzögerung bei Privatisierungsabschlüssen konnten 2001 nur rund die Hälfte der geplanten Privatisierungseinnahmen realisiert werden. 2002 und 2003 wurden auch diese Ziele nicht erreicht. Insgesamt konnte Polen bis 2004 24,3 US-Dollar an Privatisierungserlösen erzielen, wobei rund die Hälfte durch ausländische Investoren erzielt wurde (vgl. Heller 2009: 235).

In Ungarn begann die Privatisierung 1989. Durch die gute wirtschaftliche Ausgangslage, die fortschrittliche Gesetzgebung und ein gut organisiertes Institutionensystem konnte man nach Angaben von Experten die Privatisierung schon im Jahr 1998 beenden. Im Jahr 1990 stieg der Transformationsindex um mehr als 40 Punkte, blieb allerdings im nächsten Jahr gleich groß. In dieser Zeit hatte Ungarn den stärksten wirtschaftlichen Einbruch von 12,50%. Ab diesem Zeitpunkt stieg der Privatisierungsindex die nächsten drei Jahre um mehr als 20% und verlangsamte seinen Anstieg anschließend bis zum Jahr 1997. Seit dem Jahr 1998, ab dem Ungarn kontinuierlich jährliche 4% BIP-Wachstum erreichte gab es keinen Anstieg des Privatisierungsfortschritts mehr. Die Wirkung der Privatisierung auf das Wachstum blieb auch in Ungarn negativ (Tabelle 31) mit einem kleinen R^2 von 0,12. In Ungarn gab es überhaupt keine Voucherprivatisierung, vielmehr setzte man auf eine Privatisierung mithilfe des Marktes (vgl. Sarközy 2000: 139). Ungarn war einer der am höchsten verschuldeten Staaten, als das Land den Transformationsprozess startete. Ungarische Unternehmen gerieten am Anfang der neunziger Jahre, wie die Mehrheit der staatlichen Unternehmen in den MOE-Staaten, in ein Existenzrisiko, so dass Investitionen für diese Unternehmen eine dringende Notwendigkeit wurden. Deshalb spielte die Erzielung von Einkünften eine wichtige Rolle bei der Wahl der Privatisierungsmethode (vgl. Schnitzer 2003: 18). Zusätzlich verlor das Staats-

vermögen im weiteren Zeitverlauf an Wert. Ein schneller Verkauf von Staatsbetrieben war dringend geboten (vgl. Sarközy 2000: 129). Man verkaufte die Unternehmensanteile gegen benötigte Devisen. Dies führte zu einem Zufluss von Auslandskapital, ermöglichte eine Sanierung der Unternehmen, eine schnelle Betriebsaufnahme und Produktivitätssteigerung (Kušić 2002:13). Ungarn war das einzige Land, das sich auf so eine „spontane Privatisierung“ durch Ausverkauf eingelassen hatte. Man sah darin den schnellsten und einfachsten Weg, sich die Einkommensquellen zu verschaffen und aus der wirtschaftlichen Krise herauszukommen. Die Verkäufe wurden ohne Ausschreibungen, staatliche Vermittlung und oder Aufsichtsbehörden getätigt. Infolgedessen löste dieser Privatisierungsweg Korruption und Skandale auf dem oberen Managementniveau aus. Nach heftiger Kritik wurde 1990 die Gründung einer staatlichen Vermögensagentur bewirkt (vgl. Kosche 1999: 296f).

Zuerst wurde fast der ganze Energie- und Bankensektor privatisiert. Eine vereinfachte Privatisierung wurde bei einer recht großen Anzahl von KMUs durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt, im Jahr 1990, war der Anteil von ausländischen Investitionen in diesem Ländervergleich in Ungarn bei weitem am höchsten (vgl. Sarközy 2000: 129). Im Herbst 1990 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Privatisierung von Läden, Restaurants und anderen Dienstleistungseinrichtungen. Nach ursprünglichen Absichtserklärungen sollten auf dieser Grundlage 50.000 Einheiten privatisiert werden. Gleichzeitig wurde das erste Privatisierungsprogramm gestartet, anhand dessen zwanzig große, überwiegend rentable Unternehmen aus verschiedenen Sektoren privatisiert werden sollten (vgl. Lösch 1993: 116). Dennoch gelang es nicht, die erwünschte Privatisierung so schnell durchzuführen, wie man es wollte. Bereits im Sommer 1991 teilte die Regierung mit, dass die Privatisierung nur langsam vorankomme. Die Privatisierungsprogramme sahen vor, dass Ende 1993 nur 35 bis 50% des Produktivvermögens in Staatseigentum bleiben sollten. Im Frühjahr 1992 waren lediglich 13% des Staatsvermögens privatisiert. Im Jahr 1997 betrug der privatisierte Teil in Ungarn 65% wobei er schon zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen werden konnte (vgl. Sarközy 2000: 142). Der Privatisierungsablauf stellte sich als deutlich komplizierter heraus als gedacht. Der schnelle Ausverkauf hatte nicht funktioniert. Man verabschiedete nicht nur mehrere Privatisierungsgesetze, sondern startete das erste und dann das zweite Privatisierungsprogramm, um dieses schwierigste und zeitaufwendigste Transformationsproblem ordnungsgemäß zu steuern, womit man viel Wirrwarr, Unklarheit und Konfrontationen schuf (vgl. Lösch 1993: 116). Dazu kam die skeptische Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Privatisierung, da erfahrungsgemäß die ehemalige Führungsschicht von der Privatisierung profitierte. Die von staatlicher Kontrolle unabhängig gewordenen Manager haben oft die Betriebe in Kapitalgesellschaften umwandelt und dann selbst übernommen oder an Auslandsinvestoren verkauft (vgl. Süß 2001:60).

Die Privatisierung der lettischen Wirtschaft gestaltete sich langwierig und wenig konsistent. Im Unterschied zu anderen betrachteten Staaten ging in Lettland die Privatisierung auch nach der Jahrhundertwende weiter. Noch im Jahr 2003 gab es darin ein Wachstum von 4,34%. Verschiedene institutionelle Lösungswege für die Restrukturierung wurden erprobt - teils konsekutiv, teils parallel: ein kompliziertes System von Voucher-Privatisierung und Restitution, die Einrichtung mehrerer Abteilungen für das Management des Staatseigentums, kurzfristig sogar ein Ministerium für Wirtschaftsreform (vgl. Rudolph/Hillmann 1998: 17).

Im ersten Jahr der lettischen Unabhängigkeit dominierte stark das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln und Immobilien. Das erste Privatisierungsgesetz entstand 1991. Damals begann die kleine Privatisierung von KMUs. Bis 1995 schaffte man es, 70% von diesen Betrieben zu privatisieren. Bis zum Jahr 1998 wurden 96% der staatlichen KMUs privatisiert. Der Staatshaushalt konnte dadurch rund 360 Millionen Dollar einnehmen (vgl. Bunitsch 2005). Lettland hatte ebenfalls seine Schwierigkeiten mit der Nomenklatura-Privatisierung. Bevor man im Jahr 1994 eine ähnliche Organisation wie in Ungarn, die „Organisation mit Unternehmensstatus“ (vgl. Sarközy 2000: 141), gründete, war die Privatisierung durch ein staatliches Verwaltungsorgan kontrolliert worden, was eine starke Korruption und Lobbyarbeit von ehemaligen Direktoren und Managern in der Privatisierungsarbeit verursachte und den ganzen Verlauf stark verzögerte. Seitdem ließ sich die Privatisierung klar und durchsichtig gestalten. Alle Verkäufe wurden exakt kalkuliert und durch Auktionen an den Börsen veräußert. Es gelang, die breiten Bevölkerungsschichten in den Privatisierungsprozess zu involvieren, was in einer Voucher-Massenprivatisierung seinen Ausdruck fand. Ein anderes charakteristisches lettisches Problem war die Rückgabe (Restitution) von Besitz an die ursprünglichen Eigentümer, die vor dem Jahr 1940, also vor der sowjetischen Besatzung, ihre Rechte darauf nachweisen konnten. Das verzögerte den Privatisierungsverlauf und politisierte ihn stark (vgl. Zerkalo Nedeli 1995). Der Grund für die zögerliche Privatisierungspolitik war auch die Furcht vor dem Aufkauf größerer Teile der lettischen Wirtschaft durch Bürger aus Russland und aus anderen Teilen der GUS, die über beträchtliches finanzielles Guthaben in Lettland verfügten (vgl. Schrader/Laaser 1997:19). Der Unterschied der lettischen Privatisierung zu der in anderen Ländern bestand auch noch darin, dass Lettland im Vergleich zu Ungarn und Polen weniger an direkten Auslandsinvestitionen für die eigene Privatisierung aus westlichen OECD-Ländern heranziehen konnte. Bis zu EU-Beitritt gehörten nur 25% der Aktien von lettischen Unternehmen ausländischen Besitzern aus dem Westen (vgl. Bunitsch 2005). Die Überführung des produzierenden Gewerbes in private Hand war zur Jahrhundertwende weitgehend abgeschlossen, doch wichtige Bereiche der Infrastruktur wie Energiewirtschaft, Eisenbahntransport und Telekommunikation befanden sich noch überwiegend im staatlichen Eigentum und blieben vom Wettbewerb ausgenommen. Durch den Druck von Gewerkschaften wurden die Privatisierungen von Großunternehmen aus dem Infrastrukturbereich gestoppt, was jedoch Nachteile für den Wettbewerb und die Standortqualität brachte (vgl. Polkowski 2002: 37). Insgesamt betrachtet gibt es auch in Lettland einen negativen Einfluss der Privatisierung auf die Wirtschaft (Tabelle 32) mit aussagekräftigen mehr als 60%. Wie in Ungarn, liegt die größte Indexveränderung bei der Privatisierung mit fast 70% im Jahr 1992, als die Wirtschaft um 31,34% einbrach. Ab dem Jahr 1997, als die Privatisierungsreformen maximal jedes zweite Jahr um 4% stiegen und die Wirtschaft um 7 bis 9% wuchs, gab es eine positive Korrelation zwischen den zwei Größen.

Slowenien, das in dem Privatisierungsvergleich als einziges Land eine positive Beziehung von BIP-Wachstum und Privatisierungsfortschritt aufwies, schnitt bei den Privatisierungseinnahmen, dem Anteil der Erwerbstätigkeit im Privatsektor und dem Anteil des privaten Sektors am BIP (Tabelle 33) sowie in der Dauer der Unternehmensgründungen (Tabelle 34) im Ländervergleich relativ bescheiden ab. Die Einnahmen durch die Privatisierung blieben unter 5% und der Anteil des privaten Sektors am BIP war mit 65% am niedrigsten. Mit einer

Erwerbstätigkeit von 68% im privaten Sektor lag man nur über Lettland. Mit der längsten und bürokratisierten Dauer der Unternehmensgründungen liegt Slowenien ebenfalls hinter den anderen Staaten. Der Strukturwandel (Tabelle 35) weist ebenfalls aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und langsamer Privatisierung die geringsten Fortschritte auf. Der Privatisierungsstau hatte eine hemmende Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der slowenischen Unternehmen. Zwar setzte sich mit dem Durchschnittswachstum von 4% der Strukturwandel fort und Slowenien entwickelte sich weiter in eine Dienstleistungsgesellschaft (sie trug im Jahr 2003 60% zur Bruttowertschöpfung bei). Im Jahr 2000 unterzeichnete die slowenische Regierungskoalition eine Vereinbarung, die einen konkreten Zeitplan für die Strukturreform vorgab und das Tempo der bisher nur langsam vorankommenden Privatisierung der Wirtschaft erhöhen sollte. Im Mittelpunkt des Zeitplanes standen Privatisierungspläne für Banken und Versicherungen, die ab 2001 angesetzt wurden. Es sollte die Privatisierung des Stahlsektors, die Liberalisierung des Telekommunikationssektors und sonstiger staatlicher Monopole durchgesetzt werden (vgl. Patz 2002: 15). Der Grund für diese Reformen war das recht niedrige Niveau an ausländischen Investitionen in den genannten Monopolen, die mit dem Mangel an Beteiligungstransparenz für ausländische Investoren beim Privatisierungsverfahren und mit Rechtsunsicherheit begründet wurden. Als problematisch im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit stufte die Europäische Kommission den noch recht hohen staatlichen Anteil am Wirtschaftsgeschehen ein. Er erreichte 2000 noch immer 35%. Damit übte die Politik erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Defizite in der Wettbewerbsordnung verursachten nicht nur das geringe Tempo und den geringen Umfang der Privatisierung, sondern auch die magere Öffnung gegenüber den Finanzmärkten (vgl. Krieghoff/Lange/Müller 2003: 16). Es entstand deshalb ein neues Regierungsprogramm zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen, was die finanziellen Zuflüsse erleichtern sollte. Der Aktionsplan der Regierung sah die Beseitigung administrativer Barrieren für ausländische Direktinvestitionen vor (vgl. Patz 2002: 15f). Infolgedessen stieg im Jahr 2002 das jährliche Investitionsvolumen auf eine Milliarde Euro. Dies blieb aber eine Ausnahme. Aufgrund der Verweigerung der Privatisierung des slowenischen Banksektors und der späteren Ablehnung der Privatisierung der slowenischen Telekom-Gesellschaft ist Slowenien bis zum Jahr 2004 nicht zu einem attraktiven Investitionsstandort geworden (vgl. Vidovic 2008: 65).

Nach Jahren abflachender BIP-Zuwachsraten, von Unterentwicklung der Kapitalmärkte und relativ begrenzter Wettbewerbsfähigkeit der slowenischen Banken erhöhte sich die Zahl der Unternehmensgründungen im Jahr 2000 geringfügig um 0,4% (vgl. Patz 2002: 16). Großunternehmen beherrschen nach wie vor die Wirtschaft und die KMU haben an Bedeutung verloren. 2001 entfielen auf die KMU weniger als 29% der Gesamteinnahmen und ein Beschäftigtenanteil von 37%. Der Trend zu Unternehmensneugründungen am Beginn des neuen Jahrhunderts hat erheblich nachgelassen. Während Großunternehmen eine deutliche Zunahme bei der Beschäftigung verzeichnen konnten, expandierte die Beschäftigung in kleinen Unternehmen nur sehr langsam. Die slowenischen KMU haben aufgrund von bürokratischen Hindernissen und dem relativ schwierigem Zugang zu Forschung und Entwicklung sowie zu Finanzressourcen nur wenig innovative wissensbasierte Hochtechnologieunternehmen (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003: 10). Zudem haben slowenische Wirtschaftsakteure verbreitete Verhaltensmuster wie Flexibilität, Risikobereitschaft etc. in ihre

Strategien nicht einbezogen. Das hemmte die Kreditaufnahme bei den Kleinunternehmen, was seinerseits die Innovationen und die Herausbildung von neuen Unternehmen verlangsamte (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003: 16).

Polen konnte in den restlichen Vergleichen überdurchschnittliche Ergebnisse aufweisen. (Tabelle 33). Dort kam man auf 13,50% Einnahmen durch die Privatisierung, was nach Ungarn das zweithöchste Ergebnis ist. Das Ziel des ersten Wirtschaftsprogramms von 1989/1990, den Privatanteil am BIP bis zum Jahresende 1994 auf über 50% zu steigern, wurde erreicht – er lag Mitte 1994 bei 55%, ein Jahr danach bei 60% (vgl. Quidde 1997: 101). Im Jahr 2004 lag der Anteil des Privatsektors am BIP dann bei 75%. Etwas mehr als 70% der Beschäftigten sind in dem Privatsektor tätig. Die Dauer bei der Unternehmensgründung (Tabelle 34) liegt bei einem Monat, der Anmeldeprozess ist aber ziemlich bürokratisiert und beträgt 10 Handlungen, was in diesem Ländervergleich ein Maximum ist. Beim Strukturwandel hat Polen nach Lettland die höchste Wertschöpfung in der Industrie und Landwirtschaft mit insgesamt fast 100% Sektorenumbau eingeübt. Der Dienstleistungssektor stieg nur auf die Hälfte davon (Tabelle 35).

Der Privatsektor hat sich durch die Gründung von neuen Unternehmen, also durch die Privatisierung von unten, stürmisch entwickelt. Erfolge waren schon in Kürze quantitativ messbar. Laut dem Index der wirtschaftlichen Freiheit der OECD hatte Polen im Jahr 1989 23% von 100% bei der Liberalisierung des Außenhandels, der Preisbildung und beim Marktzugang für privatwirtschaftliche Unternehmen erreicht. Einen größeren Index hatten von allen MOE-Staaten nur Ungarn (37%) und Slowenien (43%) aufgrund der besseren Ausgangsbedingungen und wegen der schon vor Jahrzehnten begonnenen Reformen. Dafür lag Polen schon ein Jahr später mit 30% Beitrag privatwirtschaftlicher Aktivitäten zum Bruttonationaleinkommen am höchsten unter allen MOE-Staaten (Ungarn 25%, Slowenien 15%) (vgl. Bohle: 115). So kann man sehen, dass die zeitgemäßen wirtschaftlichen Reformen noch unter dem Reformkommunismus ihren Ansatz hatten, was damals jedoch nicht auf Privatisierung, sondern auf Stabilisierung und Außenhandelsliberalisierung ausgerichtet war (vgl. Heller 2009: 216).

Die Privatisierung beschleunigte den Strukturwandel der polnischen Wirtschaft. Die Bedeutung der Landwirtschaft und der Industrie begann schnell abzuschmelzen. Mit dem Wert von 3,3% hatte die Landwirtschaft sich im Jahr 1993 fast halbiert. Mit dem schon erwähnten Anteil von 75% am BIP haben sich der private Sektor und vor allem die Dienstleistungsbranche, die mit 69% zur Wertschöpfung beitrug, zur „wirtschaftlichen Wirbelsäule“ Polens entwickelt (vgl. Franzen/Haaralnd/Niessen 2005: 35). Trotzdem hinterließen die tiefgreifenden Strukturumwandlungen Anfang der 90er Jahre die höchste Arbeitslosenquote Polens mit fast 20% im Jahr 2002. Polens Wirtschaft beschäftigte Anfang der 90er Jahre den größten Teil seiner Arbeitnehmer in hoch subventionierten Staatsbetrieben der Landwirtschaft oder der Schwerindustrie. Nach der Welle der Privatisierungen in diesen Sektoren mussten viele Betriebe schließen, da sie dem neuen Wettbewerbsdruck nicht standhalten konnten (vgl. Laubis 2007: 5).

Da in Ungarn die ersten Transformationsreformen noch in den 60er Jahren angesetzt wurden, wurde die Zentralplanung im privaten Sektor zur Wendezeit stark zurückgefahren. Private Unternehmen waren schon Mitte der 80er Jahre zugelassen, eine Unternehmensautonomie hatte sich in dieser Periode stark entfaltet (vgl. Schnitzer 2003: 17). Der Anteil des Staats Eigentums am Nationalvermögen war am Anfang des Systemwandels in Ungarn mit 65% am niedrigstem von allen hier untersuchten Ländern (vgl. Sarközy 2000: 129). Die Staatsunternehmen waren weitestgehend verselbstständigt und ihr Management schon gewohnt, sich in einem relativ unabhängigen marktwirtschaftlichen Umfeld zu bewegen. 1988 wurden schließlich alle bis damals noch geltenden Beschränkungen für privates Produktionseigentum beseitigt, so dass man die Genossenschaften in GmbHs und Aktiengesellschaften überführen konnte (vgl. Lösch 1993: 113). Deswegen sah man eine Gefahr vielmehr in den Managern, die die inzwischen recht unabhängigen, aber formal immer noch staatlichen Unternehmen leiteten und zu ihrem eigenen Vorteil ausbeuten konnten. Eine Massenprivatisierung sah man deshalb nicht als geeignete Option an, da sie diese Manager nicht rasch genug einer neuen Kontrolle unterwerfen würde (vgl. Schnitzer 2003: 18). Ende des Jahres 2001 war der Privatisierungsprozess in Ungarn nahezu abgeschlossen. Die Statistik zeigt die höchsten Privatisierungsannahmen sowie den höchsten Anteil des privaten Sektors am BIP und die höchste Anzahl von Beschäftigten im privaten Bereich (Tabelle 33). 77% der Arbeitnehmer/Innen waren in Privatunternehmen beschäftigt und über 80% des BIP wurde von privaten Unternehmen erwirtschaftet. Die Einnahmen durch die Privatisierung betragen 31,50%. Das war fast drei Mal so viel wie in Polen, das mit 13,50% das nach Ungarn zweitgrößte Resultat hatte. Dieser hohe Anteil der Privatwirtschaft ging in wesentlichen auf Unternehmensgründungen – in erster Linie durch ausländische Investoren – zurück. Bei der BIP-Wertschöpfung wuchs der Dienstleistungssektor von 1991 bis 1999 um 32,60% (Tabelle 34). Dagegen verloren die Landwirtschaft und die Industrie gemeinsam mehr als 72% bei der BIP-Entstehung. Der Bereich der Dienstleistungen dominierte schon vor dem EU-Beitritt Ungarns mit über 50% die BIP-Wertschöpfung. Die Unternehmensgründung war mit ihrer knapp zweimonatigen Prozedur und sechs Schritten relativ unbürokratisch (Tabelle 35). Die staatlichen Institutionen in Ungarn konnten durch die günstige Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, die Schaffung einer attraktiven Kreditkulisse für Investoren und Existenzgründer, die Förderprogramme und eine entsprechende Steuer-, Wettbewerbs- und Arbeitsgesetzgebung nicht nur eine ausländische, sondern auch eine einheimische Unternehmerschicht fördern (vgl. Schläger-Zirlik 2003: 34f). Die Größenstruktur der Unternehmen näherte sich zur Jahrhundertwende an die durchschnittliche Größenverteilung der Betriebe in der EU an. Demzufolge betrug der Anteil von Kleinst- und Kleinunternehmen an der Gesamtzahl der Betriebe rund 99%, in denen insgesamt rund 50% der Erwerbspersonen arbeiteten. Im Jahr 1999 belief sich der Anteil der Kleinst- und Kleinunternehmen am ungarischen BIP auf 20,4%, während mittlere Unternehmen in diesem Zeitraum 23,9 % und Großunternehmen 55,7% zum BIP beitrugen. KMU sind in Ungarn besonders stark in den Bereichen Handel sowie Immobilien, Vermietung, IT und anderen Unternehmensdienstleistungen vertreten, in denen sie 1999 80,7% des Beitrags dieser Branchen zum BIP erwirtschafteten (vgl. Repegather/Clement 2002: 4). Um das Jahr 2001 waren von ehemals 1.885 Staatsunternehmen 1.238 in Kapitalgesellschaften umgewandelt. Der Anteil des staatlich kontrollierten Wirtschaftssektors hat sich infolgedessen von

85% zu Beginn des Privatisierungsprozesses auf lediglich noch ein Fünftel verringert (vgl. Hiller/Bormann 2002: 384).

Wenn man betrachtet, dass in Lettland im Jahr 1992 die ersten Privatisierungsreformen stattgefunden haben, dann kann man mit den Einnahmen aus der Privatisierung von fast 10%, einem Anteil des Privatsektors am BIP von 70% und einer fast 64%igen Quote dort Beschäftigter recht zufrieden sein (Tabelle 33). Doch noch in der Zeiten der Zugehörigkeit zur Sowjetunion wurden in Lettland die rechtlichen Grundlagen für die private unternehmerische Betätigung geschaffen. Diese Regelwerke erlaubten generell die wirtschaftliche Tätigkeit auf der Grundlage privaten Eigentums, das neben auch weiterhin bestehenden Formen des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums existierte. Die Bildung privaten Eigentums konnte durch Unternehmensneugründungen, Restitution und Privatisierung staatlichen Eigentums erfolgen. Die Unternehmensgründung in Lettland hat im Ländervergleich das unbürokratischste und schnellste Verfahren (Tabelle 34), das auch den Ländern mit liberaler Marktwirtschaft am meisten entspricht. Die neugegründeten Unternehmen machten insgesamt 80% von allen KMU im Jahr 1995 aus, lediglich 10% entstanden durch Privatisierung oder Verkauf (vgl. Thode 2001: 21). So waren Anfang 1991 von den über 250 privaten Läden in Riga lediglich 50 vormals staatlich gewesen. Die Neugründungen waren überwiegend auf die Hauptstadt und deren Umgebung konzentriert. Nach der offiziellen Statistik waren Ende 1995 63% der Erwerbstätigen im privaten Sektor beschäftigt. Gleichzeitig betrug der private Anteil an der Bruttowertschöpfung 49% (vgl. Schrader/Laaser 1997:17). Die Anzahl privater Unternehmen stieg vor allem in Industrie und Handel ebenfalls durch die Neugründung von Betrieben und nicht durch die Privatisierung ehemaliger Staatsunternehmen (vgl. Rudolph/Hillmann 1998: 19). Der Dienstleistungssektor brachte es innerhalb von acht Jahren auf 112,50% des BIP (Tabelle 35). Das ist mehr als sechs Mal so viel wie in Slowenien. Industrie- und Landwirtschaftsanteil zusammen schrumpften um mehr als 120%. Das ist der absolute Rekord in Osteuropa, ist aber eine typische Veränderung für alle baltische Staaten. In der lettischen liberalen Marktwirtschaft wurden die unrentablen Sektoren vom Staat überhaupt nicht finanziell unterstützt. Es gab keine Alternativen außer der Entwicklung des Dienstleistungssektors. Der rasche Anstieg der Dienstleistungen ging mit Restrukturierungen und Privatisierungen mit veränderten Wertschöpfungsketten einher, da bis dahin firmeninterne Dienstleistungen ausgelagert wurden. Zudem gilt, dass die sozialismustypische Vernachlässigung privater Dienstleistungen in der freien Marktwirtschaft diese in viele neue Felder expandieren ließ (vgl. Katulina 2007: 23). Man sollte ebenfalls beachten, dass der lettische Sektorenwandel, im Gegensatz zu Slowenien und Ungarn, die für diese Veränderungen mehr als zwanzig Jahre brauchten, innerhalb kürzerer Zeit verlief. Dort waren die unrentablen Sektoren noch vor der Transformation schrittweise beseitigt worden (vgl. Schläger-Zirlik 2003: 43).

Wenn man den Strukturwandel im Ländervergleich betrachtet, dann haben die Staaten mit Reformen der Schocktherapie (Lettland, Polen) den massiveren Strukturwandel besser bewältigt als Staaten mit graduellen Reformen (Slowenien, Ungarn). Da der Strukturwandel die Arbeitslosigkeit provozierte, wiesen allerdings die Schocktherapie-Staaten auch die größte Arbeitslosigkeitsraten, Einkommensunterschiede und Armutstendenzen auf.

Beim Vergleich von dem realen BIP pro Kopf aus dem Jahr 1990 bis 2004 (für Lettland auch 1992) mit dem Transformationsindex der Gesamtprivatisierung (Tabelle 36) lassen sich Ähnlichkeiten bezüglich des Vergleiches des gesamten Reformfortschritts mit dem BIP-Anstieg erkennen. Ungarn ist am meisten vorangekommen, verfolgt diesmal von Lettland und nicht von Polen, wie sonst in dem gesamten Transformationsindex. Slowenien hat mit dem Koeffizient von 3,37 am wenigsten von allen hier untersuchten Ländern privatisiert. Bei Lettland spiegeln die Ergebnisse für das Jahr 1990 und 1992 wie im gesamten Transformationsindex logischerweise unterschiedliche Ergebnisse wider. Im Basisjahr 1992 erlangte Lettland den größten BIP-Zuwachs mit dem zweitgrößten Reformfortschritt. Falls man den Vergleich nur für das Jahr 1990 durchführt, dann kann man behaupten, dass die Länder mit dem größten Privatisierungsfortschritt (Ungarn und Lettland) das geringste wirtschaftliche Wachstum erreicht hatten.

5. Zusammenfassung und kritische Würdigung

Die abschließende Betrachtung der gewonnenen Ergebnisse der Transformationsreformen anhand von Gradualismus und Schocktherapie mit koordinierter oder liberaler Marktwirtschaft lässt einige Unterschiede, aber auch viele Gemeinsamkeiten in dem Transformationsweg von Slowenien, Polen, Ungarn und Lettland erkennen. Was den Zusammenhang von makroökonomischer Stabilisierung und Transformationsreformen angeht, lässt sich schwer ein eindeutiger Gewinner oder Verlierer ausmachen. Insgesamt gibt es wenige positive Zusammenhänge von Indikatoren mit ganz geringer Aussagekraft. Slowenien bestätigt die Theorie der Befürworter eines Gradualismus, wo durch langsame Reformmaßnahmen, die auch nicht sofort einsetzen, die starken Wirtschaftseinbrüche überbrückt bzw. im slowenischen Fall minimiert werden konnten. Bei graduellen Reformübergang kann für Slowenien in den meisten Fällen kein eindeutig positiver Einfluss auf ökonomische Komponenten nachgewiesen werden und es ergibt sich das niedrigste Maß von Zusammenhang. Was die Wirkung der Transformation auf die Inflation angeht, zeigt Slowenien dort sogar eine negative Korrelation. Insgesamt konnte das Land innerhalb des untersuchten Zeitraums mit kleinstem Reformfortschritt ein fast 40%iges BIP-Wachstum verzeichnen. Die polnische Schocktherapie zeigt ebenfalls keine klaren Ergebnisse auf. Für Polen konnte ein positiver Zusammenhang beim Einfluss der Transformation auf die Inflation, allerdings ohne klare Aussagekraft, aufgezeigt werden. Im Ländervergleich nimmt Polen jedoch die „goldene Mitte“ ein. Das Land erreichte überdurchschnittliche BIP-Steigerungen mit einem mittleren Transformationsfortschritt. Ungarn hat mit seinem Gradualismus genauso wie Slowenien die meisten Ergebnisse ohne Aussagekraft. Jedoch zeigt Ungarn als einziges Land einen positiven Einfluss der Transformation auf die Inflation. Im Ländervergleich hat das Land mit viel Transformationsaufwand etwa 10% weniger Wachstum erreicht als Slowenien, das deutlich weniger Transformationsreformen unternommen hat. Die Schocktherapie in Lettland hat dafür mehr Ähnlichkeiten mit Polen. Es ergeben sich mehr aussagekräftige Zusammenhänge von Reformen und anderen untersuchten Indikatoren, dafür gibt es aber nur eine positive Korrelation von Transformationsreformen auf die Arbeitslosigkeit. Lettland seinerseits konnte mit größtem Reformzuwachs und schweren Einbrüchen am Anfang der Transformation die größten späteren ökonomischen Wachstumsraten von allen Ländern erzielen. In diesem Fall bestätigt Lettland komplett den Leitgedanken der Schocktherapie, wo totale Reformen am

Anfang zwar eine schwere Krise verursachen, gleichzeitig aber einen schnellen ökonomischen Aufbau fördern. Betrachtet man das Gesamtbild, so genießt die Schocktherapie und die liberale Marktwirtschaft demnach den Vorzug. Lettland und Polen konnten dadurch überdurchschnittliche Ergebnisse erreichen. Diese Länder weisen nicht nur das größte Wachstum innerhalb von fünfzehn Jahren auf (Lettland 13 Jahre), sondern verzeichnen auch die größten jährlichen BIP-Zuwächse. Dennoch hatten die Transformationsreformen überwiegend keine relevante Beziehung zu anderen ökonomischen Indikatoren. Die Ergebnisse bezüglich des Zusammenhangs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit sprechen gegen die ursprüngliche Theorie der Phillips-Kurve. Die Ergebnisse spiegeln die unreife Marktwirtschaft wider, besonders in den ersten Phasen der Einführung des Kapitalismus in den untersuchten Staaten. Mehrere Korrelationen zeigen an, dass, wenn man die ersten vier bis fünf Jahre vernachlässigt, der negative Zusammenhang deutlich kleiner oder gar positiv wird. So ergab die Untersuchung Deformationen in dem Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ökonomie. Die Preisliberalisierung provozierte eine Hyperinflation. Die Betriebe konnten die Arbeitnehmer/Innen nicht mehr bezahlen. Der Warenmangel kurbelte die Inflation zusätzlich an. Auch die Kreditierung von Unternehmen beschleunigte die Geldumlaufgeschwindigkeit. Bis zur Jahrhundertwende blieb die Inflation in allen Staaten relativ hoch und pendelte je nach Land bis zum Jahr 2004 bei 3-7%. Ein Bremsen der Inflation war aufgrund der starken Konsumkraft und eines nicht einwandfrei funktionierenden Banksektors, der nach schweren Inflationen am Anfang der 90er Jahre nur langsam das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen konnte, schwer in den Griff zu bekommen. Die Geldpolitik wirkte nur begrenzt auf den Preisstabilität. Die Arbeitslosigkeit hatte meistens einen latenten Charakter und wurde durch den Produktionszusammenbruch provoziert. Dazu kam die Drosselung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die in der Rezession eine Steigerung der Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Eine Steigerung des Wachstums erreichten die untersuchten Staaten aufgrund starker ausländischer Direktinvestitionen, die ihrerseits den Exportsektor und die Binnennachfrage ankurbelten. Die Länder wurden jedoch aus Export- zu Importländern, weil die inländischen Anbieter die ausgefallene Produktion und große Binnennachfrage qualitativ und quantitativ nicht decken konnten. Für die ausländischen Investoren waren die Osteuropäer ein perfekter Absatzmarkt und eine kostengünstige Produktionsstätte. So hatte man in den MOE-Staaten weniger Handlungsspielraum, da die Abhängigkeit von Kapitalimporten groß war, die letztendlich die eigene Produktion und Beschäftigung stark verdrängten. Slowenien mit wenig direkten Auslandsinvestitionen und Lettland, das Schwierigkeiten mit der Investitionsbeschaffung hatte, wurden von dieser Tendenz etwas weniger betroffen. Das waren während der Transformation typische ökonomische Abläufe, die den Aufbau der freien Marktwirtschaft in Slowenien, Polen, Ungarn und Lettland beeinflussten. Die negativen Korrelationen und hohe Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten sowie BIP-Einbrüche zeigen, dass die Markttheorie nicht universell anwendbar ist bzw. die Systemtransformation keine erklärende Markttheorie zulässt. Die Industrieländer Ungarn, Polen und Slowenien hatten auf marktkonformen Entwicklungspfad einzuschwenken. Ihre Ökonomien basierten auf einer internationalen Arbeitsteilung, die den Export erzwungen hatte, auf Technologien mit enormem Know-how, die allerdings mit mäßigem Reallohniveau einhergingen. Aus einer solchen Perspektive gibt es keine markttheoretischen Begründungen für das ökonomische Misslingen in diesen Ländern. Es war und ist in der herrschenden Ökonomie angelegt, dass ein Politikversagen, das Versagen

der Entwicklungspolitik, für die Entfaltung der Marktkräfte nicht jene Rahmenbedingungen geschaffen hat, die ein Einschwenken der Transformationsökonomien auf den vorgezeichneten Entwicklungspfad ermöglichten (vgl. Riese 1993: 110f).

Was die Wirkung der ausgewählten freien Marktwirtschaft und der zeitlichen Konzepte auf die sozialen Faktoren anging, kann man aus dieser Untersuchung genauere Tendenzen als bei der marktwirtschaftlichen Stabilisierung erkennen. Die Staaten des Gradualismus mit Tendenzen zu einer koordinierten Marktwirtschaft konnten bessere soziale Bedingungen schaffen. Slowenien zeigte stabile und niedrige Kennzahlen in allen untersuchten Koeffizienten und hatte dabei die höchste Sozialleistungsquote in diesem Ländervergleich. Ungarn verzeichnete ebenfalls niedrige soziale Differenzen und nach einigen Verbesserungen und Reformen sinkende Armutsanteile für das Jahr 2005. Ungarn ist das einzige Land, in dem seit dem Jahresende 2005 starke BIP-Zuwächse mit progressiven Sozialausgaben kombiniert wurden. Die Länder mit Schocktherapie belegen entsprechend die größten Armutsgefährdungsquoten und -lücken und massivere Einkommensunterschiede. Dabei weist die liberale Marktwirtschaft in Lettland die größten Unterschiede in allen Aufgabenkreisen auf. Die Sozialabgaben sanken in beiden Staaten, wobei Polen im Jahr 2005 prozentual ein gleiches Niveau wie Ungarn und Slowenien besaß. Finanziell jedoch besaß Slowenien dank seines höheren BIP das geringste Liquiditätsrisiko von allen Staaten. Allgemein lässt sich erkennen, dass die Tendenzen in allen vier Staaten so sind, dass langfristig aufgrund der fortschreitenden Globalisierung, Privatisierung und Modernisierung der Betriebe sowie der Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes immer größere Kürzungen in dem sozialpolitischen Bereich vorgenommen werden müssen, sodass eventuell nach einiger Zeit die Unterschiede zwischen Slowenien, Polen, Ungarn und Lettland immer kleiner werden könnten. Andererseits ist es schwer zu bewerten, ob die sozialen Kürzungen und die Ausweitung der Spanne zwischen Armen und Reichen eine bewusste Politik der Transformationsstaaten war oder die Politik dieser Staaten immer mehr unter den Anpassungsdruck der EU geriet. Im slowenischen Fall drang die alte Nomenklatura in die neuen politischen Strukturen am Beginn der Transformation sehr stark ein. Die Sozialpolitik des Landes wurde aus der Zeit der Sozialismus übernommen, umgeformt und an neue Bedingungen angepasst, was nicht automatisch eine "neue Sozialpolitik" bedeutet. Der slowenische Generationswechsel in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts brachte jedoch neue Fachleute und Politiker an die Schalthebel, die ihrerseits liberale Ideen in der Sozialpolitik mit der Zeit immer mehr umsetzten. In Slowenien, Polen, Ungarn und Lettland wurde der Wohlfahrtsstaat in der ersten Hälfte der 90er Jahre trotz mehrerer Einschnitte eher als Puffer zur Abfederung der sozialen Kosten und der ökonomischen Wende eingesetzt, was als Antwort auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung gedacht war. Ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre konzentrierten sich die Reformen auf eine stärkere Eindämmung der Kosten, eine Verringerung der Abhängigkeit von den Sozialleistungen und eine bessere Führung und Angleichung der Sozialpolitik an das EU-Niveau (vgl. Keune 2009: 81).

Die Ergebnisse der Privatisierung und der Entwicklung des privaten Sektors ergaben klare Resultate. Allerdings liegen die Staaten der graduellen Reformen laut Daten weit auseinander. Die Schocktherapie-Staaten platzierten sich dazwischen. Das ist allerdings darauf zurück-

zuführen, dass der Privatisierungsfortschritt in diesem Fall für Ungarn und Slowenien im Jahr 2004 weit auseinander lag. Ungarn konnte trotz der negativen Korrelation zwischen Privatisierungsfortschritt und dem BIP-Wachstum durch die meisten Privatisierungseinnahmen, den hohen Anteil des privaten Sektors am BIP und die hohe Erwerbstätigkeitsquote überzeugen. Lettland und Polen zeigen ebenfalls trotz der negativen Korrelation hohe Privatisierungseinnahmen und einen hohen BIP-Anteil. Für Slowenien zeigte sich im Gegensatz dazu keine Aussagekraft bezüglich eines positiven Einflusses des Privatisierungsfortschritts auf das reale BIP-Wachstum pro Kopf. Wenn man hingegen das Verfahren der Unternehmensgründung und den Sektorenwandel mitberücksichtigt, dann ähneln die Ergebnisse wieder den theoretischen Annahmen. Die lettische liberale Marktwirtschaft erlaubt eine schnelle und unbürokratische Unternehmensgründung – den meisten Aufwand in dieser Sache zeigt die slowenische koordinierte Marktwirtschaft. Die zurückgegangene Rolle des Staates, der Ausfall von Subventionen und radikale ökonomische Reformen ergaben die meisten Verschiebungen von der Industrie und Landwirtschaft zu den Dienstleistungen hin für Lettland, gefolgt von Polen, Ungarn und Slowenien, die logischerweise die geringsten Sektorenverschiebungen aufweisen. Der Privatisierungsindex im Verhältnis zu der Veränderung des BIP innerhalb von 15 Jahren (Lettland 13) spiegelt nur die geringen Veränderungen gegenüber dem gesamten Transformationsindex im Verhältnis zur Wachstumsveränderung in derselben Zeit wider. Lediglich Lettland hat mehr Privatisierungsbestrebungen als Polen unternommen.

Unter dem Strich konnte die Untersuchung erweisen, dass die theoretischen Annahmen und die praktischen Ergebnisse übereinstimmen. Der entsprechende Einsatz der unterschiedlichen zeitlichen Konzepte und heterogenen Arten der freien Marktwirtschaft von Slowenien, Ungarn, Polen und Lettland brachte, so wie angenommen, überwiegend die erwarteten Erfolge und die befürchteten Verluste im wirtschaftlichen und sozialen Kontext. Lettland und Slowenien hatten dabei zwei gegensätzliche Transformationsansätze, Ungarn und Polen hatten Mischformen, wobei Ungarn in die slowenische Richtung tendierte und Polen mehr Ähnlichkeiten mit Lettland hatte. Die Analyse der Transformationskonzepte jedes Landes hat ergeben, dass die Ergebnisse der unterschiedlichen Ansätze von der Geschichte jedes Landes und deren Elite stark abhängig waren. Man konnte ebenfalls die Tendenz ableiten, dass die vorangegangenen geschichtlichen Ereignisse jedes untersuchten Staates einen direkten Einfluss auf die Ausgangsbedingungen am Beginn der Transformation hatten, die ihrerseits zusätzlich die Wahl des Transformationsansatzes beeinflusst haben. So ist die slowenische Neigung zum Gradualismus und zur koordinierten Marktwirtschaft in den 90er Jahren durch die in den 60er Jahren angesetzten Reformen, die starke Präsenz der sozialistischen Elite und die nicht besonders brutale kommunistische Vergangenheit zu erklären. Das lettische Gegenbeispiel mit der Schocktherapie und liberalen Marktwirtschaft spiegelte die unerbittliche und brutale Zeit der kommunistischen Unterdrückung, die nationalbewussten Eilten und die fehlenden Reformen bis zum Transformationsbeginn. Ungarn und Polen platzierten sich entsprechend in der Mitte, wobei Polen zu dem lettischen Modell und Ungarn zu dem slowenischen Modell tendierte. So liegt die Vermutung nahe, dass die Wahl der Transformationsstrategie nicht objektiv gewesen ist und dass sich durch einen anderen geschichtlichen Verlauf auch andere Anfangsbedingungen geformt hätten, die dann die Reformen in jedem dieser Staaten in eine oder andere Richtung gelenkt hätten.

Des Weiteren ist schwer zu beurteilen, wie sicher man das politische System in Slowenien als eine koordinierte Marktwirtschaft bewerten kann. Die VoC-Theorie geht auf Privatisierungsaspekte nicht ein und betrachtet die Wirtschaftsobjekte schon als privatisiert. Deswegen kann Slowenien mit einer sehr niedrigen Privatisierungsrate und einer Wirtschaftsform, die bis Ende der 90er Jahre noch als eine nicht freiwirtschaftliche bezeichnet werden kann, kaum als eine typische koordinierte Marktwirtschaft nach dem VoC-Ansatz angesehen werden. Andererseits ist sehr fraglich, als wie liberal die liberale Marktwirtschaft in Lettland bezeichnet werden kann, wenn in diesem Land die ethnischen Minderheiten aus politischen Gründen von den relevanten Entscheidungen (z.B. Wahlen) ausgeschlossen wurden. Durch den außerordentlich umfangreichen Verkauf von Aktiva an ausländische Investoren waren die politischen Systeme in Ungarn und Polen von ihren Kapitalgebern sehr abhängig, die in vielen Fragen der Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik diese Länder dann entsprechend lenkten. Alle diese Ereignisse wirkten auf die Bildung der Institutionen und deren Anpassung an die jeweiligen politischen Interessen, was dem VoC-Ansatz mit seiner Voraussetzung unabhängiger Institutionen widerspricht.

Ein Übermaß des Einflusses der sozialistischen Nomenklatura in der Politik Sloweniens ergab ein ganz anderes politisches System als in Lettland, wo die Nomenklatura maximal in der Wirtschaft in den ersten drei bis vier Jahren stark mitgewirkt hatte. Diese Darlegung deutet wieder auf die bedeutende Rolle der Eliten hin.

Ein weiterer Faktor, der den Transformationswandel stark beeinflusst hat, ist ein Überhang an „kulturellem Kapital“ in den Führungsebenen. Die Eliten, die keine ausreichenden Erfahrungen und Fähigkeiten hinsichtlich der Machtebene und der politischen Führungskompetenzen hatten, waren überpräsentiert gegenüber dem „ökonomischen Kapital“. Es gab keine Kapitalisten im Kapitalismus der osteuropäischen Unternehmer und Kapitalgeber, die ihr erstes Kapital schon angehäuft hatten und unternehmerisch damit umgehen konnten, Menschen, die bereit waren, zu reinvestieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Die im Sozialismus „verwöhnte“ Gesellschaft musste ihre Erwartungen auf rasche Verbesserungen und schnellen Wohlstand zurückstellen und lernen, schmerzhaft ökonomische und soziale Verluste und eine Aufteilung der Gesellschaft in Arme und Reiche zu akzeptieren und zuzugeben, dass ein problemloser und gleitender Übergang zum „kapitalistischen Reichtum“ eine Utopie war.

Literaturverzeichnis

- Adameczyk, Dariusz (2007): Vom Kommunismus zur EU-Integration: Polens Entwicklung nach dem Kollaps des Monopolsozialismus. In: Transformation in Osteuropa und Zentralasien. Polen, die Ukraine, Russland und Kirgisien. Studien zur Weltgeschichte, Wochenschau Verlag, Schwalbach, S.13-22
- Anyako, Emeka (1997): Ende der Kolonialherrschaft. Neue Staaten und die Herausforderungen der Unabhängigkeit. In: Internationale Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 12/1997, Berlin, S. 34-38
- Baker, Dean (2006): Wachsende Ungleichheit in den Vereinigten Staaten. Referat der westlichen Industrieländer. Fokus Amerika, Friedrich-Ebert-Stiftung, Washington
- Balcerowicz, Leszek (2003): Toward a Limited State. Distinguished Lecture. World Bank Group Private Sector Development Vice Presidency. The World Bank Group, Washington, Webseite:
http://www.balcerowicz.pl/publikacje/toward_a_limited_state.pdf, (Zugriff: 06.08.2010)
- Balcerowicz, Leszek (1993): Economic Transformation in Europe: Comparisons and Lessons. In: The Australian Economic Review 1, Melbourne Institute of Applied Economic and Social Research, S.47-59
- Baßeler, Ulrich/Heinrich, Jürgen/Koch, Walter (1988): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. Aus der Reihe "Didaktische Reihe Ökonomie", 11. Auflage, Wirtschaftsverlag Bachem, Köln
- Bayer, Jozsef (2007): Gesellschaftliche Einbettung konsolidierter Demokratien – Ungarn als ostmitteleuropäisches Beispiel. In: Postsozialismus. Hinterlandschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Studien zur politischen Wirklichkeit, Band 18, Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H., Wien, S. 25-44
- Beichelt, Timm (2002): Politischer und wirtschaftlicher Wandel im postsozialistischen Europa: Kurze Bilanz nach einem Jahrzehnt Systemtransformation. In: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse. Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien Nr. 36, Beiträge für die 10. Tagung junger Osteuropa-Experten Bremen, S. 21-28, Webseite:
http://se2.isn.ch/serviceengine/Files/RESSpecNet/26742/ipublicationdocument_singledocument/FC2462D6-EA23-45AB-BCFB-538F827F06F1/de/fsoAP36.pdf, (Zugriff: 16.08.2010)
- Benczes, Istvan (2009): Market Reform and State Paternalism in Hungary: a Path-dependent Approach. Transformation, Integration and Globalization Economic Research at Kozminski University Worling Paper Series, Nr. 116, Warsaw Webseite:
http://www.tiger.edu.pl/publikacje/TWPNo116_Benczes.pdf, (Zugriff: 11.08.2010)

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): Bertelsmann Transformation Index 2003 – Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie. Ländergutachten Slowenien. Gütersloh, Webseite: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel_suedosteuropa/Slowenien.pdf, (Zugriff: 20.08.2010)
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): Bertelsmann Transformation Index 2003 – Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie. Ländergutachten Ungarn. Gütersloh, Webseite: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel_suedosteuropa/Ungarn.pdf, (Zugriff: 16.08.2010)
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): Bertelsmann Transformation Index 2003 – Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie. Ländergutachten Lettland. Gütersloh, Webseite: <http://bti2006.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/de/2003/EasternCentralAndSoutheasternEurope/Lettland.pdf>, (Zugriff: 16.08.2010)
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008): Kurzgutachten Ungarn. Gütersloh, Webseite: http://bti2008.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Kurzgutachten_BTI_2008/ESE/BI_2008_Ungarn.pdf, (Zugriff: 20.08.2010)
- Beyer, Jürgen (2006): Vom Sozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft – Systemtransformation als Governance-Problem. In: Lehrbuch. Governance in der politischen Ökonomie. Struktur und Wandel des modernen Kapitalismus. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.107-166
- Beuster, Nico (2003): Slowenien. Der erfolgreiche Weg aus dem Pulverfass Balkan in die Europäische Union. Studienarbeit, Grin Verlag, Norderstedt
- Bieling, Hans-Jürgen (2009): Varieties of Capitalism, Regulationstheorie und neogrammschianische IPÖ – komplementäre oder gegensätzliche Perspektiven des globalisierten Kapitalismus? Paper für die gemeinsame Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW, Sektion Politik und Ökonomie, am 24. und 25. April 2009 in Wien, Webseite: http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA1_bieling.pdf, (Zugriff: 22.08.2010)
- Bingen, Dieter (1997): Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen. Bericht des Bundesministerium für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 27, Köln, Webseite: http://www.ssoar.info/ssoar/files/swp/berichte/BER97_27.pdf, (Zugriff 19.09.2010)
- Bluhm, Katharina (2008): Systemwechsel und Wandel der Wirtschaftselite. Der ostdeutsche Fall im internationalen Vergleich. Vortrag auf der Tagung „Transformation in transnationaler Perspektive, Deutschland und Korea“ an der Ewha Womans Universität, 25-26 September 2008 in Seoul, Südkorea, Webseite: <http://www.katharina-bluhm.de/wp-content/uploads/2008/12/koreavortrag-september-2008.pdf>, (Zugriff 25.08.2010)

- Blum, Sonja/Dehling, Jochen/Hegelich, Simon/Schubert, Klaus (2010): Politisch limitierter Pluralismus. Die Wohlfahrtssysteme der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union. Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Webseite: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07031.pdf>, (Zugriff 11.08.2010)
- Böhnke, Petra (2005): Einkommensarm, aber beziehungsreich? Zum Zusammenhang von Armut und sozialen Beziehungen in der erweiterten EU. In: Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, S. 107-134
- Bönker, Frank/Wiesenthal, Helmut/Wollmann, Hellmut (1995): Konzepte und Fragestellungen, Einleitung. In: Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs. Levithan, Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Sonderheft 15, Westdeutscher Verlag, S.11-30
- Bohle, Dorothee; Greskovits, Bela (2007): Neoliberalism, Embedded Neoliberalism and Neocorporatism: Towards Transnational Capitalism in Central-Eastern Europe. In: West European Politics, Vol. 30, No. 3, May 2007
- Bohle, Dorothee (2002): Europas neue Peripherie: Polens Transformation und transnationale Integration, Verlag Westfälisches Dampfboot, Berlin
- Borchert, Manfred/Kösters, Wim/ Leschke, Martin/Polleit, Thorsten (2001): Inflationperspektiven im Euro-Raum. Anmerkungen zur Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. ECB Observer, Nr. 1, Frankfurt am Main, Webseite: <http://www.ecb-observer.com/downloads/THE%20ECBOBSERVER%20No%201.pdf>, (Zugriff: 16.08.2010)
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderheft 2, Göttingen, S. 183-198
- Braun, Matthias (2002): Länderbeichte. Republik Lettland. In: Privatisierungsinstitutionen in Mittel- und Osteuropa. Einführungen, Übersichten, Kommentare, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Band 60, Berlin Verlag, Berlin, S.132-171
- Bundesagentur für Außenwirtschaft (2005): Tipps für die Praxis. Lohn- und Lohnnebenkosten. Mittel- und Osteuropäische EU-Länder. Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Köln
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2004): BMZ-Diskurs Post-Washington-Consensus- Einige Überlegungen. Ein Diskussionspapier des BMZ, Nr. 003, Bonn
- Busch, Ulrich (1993): Sequencing und Timing im Transformationsprozess in Ungarn. In: Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Reihe „Wirtschaftswissenschaft“, Band 26, Campus Verlag Frankfurt, New York
- Dauderstädt, Michael (2008): Sozialer Ausgleich im globalisierten Europa. Nueva Sociedad Nr. 215, Friedrich-Ebert-Stiftung, Buenos Aires, Webseite: http://www.nuso.org/upload/articulos/3526_2.pdf, (Zugriff: 21.08.2010)

- Dezseri, Kalman (2000): Wechsellpolitik und wechsellpolitische alternativen Ungarns. In: Ungarn im Transformationsprozess, Bericht über ifo/IfW-Symposium, am 16./17. November 1999 in Budapest, Max Eli (Hrsg.), Dresden, S.125-135
- Dennis, Ian/ Guio, Anne-Catherine (2004): Armut und soziale Ausgrenzung in der EU. In: Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen, Eurostat, Europäische Gemeinschaft, Luxembourg, Webseite: http://www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nk_04_16.pdf, (Zugriff: 15.09.2010)
- Dutz, Mark, Kauffmann/Celine, Najarian/Sanfey, Peter/Yemtsov, Ruslan (2001): Labour market states, mobility and entrepreneurship in transition economies, Working paper Nr. 65, European Bank for Reconstruction and Development, London, Webseite: <http://www.ebrd.com/downloads/research/economics/workingpapers/wp0065.pdf>, (Zugriff: 24.09.2010)
- Eckert, Florian (2007): Privatisierungsstrategien osteuropäischer Regierungen zwischen 1990 – 2000. Das politische Projekt. Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Webseite: http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=984116974&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=984116974.pdf, (Zugriff: 22.08.2010)
- Eckert, Florian (2008): Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Etrich, Frank (2003): Differenzierung der Eliten im Staatssozialismus. In: Historical Social Research, Nr. ½, Köln, S. 31-56, Webseite: http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/hsrretro/docs/artikel/hsr/hsr2003_562.pdf, (Zugriff: 20.08.2010)
- Eyal, Gil; Szelenyi, Ivan; Townsley, Eleanor (1998): Making Capitalism without Capitalists: Class Formation and Elite Struggles in Post-Communist Central Europe, Verso Verlag, London
- Ferenczi, Tibor/Szabo, Marton (1998): Hungary. Agricultural Situation and Prospects in the Central European Countries. Working document, European Commission, Directorate General for Agriculture, Brüssel, Webseite: http://ec.europa.eu/agriculture/publi/peco/hungary/hun_en.pdf, (Zugriff: 09.08.2010)
- Feri, Ale (2010): Einige institutionelle Aspekte der Liberalisierung in Slowenien. Ein einzigartiges System oder déjà vu? In: Wirtschaft und Recht in Osteuropa, Heft Nr. 7, Verlag C.H. Beck, München, S. 196-210
- Franzen, Wolfgang; Haarland, Hans-Peter; Niessen, Hans-Joachim (2005): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003 für eine nachhaltige Entwicklung. Schriftenreihe der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomie, Bd. 8. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York
- Gabrisch, Hubert (2008): „Erfolge und Fehlschläge der Systemtransformation – die europäischen Erfahrungen.“ Vortrag an der Leuphana Universität Lüneburg am 17 Januar 2008, Lüneburg

- Ghose Udoy M. (2003): Die Transformation der Indischen Union. Eine empirische und theoretische Analyse der Wirtschaftsreformen 1991-1996 und ihrer Implikationen für die Mainstream Transformationstheorie. 6 Berliner Studien zur Internationalen Politik Lit. Verlag, Münster
- Glamuzina, Josip (2008): Vom Selbstverwaltungssozialismus zur Marktwirtschaft – Kroatiens Transformationsprozess und seine Problemfelder unter besonderer Berücksichtigung der 1990er Jahre, Magisterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Magisters der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, an der Universität Wien, Webseite: http://othes.univie.ac.at/591/1/04-23-2008_0007940.pdf, (Zugriff: 16.08.2010)
- Golczewski, Frank (1999): Der RGW - eine europäische Einigungsorganisation? Die Beziehungen zwischen dem RGW und den EG. In: Die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union. Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik, Band 1, Gabriele Clemens (Hrsg.), LIT Verlag, Hamburg
- Gabrisch, Hubert (1995): Ausländische Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa werden überschätzt. In: Wirtschaft im Wandel, Nr. 2 (1995), Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
- Grimm, Sonja/Wolfgang, Merkel (2005): Die Grenzen der EU: Erweiterung, Vertiefung und Demokratie. In: Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB-Jahrbuch, Berlin
- Groth, Volker (2004): Warten auf den Boom. Direktinvestitionen in die osteuropäischen EU-Beitrittsländer: Wunschdenken und Fakten. Edition Sigma, Berlin
- Guio, Anne-Catherine (2003): Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in EU-25. Bevölkerung und soziale Bedingungen - Statistik kurz gefasst. Eurostat Media Support Service, Luxembourg, Webseite: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-NK-05-013/DE/KS-NK-05-013-DE.PDF, (Zugriff: 23.08.2010)
- Gumpel, Werner (1996): Makroökonomische Stabilisierung, ihre sozialen Probleme und die Kosten der Transformation in Südosteuropa. In: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartforschung, 45. Jg., Heft 4-5, 1996, S. 97-102, Webseite: <http://iibf.kocaeli.edu.tr/ceko/armaganlar/nusretekin/1/07.pdf>, (Zugriff: 22.08.2010)
- Hacker, Björn (2009): Sozialpolitik in Mittelosteuropa: Unterschiedliche Reformstrategien mit liberalem Hintergrundrauschen. In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG), Berlin, S.36-49, Webseite: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-3/04_a_hacker_d.pdf, (Zugriff: 29.08.2010)
- Hall Peter A./Gingerich Daniel W. (2004): Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Macroeconomy: An Empirical Analysis. MPiFG Discussion Paper 04/05, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, Webseite: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp04-5.pdf, (Zugriff: 18.08.2010)
- Hall, Peter A; Soskice, David (2001): Varieties of capitalism: The institutional foundations of comparative advantage, Oxford University Press, New-York

- Hedwig, Rudolph/Felicitas, Hillmann (1998): Via Baltica. Die Rolle westlicher Fach- und Führungskräfte im Transformationsprozess Lettlands, Discussion Paper FS, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Webseite: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1998/i98-106.pdf>, (Zugriff: 25.08.2010)
- Heller, Hansjörg (2009): Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Analyse der Systemtransformation am Beispiel Polens. Dissertation an der Universität Leipzig, Der Andere Verlag, Tönning
- Hemmer, Hans-Rimbert/Marienburg, Holger (2000): Ökonomische Strukturanpassungspolitik in Entwicklungsländern, Entwicklungsökonomische Diskussionsbeiträge, Justus-Liebig-Universität Giessen, Gießen, Webseite: <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2005/2336/>, (Zugriff: 04.08.2010)
- Hercksen, Hans (2010): Länderanalyse Slowenien. Länderrisiko- und Branchenanalyse Volkswirtschaft und Research. Bayerische Landesbank, München, Webseite: https://www.bayernlb.de/internet/ln/ar/sc/Internet/de/Downloads/0100_CorporateCenter/5700_Volkswirtschaft_Research/Laender/LaenderanalysenL-Z/Slowenien/Slowenien0310.pdf, (Zugriff: 15.08.2010)
- Hiller, Kinga/Bormann, Axel (2002): Länderbericht Ungarn. In: Privatisierungsinstitutionen in Mittel- und Osteuropa. Einführungen, Übersichten, Kommentare, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Herwig Roggemann (Hrsg.), Band 60, Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, S. 354-386
- Hishow, Ognian (1997): Marktökonomische Politik und Reformschritte im östlichen Europa. Differenzierung durch unterschiedliche Transformationskonzepte. Bericht des Bundesministerium für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 25, Köln, Webseite: http://www.ssoar.info/fileadmin/php/download.php?url=/ssoar/files/swp/berichte/BER97_25.pdf, (Zugriff: 30.08.2010)
- Hofbauer, Hannes (2008): Kolonisierung Osteuropas? In: Transformation in Osteuropa und Zentralasien. Polen, die Ukraine, Russland und Kirgisien. Studien zur Weltgeschichte, Wochenschau Verlag, Schwalbach, S.91-100
- Hofbauer, Hannes (2009): Wendejahre in Osteuropa. Zusammenbruch, Transformation, Wirtschaftskrise. Institut für sozial-ökonomische Wirtschaftsforschung, München e.V., Publikationsreihe isw-spezial 23, München,
- Inotai, Andreas (1997): Nach Stabilisierung und vor Modernisierungswachstum: Die ungarische Wirtschaft an der Jahreswende 1996/1997. In: West- und Osteuropa auf dem Weg in die EWU. Beitrittsprobleme vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Transformation und finanzpolitischer Konvergenzkriterien, ifo/IFW-Symposium vom 9 bis 11 Dezember 1996 in München, Karl Heinrich Oppenländer (Hrsg.), Weltforum Verlag, München, S. 1-20

- Jackson, Gregory/Deeg, Richard (2006): How many Varieties of Capitalism? Comparing the Comparative Institutional Analyses of Capitalist Diversity, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Webseite: http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg_dp/dp06-2.pdf, (Zugriff: 21.08.2010)
- Juhant, Janez (2008): Im Feuer der europäischen Ideenzüge: Slowenien von Janez Juhant, Lit. Verlag, Münster
- Kaempfe, Martina (2003): Konjunktur im Mittel- und Osteuropa gewinnt an Dynamik. In: Wirtschaft im Wandel, Nr. 12 (2003), Institut für Wirtschaftsforschung, Halle, S.334-337
- Kaps, Carola (2001): Lage und Perspektiven der ungarischen Wirtschaft. In: Orientierungen zur Wirtschaft und Gesellschaftspolitik 90 (4/2001), Ludwig-Erhard-Stiftung, Lucius Verlag, Bonn, S. 46-50
- Katulina, Zornitsa (2007): Realwirtschaftliche und monetäre Entwicklung im Transformationsprozess ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder. Europäisches Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Bergischen Universität Wuppertal, Diskussionsbeitrag 152, Wuppertal
- Kellermann, Christian (2005): Die Organisation des Washington Consensus. Die Internationalen Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur, transcriot Verlag, Bielefeld
- Keune, Maarten (2009): Mittel- und osteuropäische Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Typen und Leistungsfähigkeit. In: Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel und Osteuropa, Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliederstaaten, Simone Leiber (Hrsg.), Verlag für Sozialwissenschaften Research, Wiesbaden S. 59-84
- King, L. P./Szelényi, S. (2005): Post-Communist Economic Systems. In: Smelser, N.J./Swedberg, R. (Eds.): The Handbook of Economic Sociology. Sec. Edition, 205-232
- Knogler, Michael/Lankes, Fidelis (2008): Sozialmodelle im internationalen Vergleich: Wo stehen die neuen EU-Mitgliedstaaten. Osteuropa-Institut Regensburg, Working Papers, Nr. 268, Regensburg, Webseite: <http://www.oei-dokumente.de/publikationen/wp/wp-268.pdf>, (Zugriff: 23.08.2010)
- Kolaric, Zinka/Kopac, Anja/Rakar, Tatjana (2008): Schrittweise Reformierung statt „Schocktherapie“: Das slowenische Wohlfahrtsystem. In: Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch, Ursula Bazant (Hrsg.), Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 569-594
- Konrad, György/Szeleny Ivan (1978): Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

- Kosta, Jiri (1997): Die ökonomische Transformationsstrategie Tschechiens im Vergleich zur Slowakei, Ungarn und Polen. Veröffentlichung der Forschungsgruppe Transformation und Globalisierung des Forschungsschwerpunkts Technik-Arbeit-Umwelt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Webseite: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1997/ii97-602.pdf>, (Zugriff: 15.08.2010)
- Korom, Philipp (2008): Intellektuelle als Eliten? Eliten als Orientierungsgeber?- Ein Plädoyer für die Integration der Intellektuellensoziologie in die Elitensoziologie. In: Eliten und ihre Bedeutung in gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Beiträge zur Sozialinnovation, Nr. 6, Institut für Sozialinnovation, Eigenverlag GmbH, Berlin, S. 37-55, Webseite: <http://www.isinova.org/download/wdokumente/BzS6.pdf>, (Zugriff: 11.08.2010)
- Kosche, Michael (1993): Eigentumstransformation in postsozialistischen Wirtschaftssystemen: Bedingungen, Triebkräfte und Perspektiven des Wandels in ordnungstheoretischer Sicht, Inauguraldissertation an der Universität zu Köln, Selbstverlag, Köln
- Kracun, Davorin (2005): The End of Transition in Slovenia: Were the Deviations Successful? University of Maribor, Webseite: <http://oliver.efri.hr/~euconf/2005/files/3rd%20session/5th%20kracun.pdf>, (Zugriff: 28.08.2010)
- Kreutz, Henrik (2003): Der Weg zur Neoklassischen Soziologie über die Diagnose des Zerfallsprozesses der sozialistischen Gesellschaft. Eine Würdigung der Werkbiographie von Prof. Dr. Ivan Szelenyi. In: Wertfreies Forschen und wertrationales Handeln: Grundprinzipien der Neoklassik in der Soziologie. Beiträge zur akademischen Feier anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg an Ivan Szelenyi, Band 22, Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg, S.13-56
- Krieghoff, H/Lange, M/Müller, S. (2003): Die EU-Beitrittsanforderungen und der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung ausgewählter Transformationsländer des Balkans. Universität Leipzig, Institut für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Balkanstudien, Arbeitspapier Nr.09, Leipzig
- Kryshtanovskaja, O.V. (1995): Transformacija staroj nomenklature w novuju rossijskuju elitu. In: Obshestvennye nauki i sovremennost, Nr. 1, S. 51-65
- Kušić, Siniša (2002): Gewinner und Verlierer der Transformation: System- und länderspezifische Ausgangsbedingungen, alternative Transformationspfade und EU-Integration. In: Regimewechsel und Gesellschaftswandel in Osteuropa. Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien Nr. 36, Beiträge für die 10. Tagung junger Osteuropa-Experten, Bremen, S.11-15, Webseite: http://se2.isn.ch/serviceengine/Files/RESSpecNet/26742/ipublicationdocument_singledocument/FC2462D6-EA23-45AB-BCFB-538F827F06F1/de/fsoAP36.pdf, (Zugriff: 16.08.2010)

- Mansfeldová, Zdenka/Szabó, Máté (2000): Zivilgesellschaft – Von der vorbürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft? In: Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Wolfgang Merkel (Hrsg.) Leske + Budrich, Opladen, S. 89-114
- Matthes, Jürgen/Busch, Berthold (2004): Institutionell Transformation und wirtschaftliche Performance. In: IW-Trends, Nr. 1, Köln, Webseite: http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends01_04_3.pdf, (Zugriff: 22.08.2010)
- Meier, Artur (1990): Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, S. 3-14, Webseite: <http://www.marinahennig.de/PDF-Dateien/Artur%20Meier%202.pdf>, (Zugriff: 14.08.2010)
- Meier, Bernd (1993): Zur Rolle der Institutionen im Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa. In: Osteuropa auf dem Weg in die Marktwirtschaft. Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Deutscher Institutsverlag GmbH, Köln, S.177-195
- Meißner, Thomas (1996): Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa: Entwicklung 1995 und Ziele von Unternehmen. In: Wirtschaft im Wandel, Nr. 3 (1996), Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empire der Transformationsforschung. Leske + Budrich, Opladen/Wiesbaden
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen (2000): Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen/Wiesbaden
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2006): Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden
- Miller, Alexei (2002): Was tun mit der kommunistischen Vergangenheit? Der Fall von Russland. Eurozine - Gesellschaft zur Vernetzung von Kulturmedien mbH, Wien, Webseite: <http://www.eurozine.com/pdf/2002-05-24-miller-de.pdf>, (Zugriff: 30.09.2010)
- Minkenbergh, Michael/Beichelt, Timm (2003): Cultural Legacies in Post-Socialist Europe. The Role of the Various Pasts in the Current Transformation Process. Frankfurter Institut für Transformationsstudien an der Europa-Universität Viadrina, Workshop Dokumentation, Frankfurt am Oder
- Nishimura, Yoshiaki (2001): Economic Policy for Transition to Market Economy. Economic and Social Research Institute, Webseite: <http://www.esri.go.jp/en/tie/russia/russia1-e.pdf>, (Zugriff: 15.08.2010)
- Nötzold, Jürgen (1995): Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den assoziierten Staaten Ostmittel- und Südosteuropa: Probleme und Perspektiven fünf Jahre nach der Wende. In: Fünf Jahre nach der Wende – Bilanz in Mittel- und Südosteuropa. XXII. Internationale Konferenz 9. Bis 12. Juni 1994 in Magdeburg, Südosteuropa Gesellschaft, München, S.175-188

- Lagemann, Bernhard (1997): Strukturwandel und Strukturpolitik in osteuropäischen Transformationsländern. In: Der Osten Europas in Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Jahrbuch 1996/1997, Carl Hanser Verlag, München, S.242-257
- Laubis, Sebastian (2007): Konkurrierende Modelle der Marktwirtschaft in der EU. Der polnische Arbeitsmarkt im europäischen Vergleich. Europa Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Webseite: <http://library.fes.de/pdf-files/id/02125.pdf>, (Zugriff: 21.08.2010)
- Lazonick, William (2007): Varieties of Capitalism and Innovative Enterprise. In: Comparative Social Research, 24, University of Massachusetts Lowell and INSEAD, S.21-69, Webseite: http://www.uml.edu/centers/cic/Research/Lazonick_Research/Lazonick_Recent_Research/Varieties%20of%20Capitalism.pdf, (Zugriff: 20.08.2010)
- Lendvai, Noemi (2009): Variety of Post-communist welfare: Europeanisation and emerging welfare regimes in the New EU Member States. In: Paper for the RC-19, Montreal, August 2009, Webseite: http://www.cccg.umontreal.ca/RC19/PDF/Lendvai-N_Rc192009.pdf, (Zugriff: 25.08.2010)
- Leshoukov, Igor (1998): Russlands Politik gegenüber den baltischen Staaten. Eine russische Ansicht. In: Internationale Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 10/1998, Berlin, S. 39-44, Webseite: http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang1998/oktober1998/download/9a0a4a863de311db8611b5d55b821a2d1a2d/original_Leshoukov_9810.pdf, (Zugriff: 26.08.2010)
- Lösch, Dieter (1992): Das „Timing“ als zentrales Problem der Systemtransformation, Überlegungen, Überlegungen zur Klärung der Kontroverse um „Schocktherapie“ versus „Gradualismus“ beim Übergang zur Marktwirtschaft., Nr.99, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg, Hamburg
- Lösch, Dieter (1993): Der Weg zur Marktwirtschaft: Grundzüge einer Theorie der Transformationspolitik. Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung - Hamburg, Band 4, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- Lucht, Roland (2005): Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, Herausgeber Dagmar Unverhau, LIT Verlag, Münster
- Lux, Markus (2000): Drei Staaten – ein „Baltischer Weg“? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum. In: Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Wolfgang Merkel (Hrsg.) Leske + Budrich, Opladen, S. 145-172
- Petelin, Sascha (1997): Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien. Bericht des Bundesministerium für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 35, Köln, Webseite: http://www.ssoar.info/ssoar/files/swp/berichte/BER97_35.pdf, (Zugriff 18.09.2010)

- Patz, Angelika (2002): Die wirtschaftliche Lage in den Transformationsländern des Balkans. Universität Leipzig, Institut für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Balkanstudien, Arbeitspapier Nr.01, Leipzig, Webseite: <http://www.uni-leipzig.de/~makro/ZfBS/wp01-gesamt.pdf>, (Zugriff: 01.01.2010)
- Pashaver, Oleksandr (2008): Ukrainiska pryvatysazija: grupy interesiv, prytschyny krysy, shljahy jiji podolannja. The Centre for Economic Development, Kyiv
- Paulman, Valerij (2007): Prognos sudby tschelovetschestva. Rasmyshlenija o globalnom kapitalisme, demokratitscheskom sozialisme i istoriji SSSR, KPD Verlag, Tallinn
- Pham-Phuong, Dong (2003): Konzeptionen der Transformationsökonomie (Teil 1): Transformationstheoretische Ansätze aus der Sicht der Neuen Institutionenökonomik, Nr. 73, Forschungsstelle für Internationale Agrar- und Wirtschaftsentwicklung e.V., Heidelberg, Webseite: http://www.awi.uni-heidelberg.de/with2/Discussion%20papers/papers_2003_2005/dp416.pdf, (Zugriff: 22.08.2010)
- Polkowski, Andreas (2002): Lettland. In: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland, Litauen. HWWA-Report 219, Hamburg, S. 29-42, Webseite: <http://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/32926/1/356982378.pdf>, (Zugriff: 14.08.2010)
- Polkowski, Andreas (1999): Lettland – Wirtschaftslage und Reformprozesse. In: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Estland, Lettland, Litauen. HWWA-Report 193, Hamburg, S. 25-38, Webseite: <http://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/32867/1/27093930X.pdf>, (Zugriff: 14.08.2010)
- Polterowitsch, Viktor Meerovitsch (2006): Strategiji instituzionalnyh reform. Perspektivnye traektorii. In: Ekonomika i matamatitscheskie metody, Nr.42, 2006, Moskau, S. 16-17 http://members.tripod.com/VM_Polterovich/StrategiesReformEMM1.pdf (Zugriff: 18.08.2010)
- Polterowitsch, Viktor Meerovitsch/ Popov, Vladimir Viktorowitsch (2006): Demokratija, katschestvo institutov i ekonomitscheskij rost. Annotation, Webseite: <http://mpira.ub.uni-muenchen.de/23012/1/Democracy-2006DEC-Russian.pdf>, (Zugriff: 27.08.2010)
- Popov, Vladimir Viktorowitsch (2007): Shokoterapija protiv gradualisma 15 let spustja: Potschemu dinamika proizvodstva v stranah s perehodnoy ekonomikoj byla neodinakovoj. In: Voprosy ekonomiki, Nr. 5, Redakzija zhurnala „voprosy ekonomiki“, Moskau, S.81-99, Webseite: <http://http-server.carleton.ca/~vpopov/documents/SHOCKvsTHER-Russian-2006-VoprEkon.pdf>, (Zugriff 18.08.2010)
- Pysz, Piotr (2008): Die aktuelle ordnungspolitische Diskussion in Polen. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 116, Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn

- Quaisser, Wolfgang (2009): Transformationsstrategien und Wirtschaftsentwicklung. In: Vom Sozialismus zur Marktwirtschaft. Wandlungsprozesse, Ergebnisse und Perspektiven, Olzog Verlag, München, S. 10-37
- Quaisser, Wolfgang/Brandmeier, Michael (1998): Die Wirtschaftsentwicklung Polens 1997/98. Strukturwandel im polnischen Industriesektor – binnen – und außenwirtschaftliche Einflussfaktoren. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Working Papers Nr. 214, München, Webseite: <http://www.oei-dokumente.de/publikationen/wp/wp214.pdf>, (Zugriff: 24.08.2010)
- Quidde, Gunther (1997): Indikatoren der Systemtransformation. Eine vergleichende Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Privatisierung in 26 Staaten. Studien des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz
- Rajevska, Feliciana (2008): Vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsmix: Das lettische Wohlfahrtssystem nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit. In: Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch, Ursula Bazant (Hrsg.), Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.423-442
- Rajevska, Feliciana (2005): Social policy in Latvia. Welfare state under double pressure. Project “Poverty, social assistance and social inclusion – Developments in Estonia and Latvia in a comparative perspective”. Fafo-Report 498, Oslo, Webseite: <http://www.faf.no/pub/rapp/498/498.pdf>, (Zugriff: 30.08.2010)
- Repegather, Alexandra/Clement, Hermann (2002): Effektivität der Förderbankkredite für KMU in Mittel- und Osteuropa. Unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Ungarn und Ukraine. Osteuropa –Institut München. Gutachten im Auftrag des BMF. Working Paper Nr. 239, München, Webseite: <http://www.oei-dokumente.de/publikationen/wp/wp239.pdf>, (Zugriff: 18.08.2010)
- Riese, Hajo (1993): Bausteine einer Markttheorie der Transformation. In: Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Reihe Wirtschaftswissenschaft, Band 26, Campus Verlag, Frankfurt am Main, S.109-141
- Ritzer, George (2003): Sociological Theory, McGraw Hill Higher Education, 5. Auflage, Boston
- Sárközy, Tamás (2000): Modelle der Privatisierung in Ostmitteleuropa. In: Schriftenreihe des Europa Institutes, Budapest, 2000, S. 127-142, Webseite: <http://www.europainstitut.hu/pdf/beg10/Sarkozy.pdf>, (Zugriff: 26.08.2010)
- Sapper, Manfred (1997): Konflikte in der Transformation Osteuropas: Zur Spezifik der Konfliktkonstellation und Konfliktkultur. In: Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und unternationale Studien, Jahrbuch 1996/97, Carl Hanser Verlag, München, S. 323-331

- Shevchuk, Andrej (2008): Professionalnye obsory. Sravnitelnye issledovanija modelej kapitalisma. In: Ekonomicheskaja Soziologija, Nr. 2, März 2008, S. 66-78, Webseite: http://www.ecsoc.ru/images/pub_ecsoc/2008/06/11/0000019068/Shevchuk_A.pdf, (Zugriff: 08.08.2010)
- Schläger-Zirlik, Patricia (2003): Entwicklungswege von privatisierten Industriebetrieben im Großraum Budapest. In: Privatisierung in Osteuropa: Strategien, Entwicklungswege, Auswirkungen und Ergebnisse. Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa, Arbeitspapier Nr. 13, München, Webseite: http://www.forost.lmu.de/fo_library/forost_Arbeitspapier_13.pdf, (Zugriff: 01.08.2010)
- Schnitzer, Monika (2003): Privatisierung in Osteuropa: Strategien und Ergebnisse. In: Privatisierung in Osteuropa: Strategien, Entwicklungswege, Auswirkungen und Ergebnisse. Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa, Arbeitspapier Nr. 13, München, Webseite: http://www.forost.lmu.de/fo_library/forost_Arbeitspapier_13.pdf, (Zugriff: 01.08.2010)
- Schrader, Klaus/Laaser, Claus-Friedrich (1997): Der Transformationsprozess in den baltischen Staaten: Ordnungspolitische Fortschritte und strukturelle Anpassungsprozesse. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Kieler Arbeitspapiere Nr. 783, Kiel, 1997
- Siemienska, Renata/Domaradzka, Anna (2008): Transformation mit Schwierigkeiten: Das polnische Wohlfahrtsystem. In: Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch, Ursula Bazant (Hrsg.), Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.503-524
- Sloane, Peter F.E./Twardy, Martin/Buschfeld, Detlef (2007): Einführung in die Wirtschaftspädagogik, Eusl Verlagsgesellschaft mbH, Paderborn
- Süß, Dirk (2001): Privatisierung und öffentliche Finanzen. Zur politischen Ökonomie der Transformation. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft. Band 66, Lucius und Lucius, Stuttgart
- Staniszki, Jadwiga (1991): Political Capitalism in Poland. In: East European Politics and Societies, vol. 5, Nr.1, SAGE Publications, London, S.127-141
- Starcevic-Srkalovic, Lejla (2008): Institution Building and Democracy Consolidation in Bosnia and Herzegovina. In: Regimewechsel und Gesellschaftswandel in Osteuropa. Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien Nr. 85, Beiträge für die 15. Tagung junger Osteuropa-Experten, Bremen, S.32-35, Webseite: http://se1.isn.ch/serviceengine/Files/ISN/50074/ipublicationdocument_singledocument/5790ADFF-55E3-40C7-A296-EC9CA579D9C6/de/fsoAP85.pdf, (Zugriff: 17.08.2010)
- Steffen, Oliver (1997): Die Einführung des Kapitalismus in Russland: Ursachen, Programme und Krise der Transformationspolitik. In: Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik, Band 16, Lit. Verlag, 1997, Hamburg

- Steiner, Helmut (2002): Kontinuität und Wandel: Transformationsforschung in Ungarn, Polen und Russland. In: Berliner Osteuropa-Info 19: Vergleichende Soziologie osteuropäischer Transformation, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, S. 24-29, Webseite: http://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_19/04_steiner.pdf, (Zugriff: 25.08.2010)
- Stiglitz, Joseph E. (1999): Whither Refoms? – Ten Years of the Transition. In: The Rebel Within. Präsentiert auf der Jahreskonferenz der Weltbank für Entwicklung und Wiederaufbau, Washington, Webseite: http://www2.gsb.columbia.edu/faculty/jstiglitz/download/1999_4_Wither_Reform.pdf, (Zugriff: 10.08.2010)
- Stupp, Steffan (1998): Wirtschaftliche Integration Mittelosteuropas in die EU und Folgerungen für die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik. In: Europäische Hochschulschriften, Reihe 5: Volks- und Betriebswirtschaft, Band 2272, Peter Lang Verlagsgruppe, 1998, Webseite: <http://ub-dok.uni-trier.de/diss/diss50/19991201/19991201.pdf>, (Zugriff: 16.09.2010)
- Szelenyi, Ivan/Glass, Christy (1999): Winners of the Reforms: The New Economic and Political Elite. In: Income Distribution and Social Structure during the Transition', World Institute for Development Economics Research of the United Nations University (UNU-WIDER), Helsinki, 1999, S. 1-44, Webseite: <http://website1.wider.unu.edu/publications/1998-1999-1-2/1998-1999-1-2-5.pdf>, (Zugriff: 28.08.2010)
- Tauber, Joachim (1997): Politik und Gesellschaft in Litauen 1995/1996: Politische Normalität - soziale Defizite. In: Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Carl Hanser Verlag, München, Wien, 1997, S. 116-127
- Tausz, Katalin (2008): Vom Staatssozialismus zum Wohlfahrtshybrid: Das ungarische Wohlfahrtshybrid. In: Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch, Ursula Bazant (Hrsg.), Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.311-332
- Thode, Peggy (2001): Politische Rahmenbedingungen für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in Mittel- und Osteuropa. Diplomarbeit im Fach Sozialwissenschaften am Humboldt Universität zu Berlin, Webseite: <http://www.kuwi.euv-frankfurt-o.de/de/lehrstuhl/vs/polsoz/publikationen-forschungsdatenbank/Terletzki-Peggy/PT-Diplomarbeit.pdf>, (Zugriff: 09.08.2010)
- Timmermann, Heinz (1997): Die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas und die euroatlantischen Integrationsprozesse. In: Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und unterationale Studien, Jahrbuch 1996/97, Carl Hanser Verlag, München, S. 332-346

- Uibopuu, Henn-Jüri/Urdze, Andrejs (1997): Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Estland und Lettland. Bericht des Bundesministerium für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 46, Köln, Webseite: http://www.ssoar.info/ssoar/files/swp/berichte/BER97_46.pdf, (Zugriff 19.09.2010)
- Veres, Andreas (2007): Slowenien. Ein Grenzland mit Vorbildfunktion. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie an der Fakultät für Geowissenschaften der Ruhr-Universität Bochum, Webseite: <http://www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/VeresAndreas/diss.pdf>, (Zugriff: 12.08.2010)
- Vidovic, Hermine (2008): Slowenien – Eine Erfolgsgeschichte? In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 116, Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn
- Wagener, Hans-Jürgen/Fritz, Heiko (1998): Transformation – Integration – Vertiefung. Zur politischen Ökonomie der EU-Osterweiterung. In: Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Osterweiterung, Dietz Verlag, Bonn, S. 16-43, Webseite: http://www.sef-bonn.org/download/publikationen/eine_welt/ewb_07_de_kap01-wagener.pdf, (Zugriff: 26.08.2010)
- Wagenlehner, Günther (1995): Die alte Nomenklatura oder Elitenwechsel in Ostmittel- und Südosteuropa. In: Fünf Jahre nach der Wende – Bilanz in Mittel- und Südosteuropa. XXII. Internationale Konferenz 9. Bis 12. Juni 1994 in Magdeburg, Südosteuropa Gesellschaft, München, S.175-188
- Weimer, David L. (1997): The Political Economy of Property Rights: Institutional Change and Credibility in the Reform of Centrally Planned Economies, Cambridge University Press, Cambridge
- Wettig, Gerhard (1997): Transformiertes Staatensystem und transformierte Staateninteressen in Europa. In: Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Jahrbuch 1996/97, Carl Hanser Verlag, München, S.313-322
- Wiesenthal, Helmut (2004): Eine Soziologie der Transformation? Vortrag im Erfurter Kolloquium zur Transformation und Europäischen Integration Mittel-Ost-Europas, 08.-10.07.2004, in der Universität Erfurt, Webseite: http://www.afs-ev.de/div-pap/transformation_erfurt.pdf, (Zugriff: 04.08.2010)
- Willgerodt, Hans(1992): Armut als Integrationshindernis? Zum Konflikt zwischen Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 41.Jg.,Köln, S.95-123
- Winterberg, Jörg M. (1994): Westliche Unterstützung der Transformationsprozesse in Osteuropa. Eine Analyse der bundesdeutschen Finanzhilfen und der Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Polen, Russland und der Tschechischen Republik, Interne Studien Nr. 92/1994, Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Webseite: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_1004_1.pdf, (Zugriff: 09.08.2010)

Wolter, Astrid (2007): Implikationen der EU-Osterweiterung für die europäische Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Seminar: Konkurrierende Modelle der Marktwirtschaft in der EU, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder), 2007

Zakaria, Fareed (1997): The rise of illiberal democracy. In: Foreign Affairs, Nr. 6 S.22-43, Webseite: <http://plato.acadiau.ca/COURSES/POLS/Grieve/3593/zakaria~illiberal%20democracy.pdf>, (Zugriff: 29.08.2010).

Zborovskij, Garold Efimovitsch (2008): Metaparadigmálnaja model teoretitscheskoj soziologii. In: Soziologitscheskie issledovanija, Nr. 4, April 2008, Moskau, S.3-15, Webseite: <http://www.isras.ru/files/File/Socis/2008-04/zborovski08yr.pdf>, (Zugriff: 20.08.2010)

Webseiten

Klimo, Apard (2000): Überlegungen zur "Vergangenheitsbewältigung" in Ungarn 1989-99. Ausarbeitung eines Beitrags zum Geschichtsforum Berlin, 30. Mai 1999, Webseite: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/essays/klimo.htm>, (Zugriff: 12.09.2010)

Bunitsch, Andrej (2005): Enzyklopedija. Zentralnaja i vostotschnaja Evropa. Latvija In: Andrej Bunitsch, Informazionno-analititscheskij portal, Novaja Ekonomika, Webseite: <http://bunich.ru/encyclopedia/content.php?id=3&gid=24>, (Zugriff: 28.08.2010)

Handelsblatt (28.10.2007): Slowenien wird noch viel mehr privatisieren. Interview mit slowenischem Finanzminister Andrej Bajuk, Webseite: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/slowenien-wird-noch-viel-mehr-privatisieren;1343185>, (Zugriff: 09.08.201)

Junge Welt (12.06.2004): „Wir sind der EU nicht nackt beigetreten“. Gespräch mit Rado Genorio über den slowenischen Sonderweg in die Europäische Union und über das „alte“ und „neue“ Europa, Webseite: <https://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Slowenien/genorio.html>, (Zugriff: 12.08.2010)

Kanevskij, Pavel Sergeewitsch (2007): Inteligencija i kulturnyj kapital v rossijskoj politike: totsckhi peresetschenija, In: Bes temy, Nr. 3(5), S.41-49, Webseite: http://beztemy.usu.ru/?base=mag/0005%2803_2007%29&xsl=showArticle.xslt&id=a05&doc=../content.jsp, (Zugriff: 15.08.2010)

Kolesnitschenko Zoja Pawlovna. (2003): Transformazija sowetskoj nomenklatury w novuju rossijskuju elitu. Vortrag bei der Konferenz „Die Werte der sowjetischen Kultur in den globalen Tendenzen der 21. Jahrhunderts“, Moskau, Webseite: http://www.ibci.ru/konferencia/page/statya_k20.htm, (Zugriff: 13.08.2010)

Podrabinek, Alexandr (2009): Na islome Epoh. Dissidenty. In: Onlinemagazin „Ezhendelelnyj Zhurnal“, von 13.11.2009, Webseite: <http://www.ej.ru/?a=note&id=9625>, (Zugriff: 10.08.2010)

Prunk, Janko (2010): Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit in Slowenien In: Expertenforum: Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit, Goethe-Institut, Webseite: <http://www.goethe.de/ges/pok/prj/usv/svg/svg/deindex.htm>, (Zugriff: 21.09.2010)

Sarizkiy, Tomasz (2006): Kulturnyj kapital i dostupnost wysshego obrazovanija. In: Vestnim obshestvennogo mnenija, Nr. 2, Levada Analytical Center, Moskau, Webseite: <http://www.polit.ru/research/2006/05/24/culcapital.html>, (Zugriff: 22.05.2010)

Schulte, Bernd (1998): Europäische Sozialpolitik und die Zukunft des Sozialstaats in Europa: Herausforderungen und Chancen, Friedrich-Ebert-Stiftung, FES Libery, Bonn, Webseite: <http://library.fes.de/fulltext/asfo/00206toc.htm>, (Zugriff: 30.08.2010)

Transitions Economies: An IMF Perspective on Progress and Prospects. Diskussionsunterlagen (2000), International Monetary Fund, Washington, Webseite: <http://www.imf.org/external/np/exr/ib/2000/deu/110300g.htm>, (Zugriff: 10.08.2010)

Webseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Der Demograf:

Definition der Beschäftigungsquote: <http://www.der-demograf.de/index.php?id=81&area=af>, (Zugriff: 19.08.2010)

Webseite der British Broadcasting Corporation: Country profiles,

- a. Slovenia country profile: http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/1097296.stm, (Zugriff: 05.11.2010),
- b. Poland country profile: http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/1054681.stm, (Zugriff: 05.11.2010),
- c. Hungary country profile: http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/1049641.stm, (Zugriff: 05.11.2010),
- d. Latvia country profile: http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/1106666.stm, (Zugriff: 05.11.2010)

Webseite der Central Intelligence Agency: The World Factbook,

- a. Slovenia: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/si.html> (Zugriff: 05.11.2010),
- b. Poland: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/pl.html> (Zugriff: 05.11.2010),
- c. Hungary: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/hu.html> (Zugriff: 05.11.2010),
- d. Latvia: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/lg.html> (Zugriff: 05.11.2010)

Webseite der International Labour Organization: Key Indicators of the Labour Market database, Unemployment, total in %, <http://laborsta.ilo.org/STP/guest>, (Zugriff: 26.08.2010)

Webseite der Internationalen Währungsfonds: World Economic Outlook Database, 2005

a. GDP per Capita constant prices, annual percent change by country:

http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2005/02/data/dbcoutm.cfm?SD=1990&ED=2005&R1=1&R2=1&CS=3&SS=2&OS=C&DD=0&OUT=1&C=964-944-961-941&S=NGDP_RPC-NGDPRPC-PCPIPCH&CMP=0&x=55&y=13, (Zugriff 29.08.2010)

b. Inflation, annual percent change:

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2004/01/data/dbcoutm.cfm?SD=1989&ED=2004&R1=1&R2=1&CS=3&SS=2&OS=C&DD=0&OUT=1&C=964-944-961-941&S=PCPIPCH-PCPI&CMP=0&x=51&y=12>, (Zugriff 29.08.2010)

Webseite des Internet Akademie und Lehrbuch Verlags: Definition der latenten

Arbeitslosigkeit: <http://www.teialehrbuch.de/Kostenlose-Kurse/VWL/5.4.5-Arten-der-Arbeitslosigkeit.html>, (Zugriff: 14.08.2010)

Webseite des Kriminologie – Lexikons Online:

Definition von Anomie:

http://www.krimlex.de/artikel.php?BUCHSTABE=&KL_ID=13,

(Zugriff: 16.09.2010)

Webseite des Lexikons der Bundeszentrale für politische Bildung:

Definition Kopenhagener Kriterien der EU:

http://www1.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=6WJSQA,

(Zugriff: 18.08.2010)

Webseite des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat):

a. Einkommensquintilverhältnis (S80/S20):

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tessi180&plugin=1>, (Zugriff: 28.08.2010),

b. Gini-Koeffizient:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tessi190&plugin=1>, (Zugriff: 28.08.2010),

c. Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tessi010&plugin=1>, (Zugriff: 27.08.2010),

d. Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tssi250&plugin=1>, (Zugriff: 27.08.2010),

- e. Sozialausgaben Euro je Einwohner:
http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=spr_exp_fto&lang=de, (Zugriff: 27.08.2010)

Webseite des Statistischen Bundesamtes:

- a. Definition der Armutsgefährdungsquote: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html>,

(Zugriff: 15.09.2010),

- b. Definition der Armutsgefährdungsschwelle: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A2armutsgefaehrungsschwellen.html>,

(Zugriff: 15.09.2010)

Webseite der World Bank: Catalog Source: World Development Indicators, Doing Business Project:

- a. Unemployment, total in %:
<http://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?page=3&display=default>,

(Zugriff: 25.08.2010),

- b. Time required to start a business (days):
<http://data.worldbank.org/indicator/IC.REG.DURS?page=1>, (Zugriff: 27.08.2010),

- c. Start-up procedures to register a business (number):
<http://data.worldbank.org/indicator/IC.REG.PROC?page=1>, (Zugriff: 28.08.2010)

Webseite der Weltbank für Entwicklung und Wiederaufbau,

- a. Transition indicators by county:
<http://www.ebrd.com/pages/research/analysis/forecasts.shtml>, (Zugriff: 22.08.2010),

- b. Economic statistics and forecasts. Economic statistics and forecasts:

Slovenia: <http://www.ebrd.com/downloads/research/economics/slovenia.pdf>, (Zugriff: 29.08.2010),

Poland: <http://www.ebrd.com/downloads/research/economics/poland.pdf>, (Zugriff: 29.08.2010),

Hungary: <http://www.ebrd.com/downloads/research/economics/hungary.pdf>, (Zugriff: 29.08.2010),

Latvia: <http://www.ebrd.com/downloads/research/economics/latvia.pdf>,

(Zugriff: 29.08.2010),

- c. Transition Indicators Methodology:
http://www.ebrd.com/pages/research/analysis/surveys/ti_methodology.shtml, (Zugriff: 29.08.2010)

Webseite der Wirtschaftslehre.de: Definition der Magischen Viereck: <http://www.wirtschaftslehre.de/magisches-viereck.html>, (Zugriff: 16.11.2010)

Webseite des Wirtschaftslexikon24.net:

- a. Definition Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS):
<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/gemeinschaft-unabhaengiger-staaten-gus/gemeinschaft-unabhaengiger-staaten-gus.htm>, (Zugriff: 16.08.2010),
- b. Definition der peripherer Kapitalismus:
<http://www.wirtschaftslexikon24.net/e/kapitalismus-peripherer/kapitalismus-peripherer.htm>, (Zugriff: 20.08.2010)

Zerkalo Nedeli (1995): Latvijskij opyt privatisaziji. Gespräch mit lettischem Privatisierungsminister Druvis Skulte. Nr. 16 (29), Webseite:
<http://www.zn.ua/2000/2250/41522/>, (Zugriff: 08.10.2010)

Zudin, Alexej (2006): Gosudarstvo i Business v Rossiji: evoluzija modeli vsaimootnoschenij. In: zhurnal „Neprikosnovennyj sapas“, Nr. 6 (50), Webseite:
<http://www.intelros.ru/index.php?newsid=289>, (Zugriff: 03.05.2010)

Anhang

Slovenia country profile

The Slovene lands were part of the Austro-Hungarian Empire until the latter's dissolution at the end of World War I. In 1918, the Slovenes joined the Serbs and Croats in forming a new multinational state, which was named Yugoslavia in 1929. After World War II, Slovenia became a republic of the renewed Yugoslavia, which though Communist, distanced itself from Moscow's rule. Dissatisfied with the exercise of power by the majority Serbs, the Slovenes succeeded in establishing their independence in 1991 after a short 10-day war. Slovenia acceded to both NATO and the EU in the spring of 2004; it joined the eurozone in 2007.

- Full name: Republic of Slovenia
- Capital: Ljubljana
- President: Danilo Turk
- Prime Minister: Borut Pahor
- Population: 2 Million (UN, 2010)
- Area: 20,273 sq km (7,827 sq miles)
- Major Language: Slovene
- Major Religion: Christianity
- Life expectancy: 75 years (men), 83 years (women) (UN)
- Monetary Unit: Euro
- Main exports: Machinery and transport equipment, chemicals, household goods
- GNI per capita: US \$23,520 (World Bank, 2009)

Quelle: The World Factbook, BBC (2010)

Poland country profile

Poland is an ancient nation that was conceived near the middle of the 10th century. Its golden age occurred in the 16th century. During the following century, the strengthening of the gentry and internal disorders weakened the nation. In a series of agreements between 1772 and 1795, Russia, Prussia, and Austria partitioned Poland amongst themselves. Poland regained its independence in 1918 only to be overrun by Germany and the Soviet Union in World War II. It became a Soviet satellite state following the war. Labor turmoil in 1980 led to the formation of the independent trade union "Solidarity". Poland held its first multiparty elections in 1990 and initiated a free market economy Poland joined NATO in 1999 and the European Union in 2004. With its transformation to a democratic, market-oriented country largely completed, Poland is an increasingly active member of Euro-Atlantic organizations.

- Full name: Republic of Poland
- Capital: Warsaw
- President: Bronislaw Komorowski
- Prime Minister: Donald Tusk
- Population: 38.0 Million (UN, 2010)
- Area: 312,685 sq km (120,728 sq miles)
- Major Language: Polish

- Major Religion: Christianity
- Life expectancy: 72 years (men), 80 years (women) (UN)
- Monetary Unit: 1 zloty = 100 groszy
- Main exports: Machinery and transport equipment, foodstuffs, chemicals
- GNI per capita: US \$12,260 (World Bank, 2009)

Quelle: The World Factbook, BBC (2010)

Hungary country profile

Hungary became a Christian kingdom in A.D. 1000 and for many centuries served as a bulwark against Ottoman Turkish expansion in Europe. The kingdom eventually became part of the polyglot Austro-Hungarian Empire, which collapsed during World War I. The country fell under Communist rule following World War II. In 1956, a revolt and an announced withdrawal from the Warsaw Pact were met with a massive military intervention by Moscow. Hungary held its first multiparty elections in 1990 and initiated a free market economy. It joined NATO in 1999 and the EU in 2004.

- Full name: Republic of Hungary
- President: Pal Schmitt
- Prime Minister: Viktor Orban
- Capital: Budapest
- Population: 10 Million (UN, 2010)
- Area: 93,030 sq km (35,919 sq miles)
- Major Language: Hungarian
- Major Religion: Christianity
- Life expectancy: 70 years (men), 78 years (women) (UN)
- Monetary Unit: Forint
- Main exports: Machinery and transport equipment, foodstuffs, chemicals
- GNI per capita: US \$12,980 (World Bank, 2009)

Quelle: The World Factbook, BBC (2010)

Latvia country profile

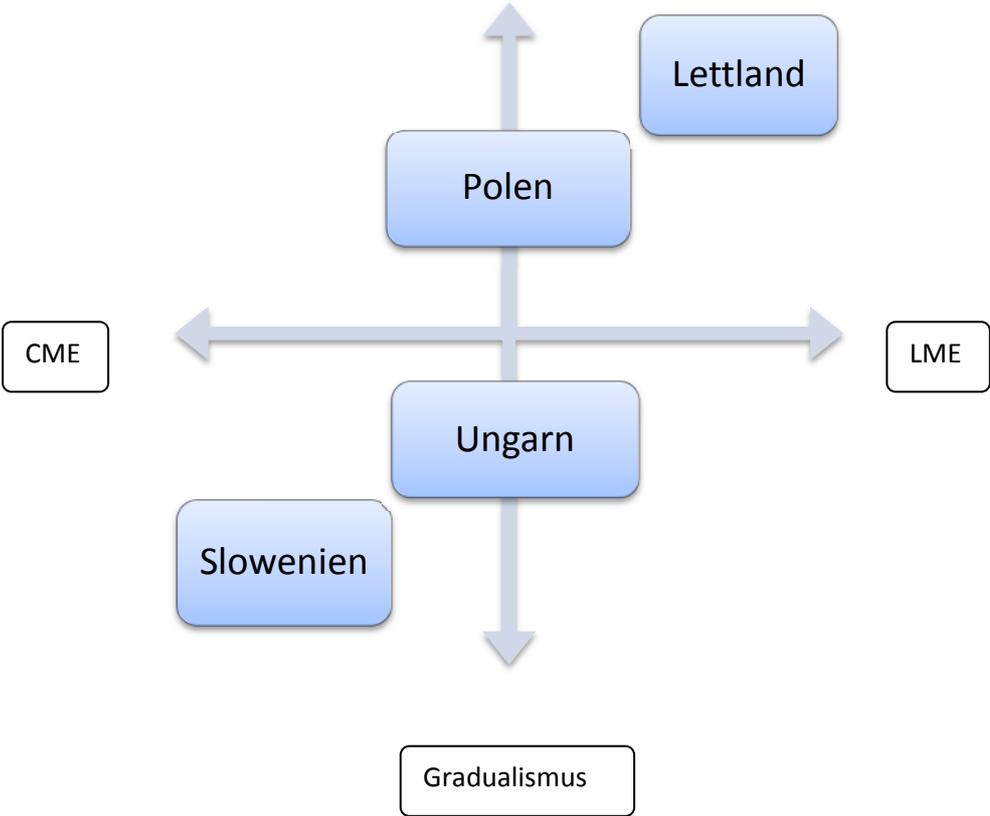
The name "Latvia" originates from the ancient Latgalians, one of four eastern Baltic tribes that formed the ethnic core of the Latvian people (ca. 8th-12th centuries A.D.). The region subsequently came under the control of Germans, Poles, Swedes, and finally, Russians. A Latvian republic emerged following World War I, but it was annexed by the USSR in 1940 - an action never recognized by the US and many other countries. Latvia reestablished its independence in 1991 following the breakup of the Soviet Union. Latvia joined both NATO and the EU in the spring of 2004.

- Full name: Republic of Latvia
- Population: 2.2 Million (UN, 2010)
- Capital: Riga
- President: Valdis Zatlers
- Prime Minister: Valdis Dombrovskis
- Area: 64,589 sq km (24,938 sq miles)

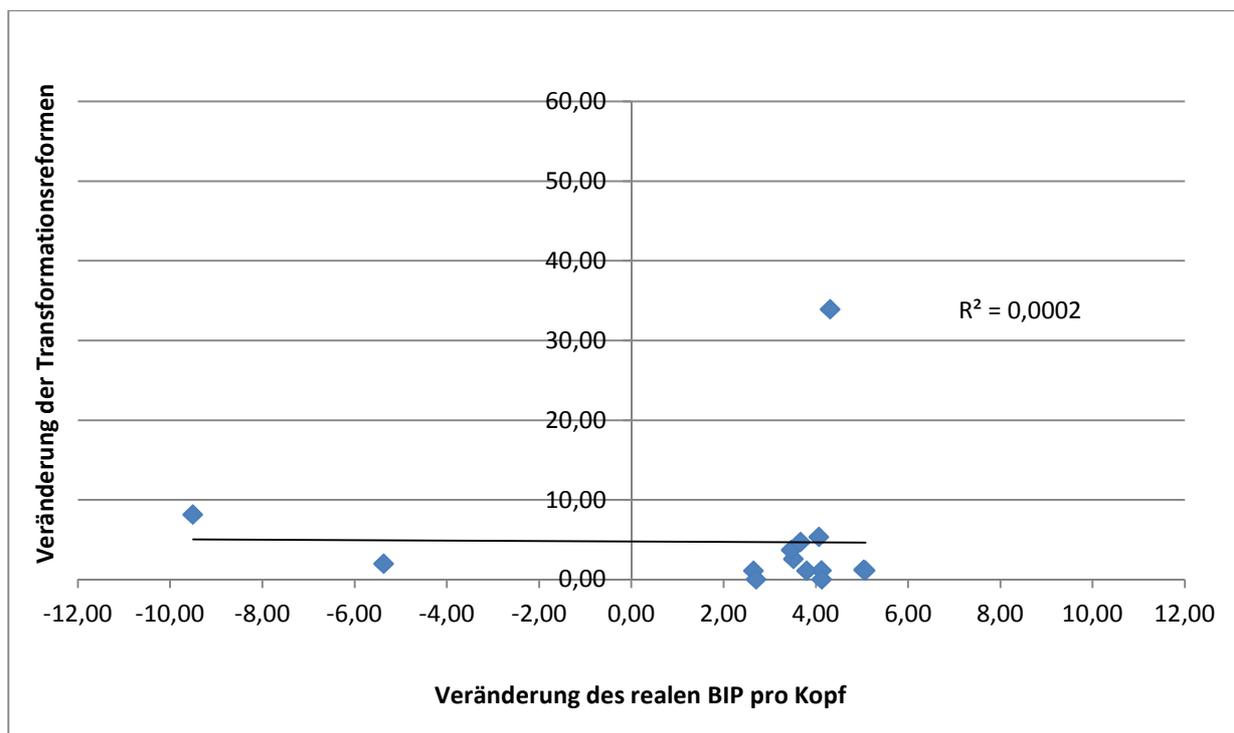
- Major Languages: Latvian, Russian
- Major Religion: Christianity
- Life expectancy: 69 years (men), 78 years (women) (UN)
- Monetary Unit: 1 lats = 100 santims
- Main exports: Timber and wood products, fish and fish products
- GNI per capita: US \$12,390 (World Bank, 2009)

Quelle: The World Factbook, BBC (2010)

Abb.: 1: Platzierung der Länder auf der zeitlichen Skala und der Skala der Kapitalismusarten

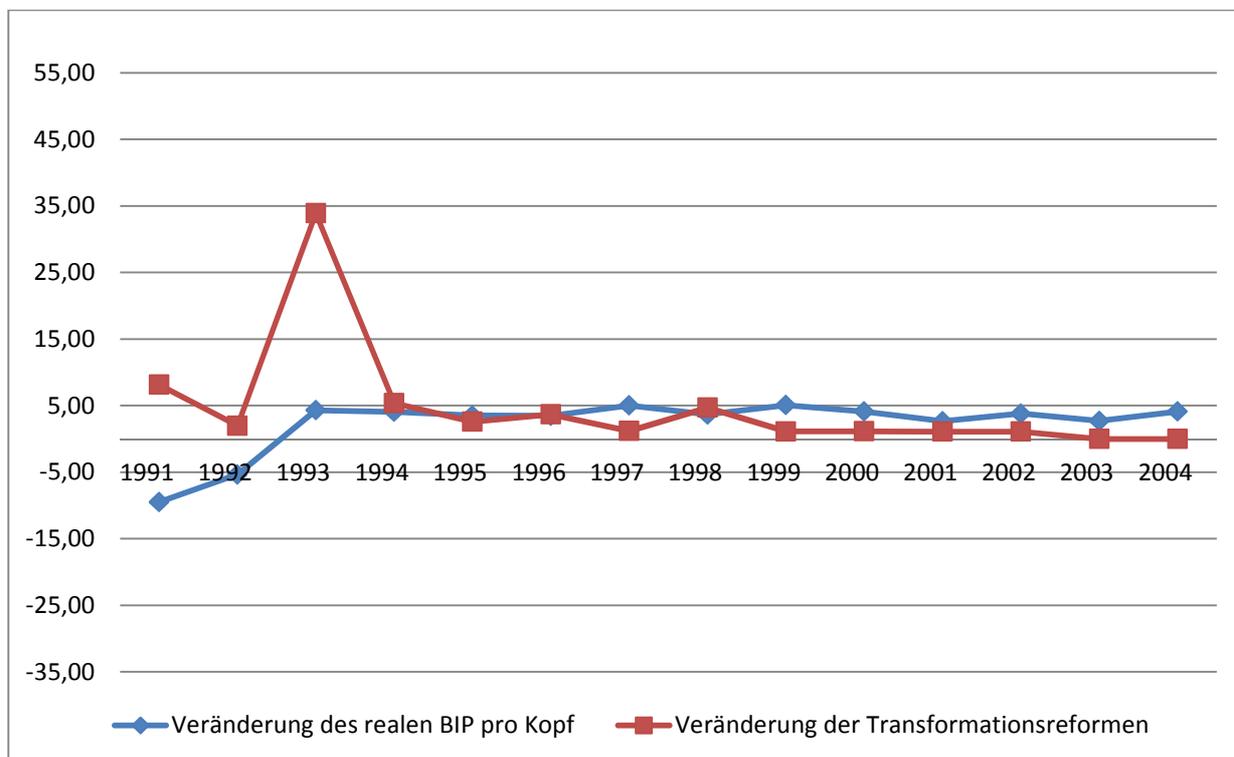


Tab.: 1: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Slowenien in %, 1991-2004



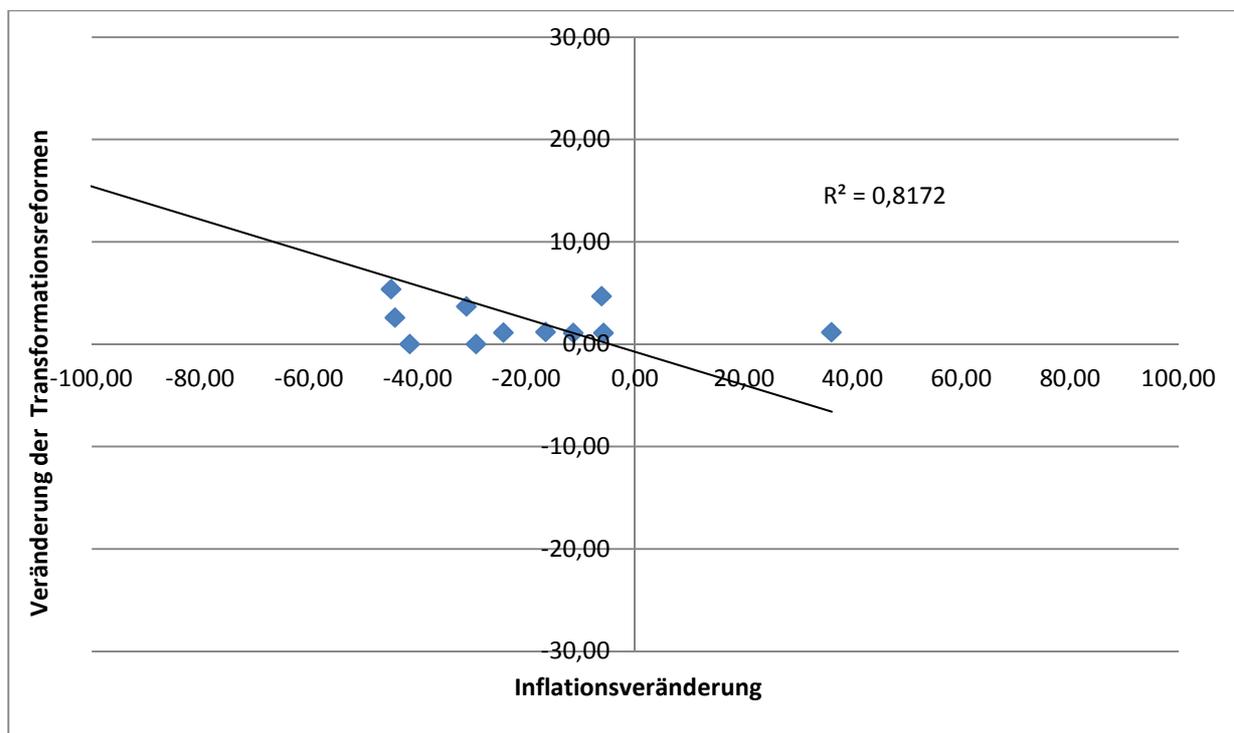
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 2: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Slowenien in %, 1991-2004



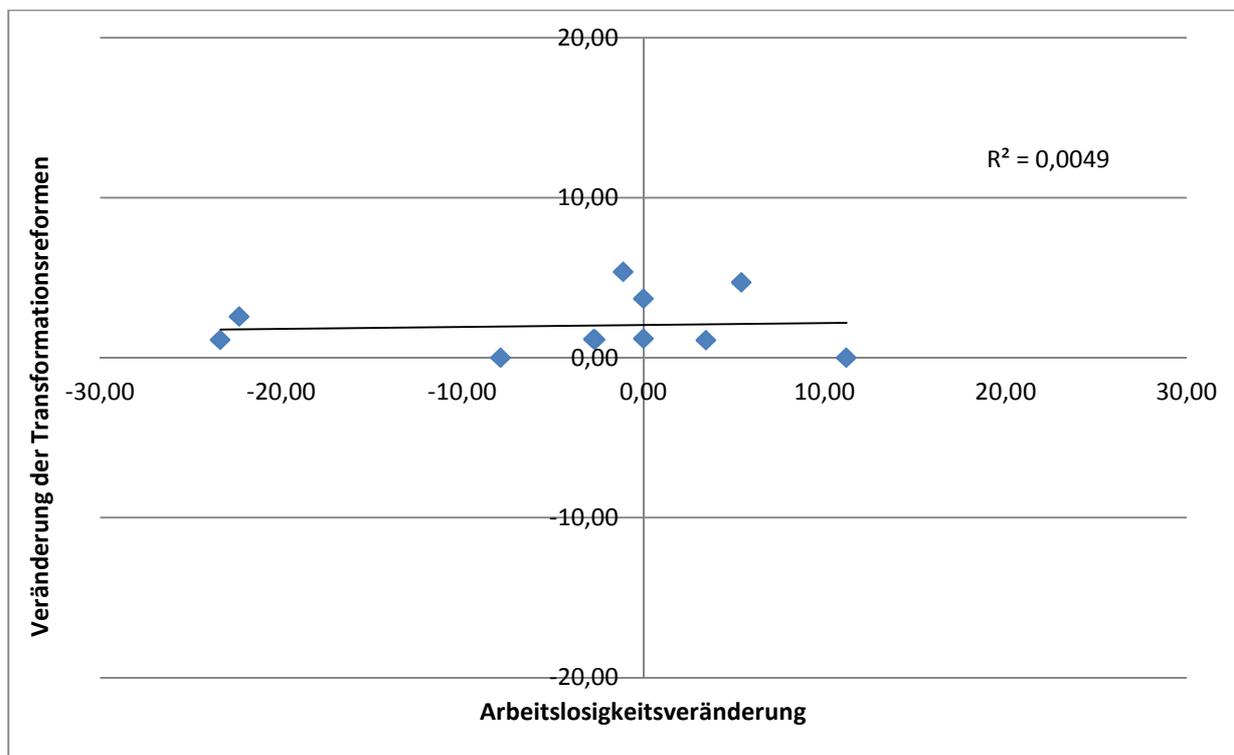
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 3: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Inflation in Slowenien in %, 1993-2004



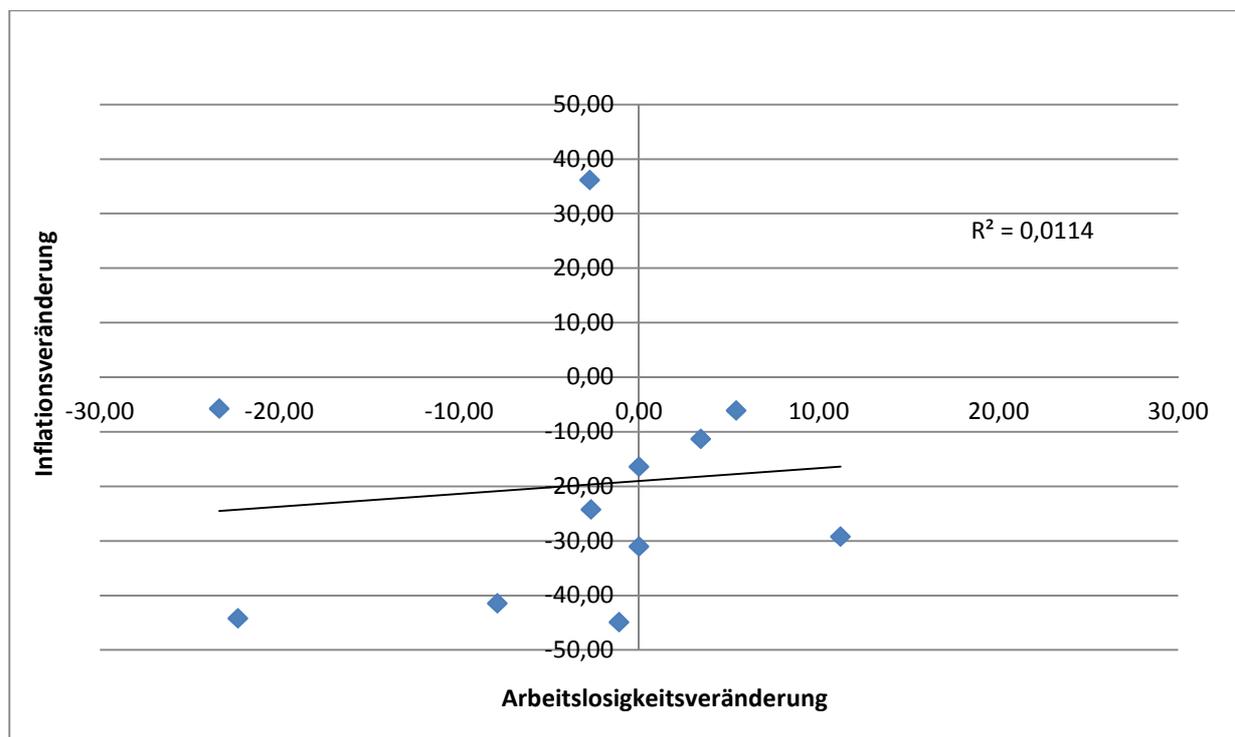
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 4: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Arbeitslosigkeit in Slowenien in %, 1994-2004



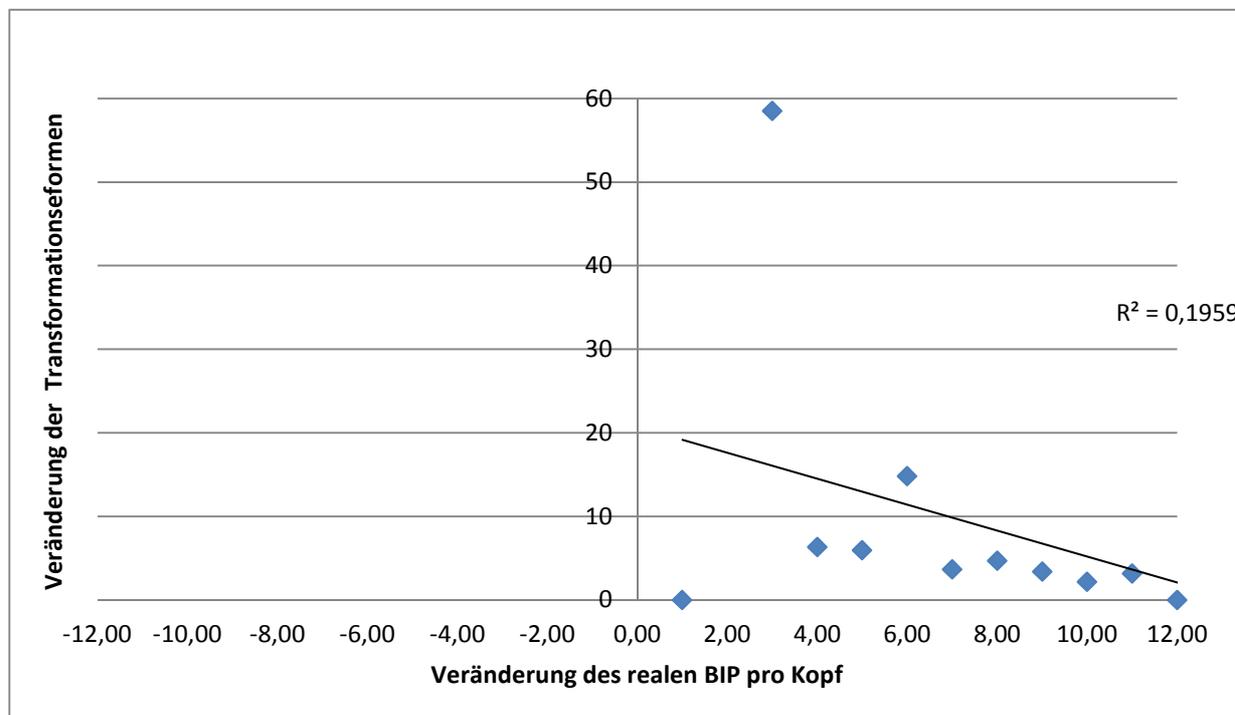
Quelle: EBRD, ILO und World Bank (2010), eigene Berechnung

Tab. 5: Jährliche Veränderung der Inflation und der Arbeitslosigkeit in Slowenien in %, 1994-2004



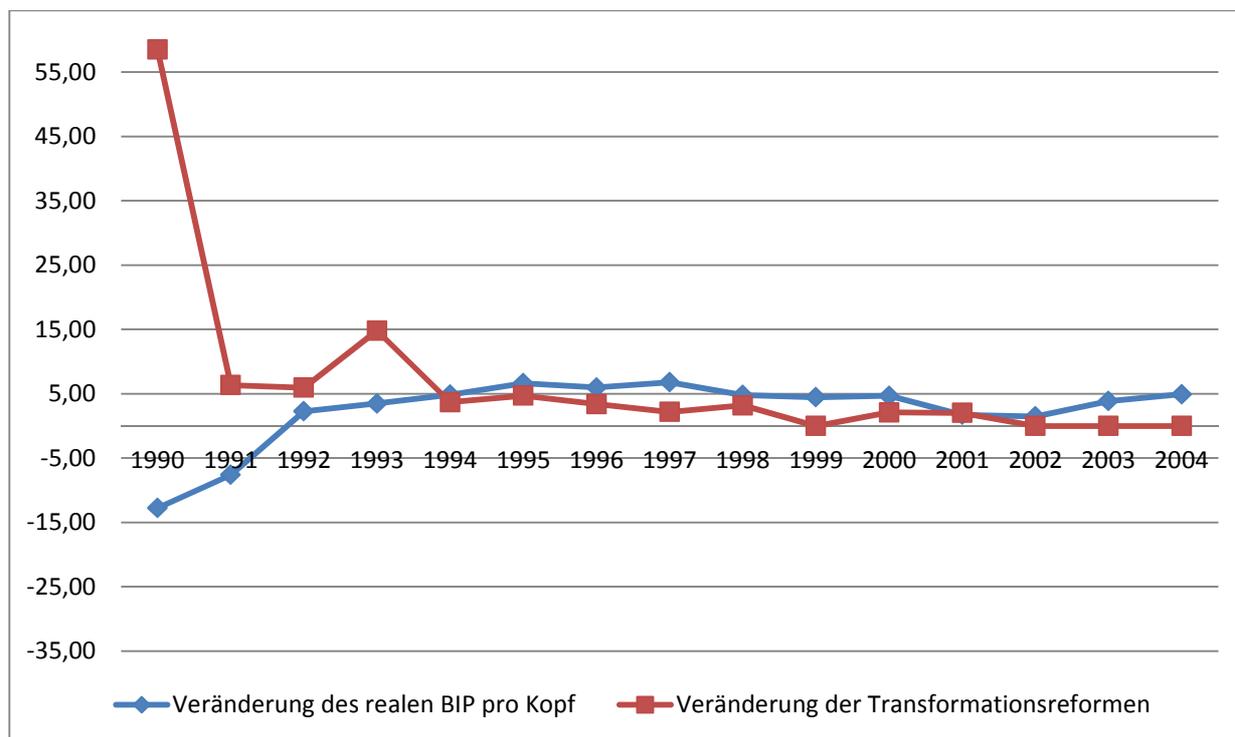
Quelle: ILO, World Bank und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 6: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Polen in %, 1990-2004



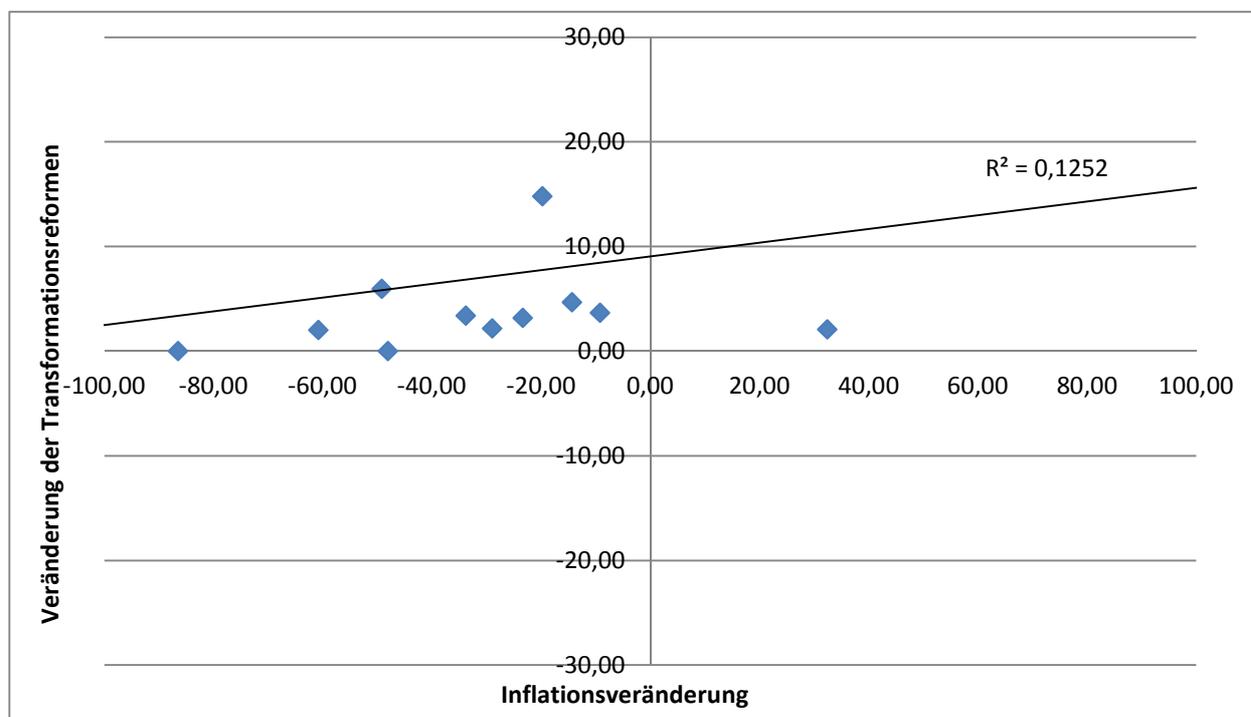
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 7: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Polen in %, 1990-2004



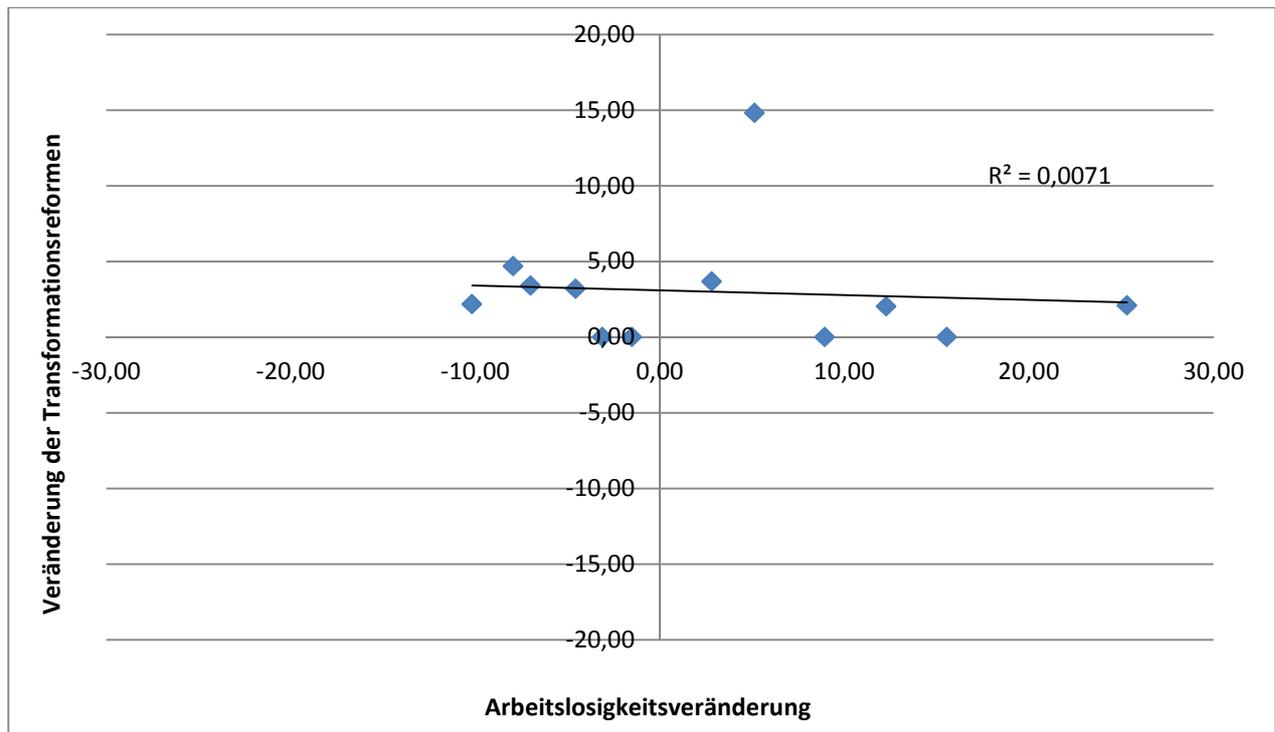
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 8: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Inflation in Polen in %, 1990-2004



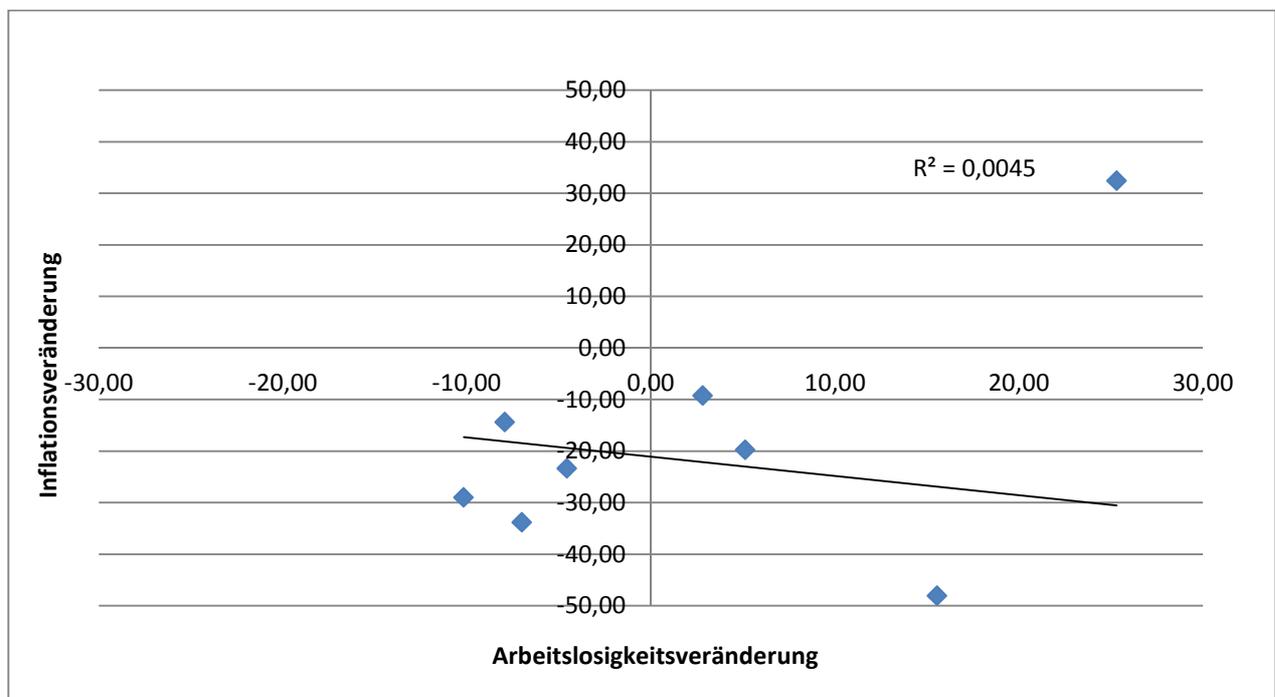
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 9: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Arbeitslosigkeit in Polen in %, 1993-2004



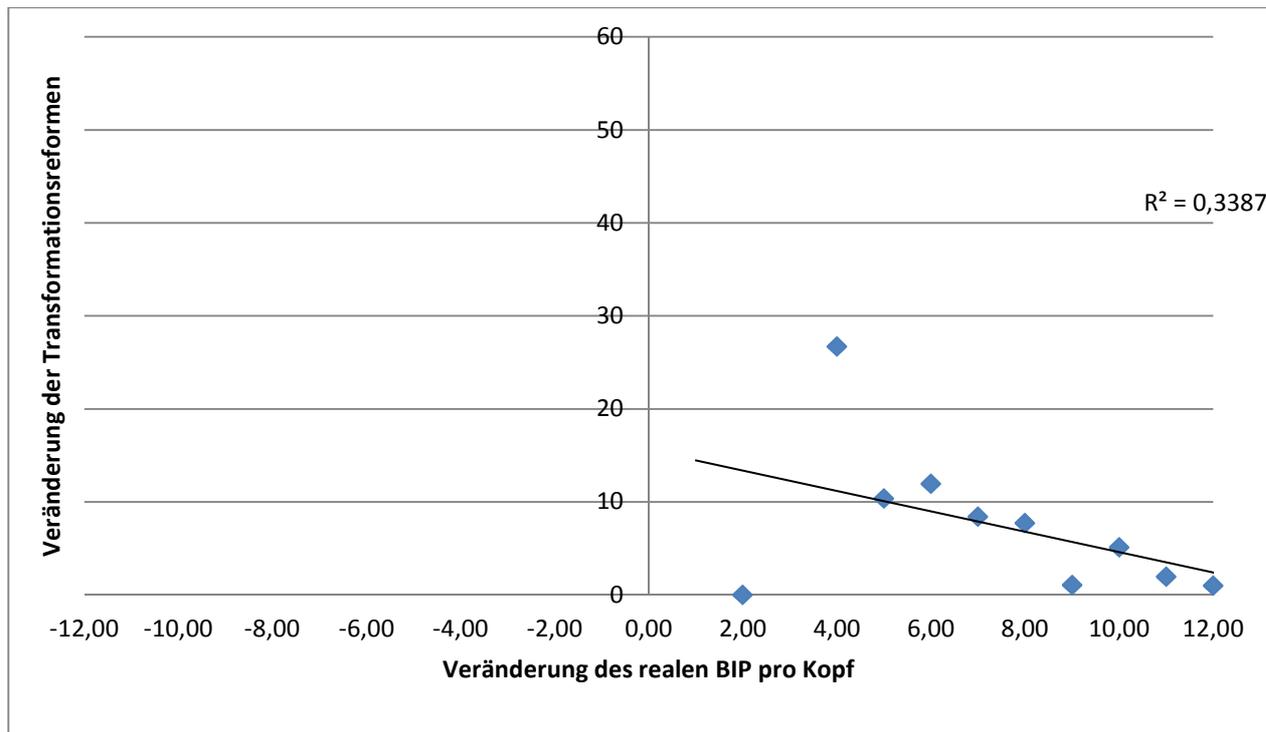
Quelle: EBRD, ILO und World Bank (2010), eigene Berechnung

Tab. 10: Jährliche Veränderung der Inflation und der Arbeitslosigkeit in Polen in %, 1993-2004



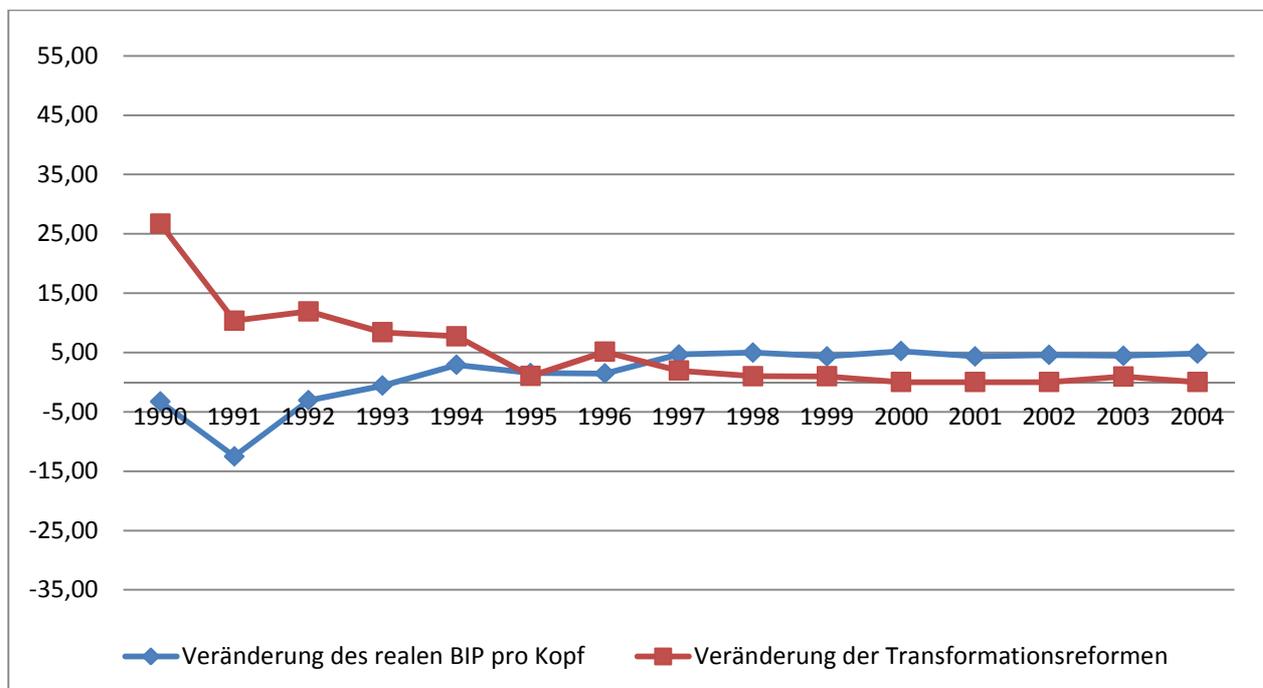
Quelle: ILO, World Bank und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 11: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Ungarn in %, 1990-2004



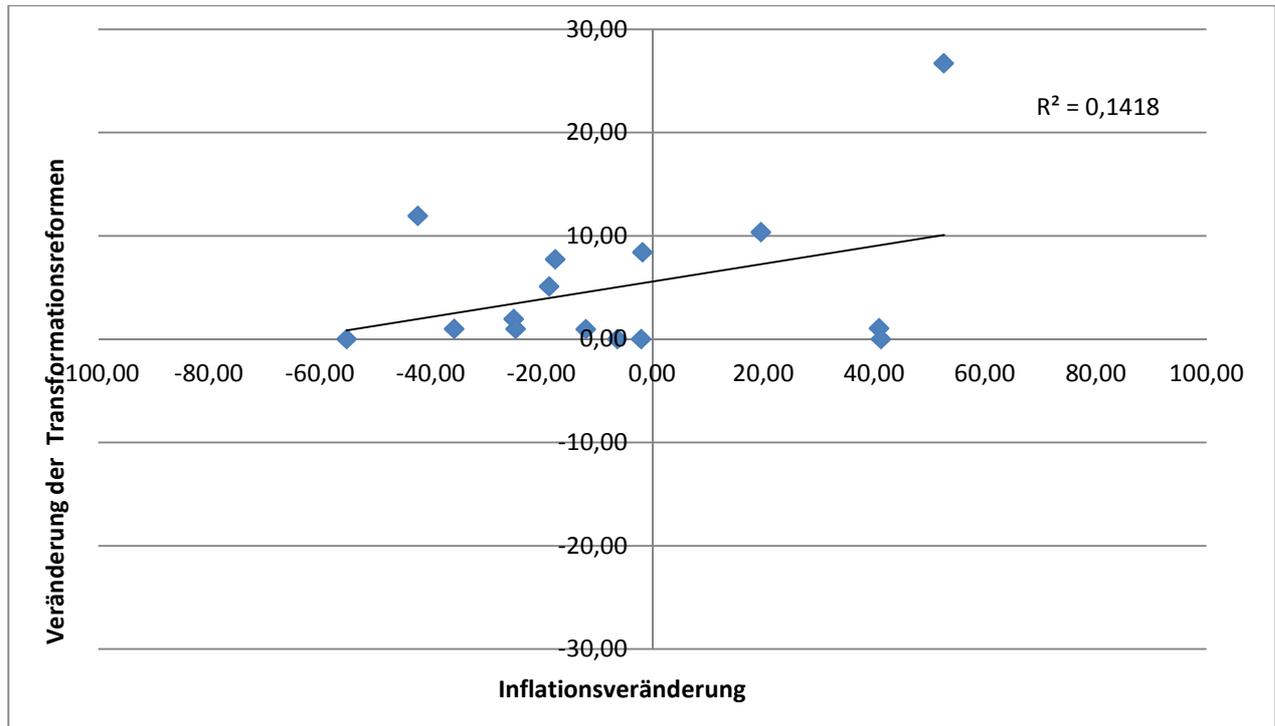
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 12: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Ungarn in %, 1990-2004



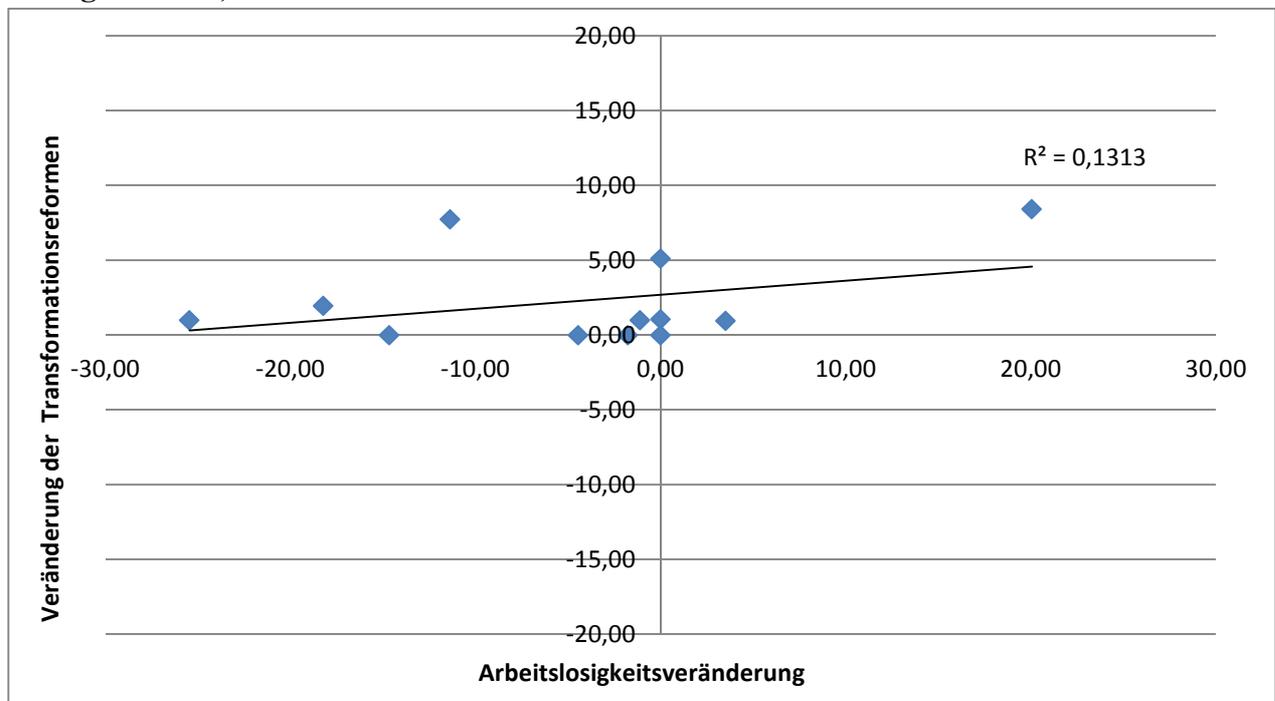
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 13: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Inflation in Ungarn in %, 1990-2004



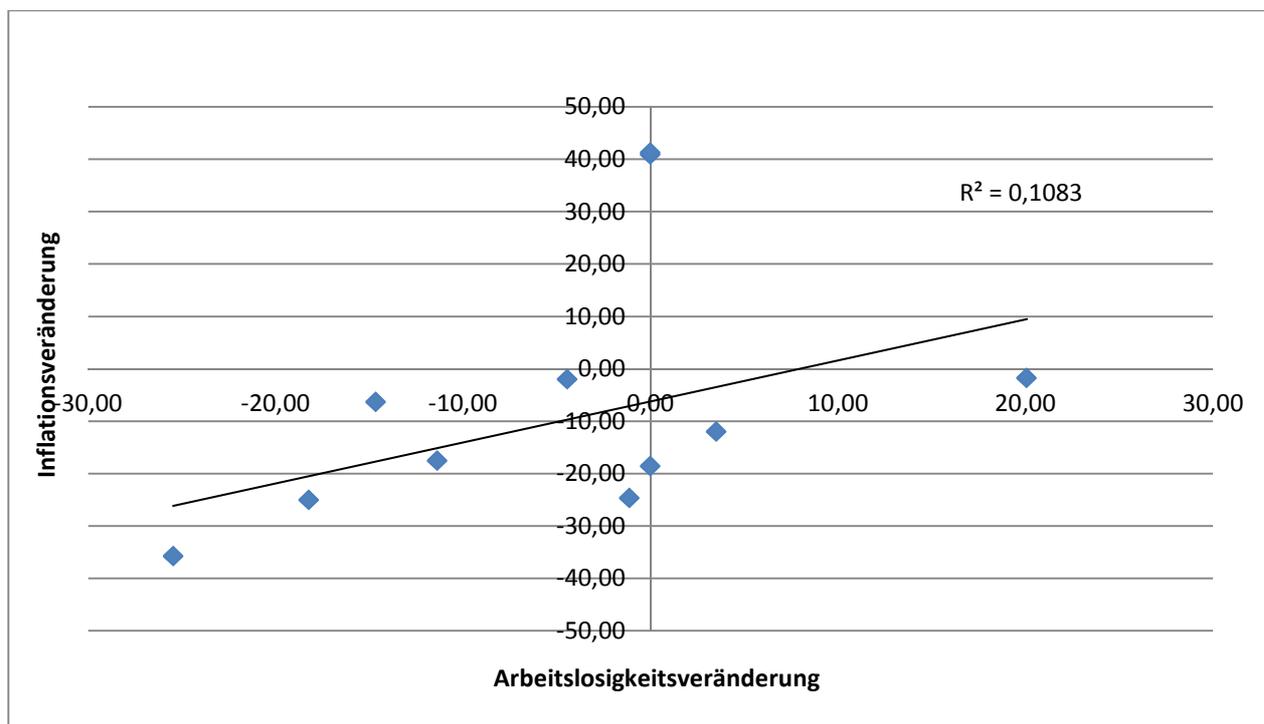
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 14: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Arbeitslosigkeit in Ungarn in %, 1993-2004



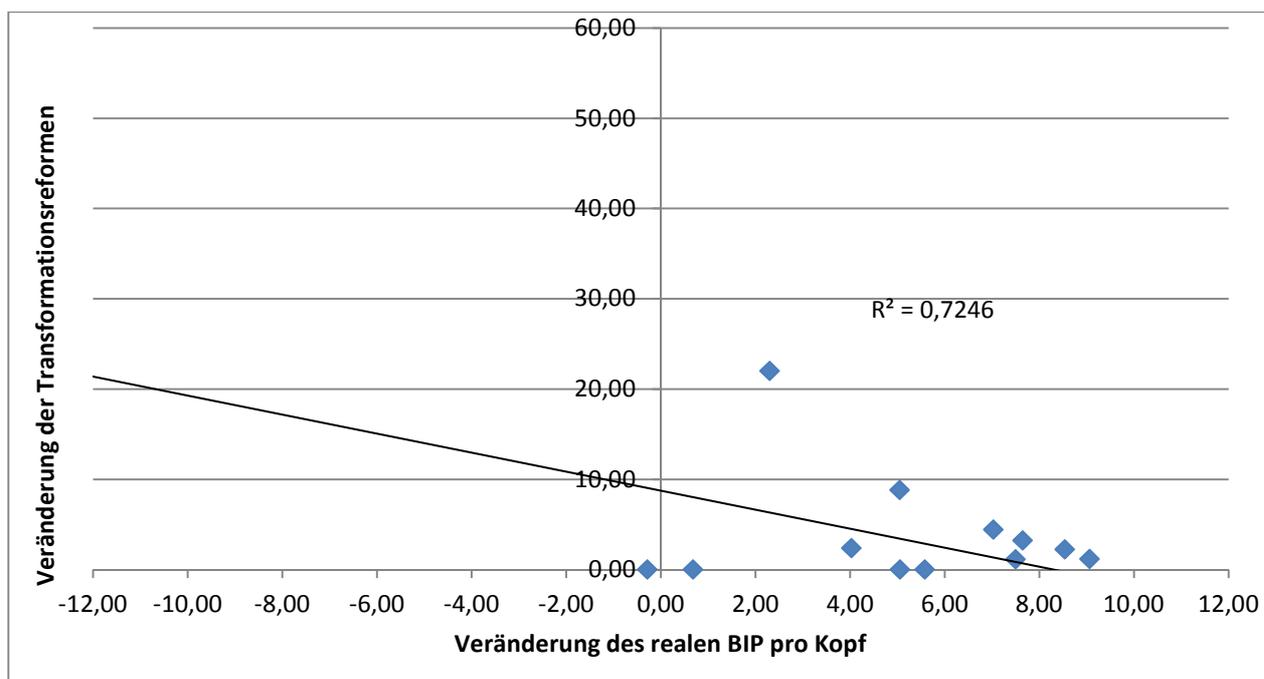
Quelle: EBRD, ILO und World Bank (2010), eigene Berechnung

Tab. 15: Jährliche Veränderung der Inflation und der Arbeitslosigkeit in Ungarn in %, 1993-2004



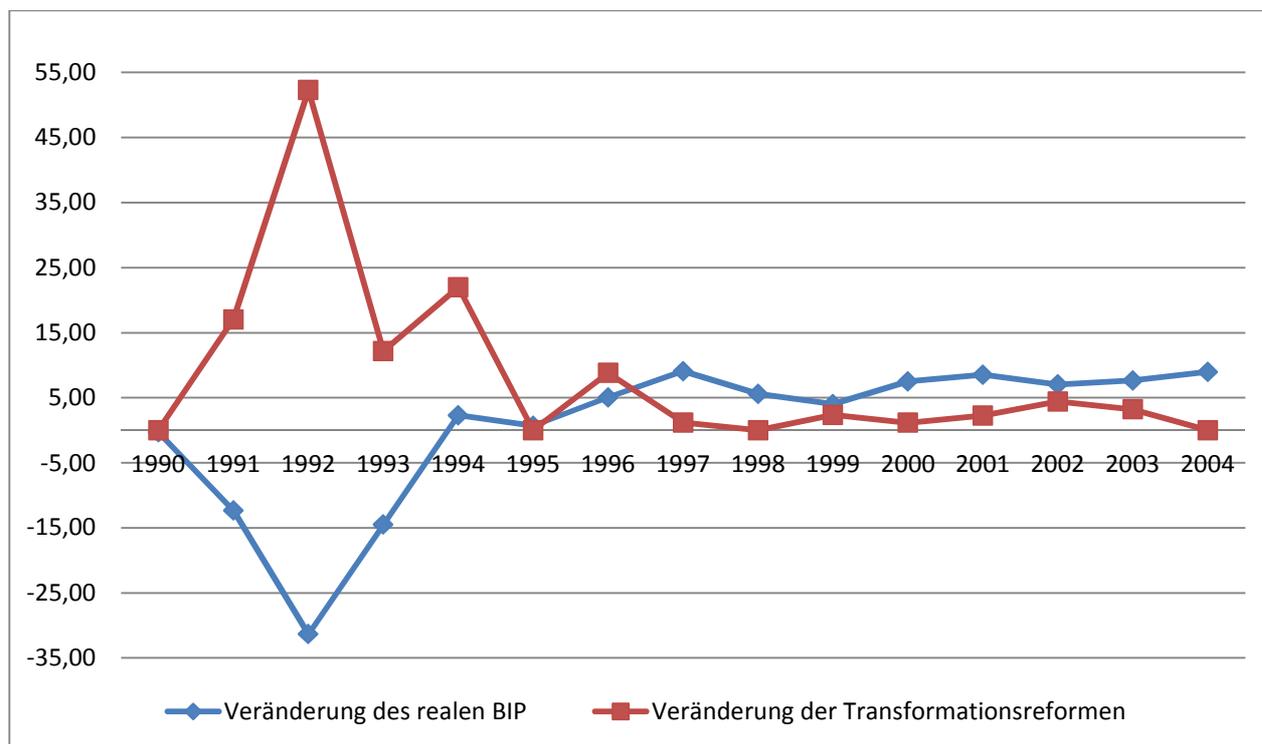
Quelle: ILO, World Bank und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 16: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Lettland in %, 1990-2004



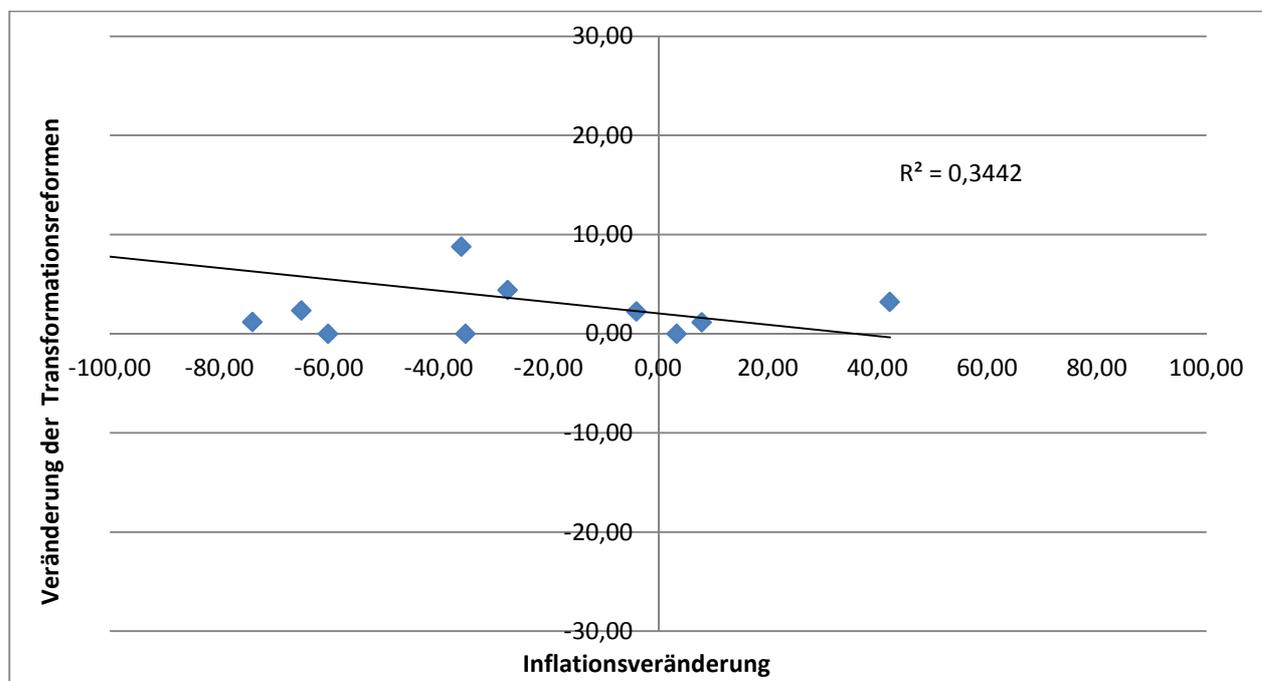
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 17: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des BIP-Wachstums in Lettland in %, 1990-2004



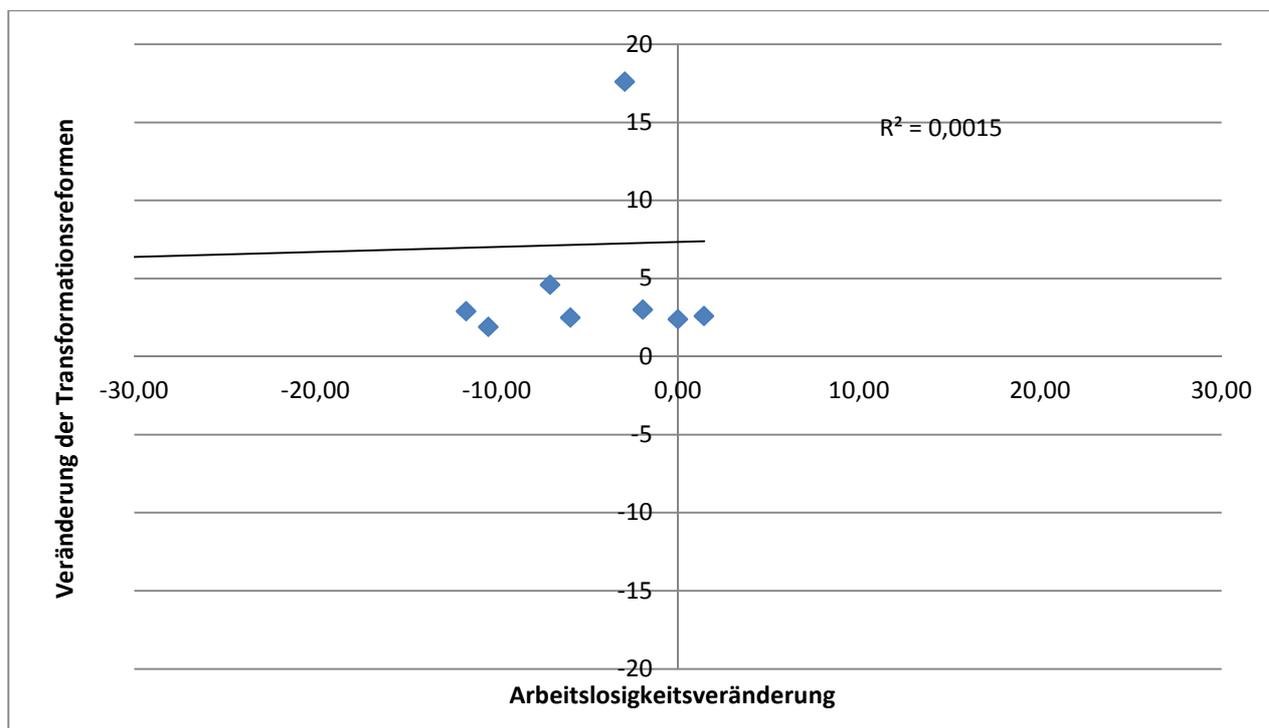
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 18: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Inflation in Lettland in %, 1993-2004



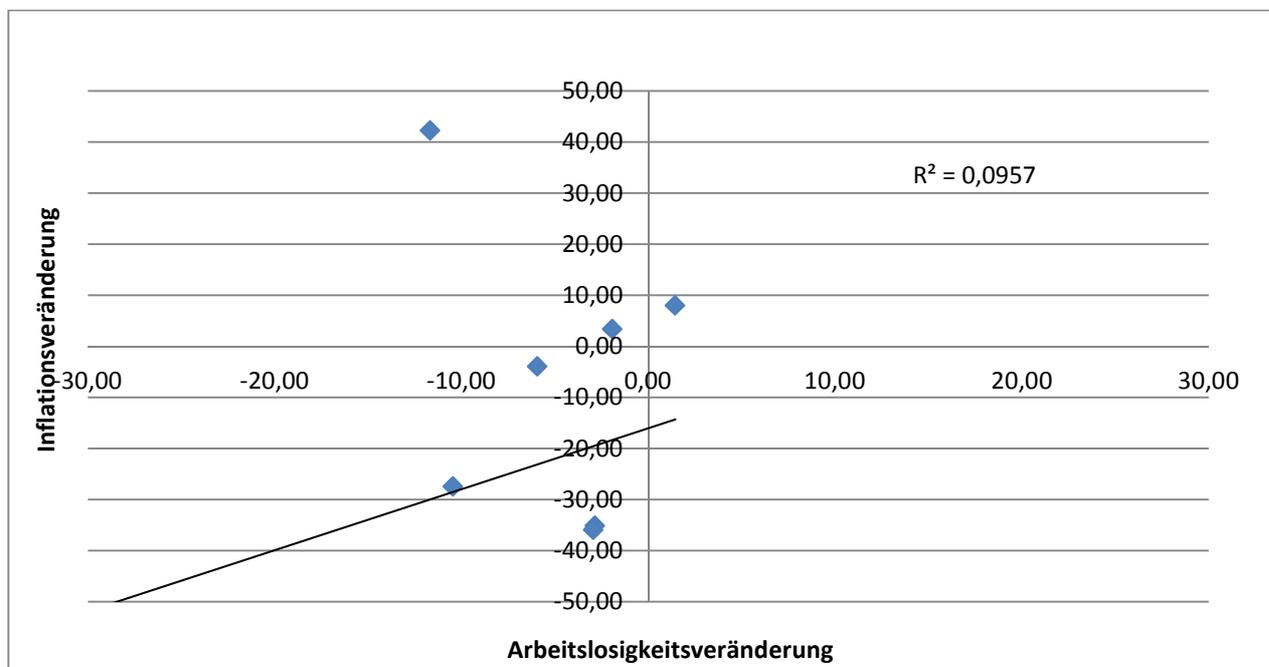
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 19: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und der Arbeitslosigkeit in Lettland in %, 1995-2004



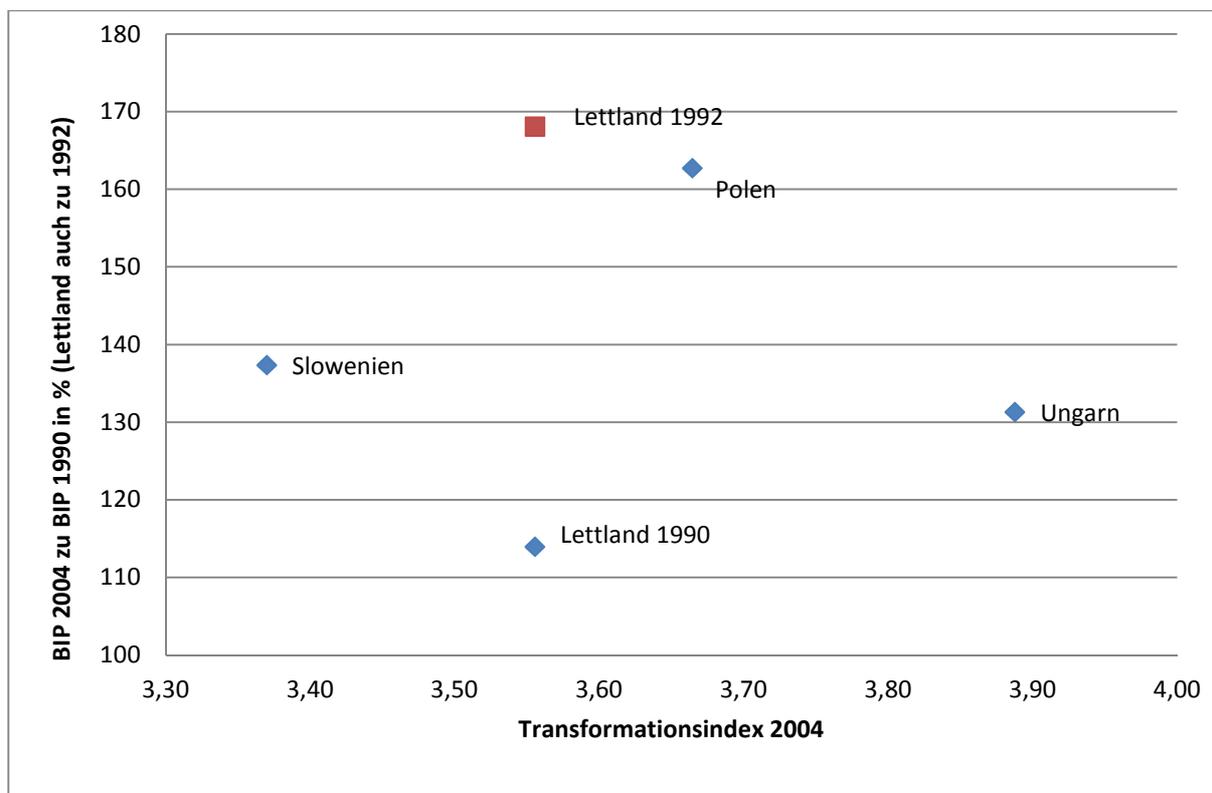
Quelle: EBRD, ILO und World Bank (2010), eigene Berechnung

Tab. 20: Jährliche Veränderung der Arbeitslosigkeit und der Inflation in Lettland in %, 1995-2004



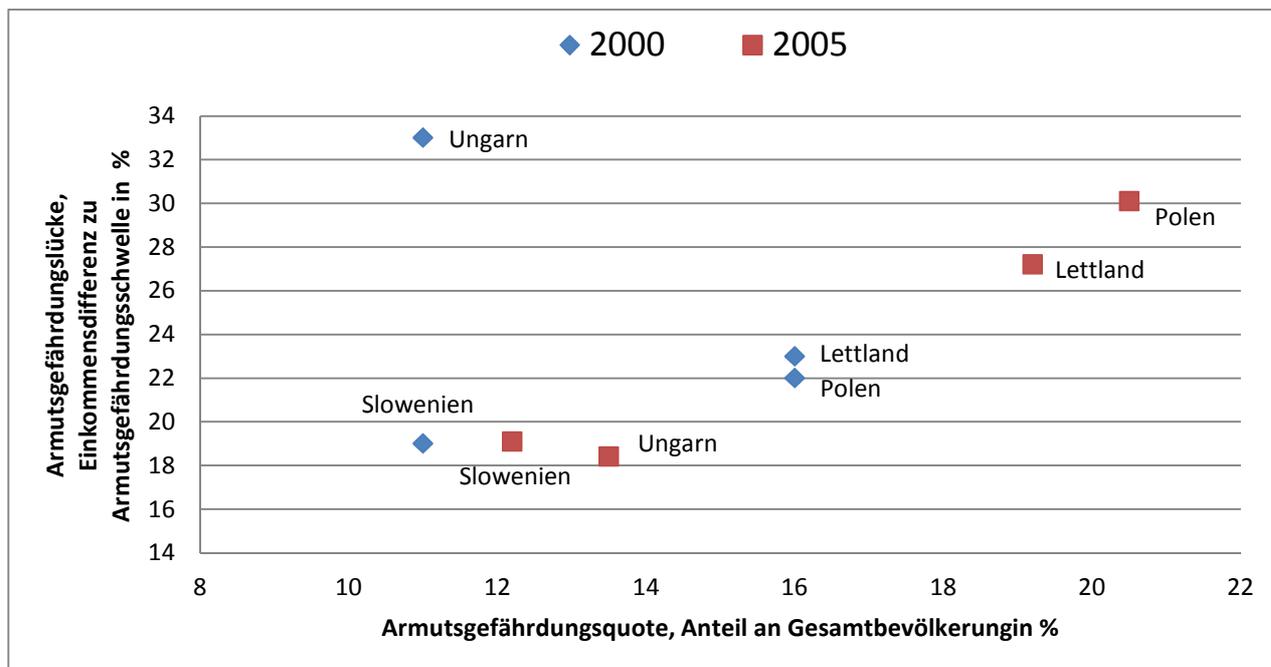
Quelle: ILO, World Bank und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 21: Jährliche Veränderung der Transformationsreformen und des realen BIP pro Kopf für alle Länder in %, 1990-2004 (für Lettland auch 1992)



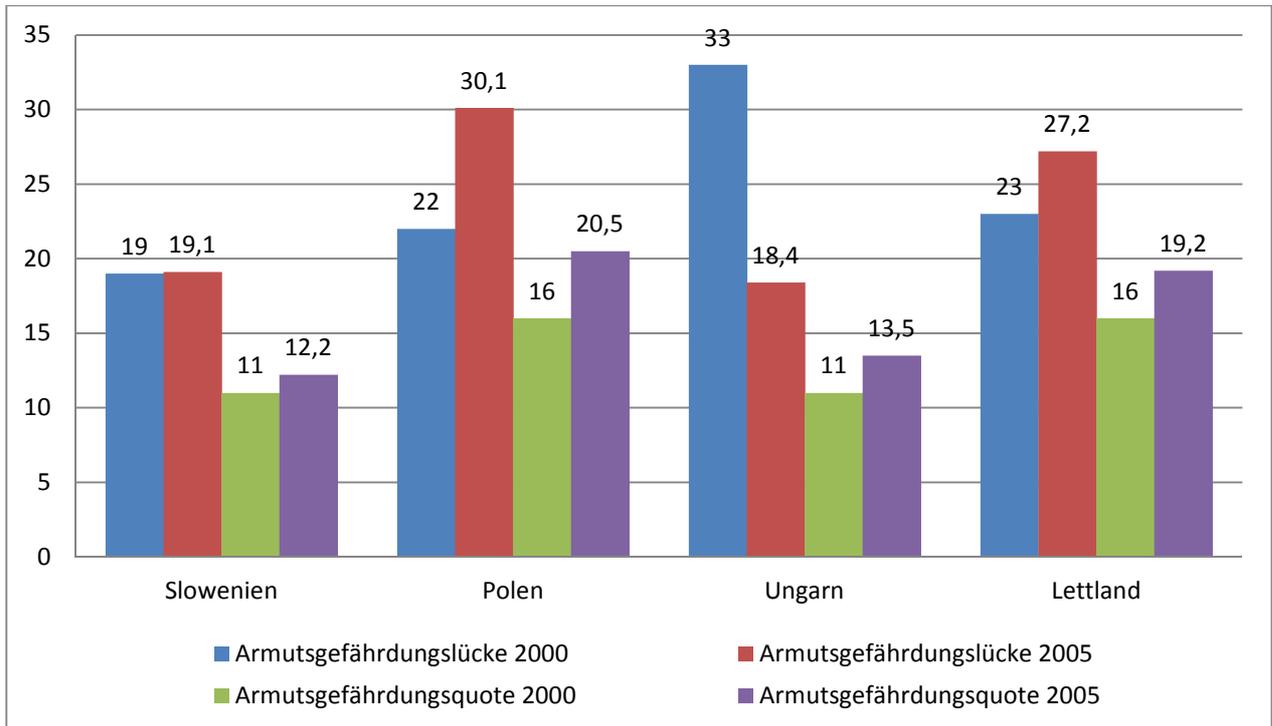
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 22: Armutsgefährdungsquote und -lücke für alle Länder für Jahre 2000 und 2005



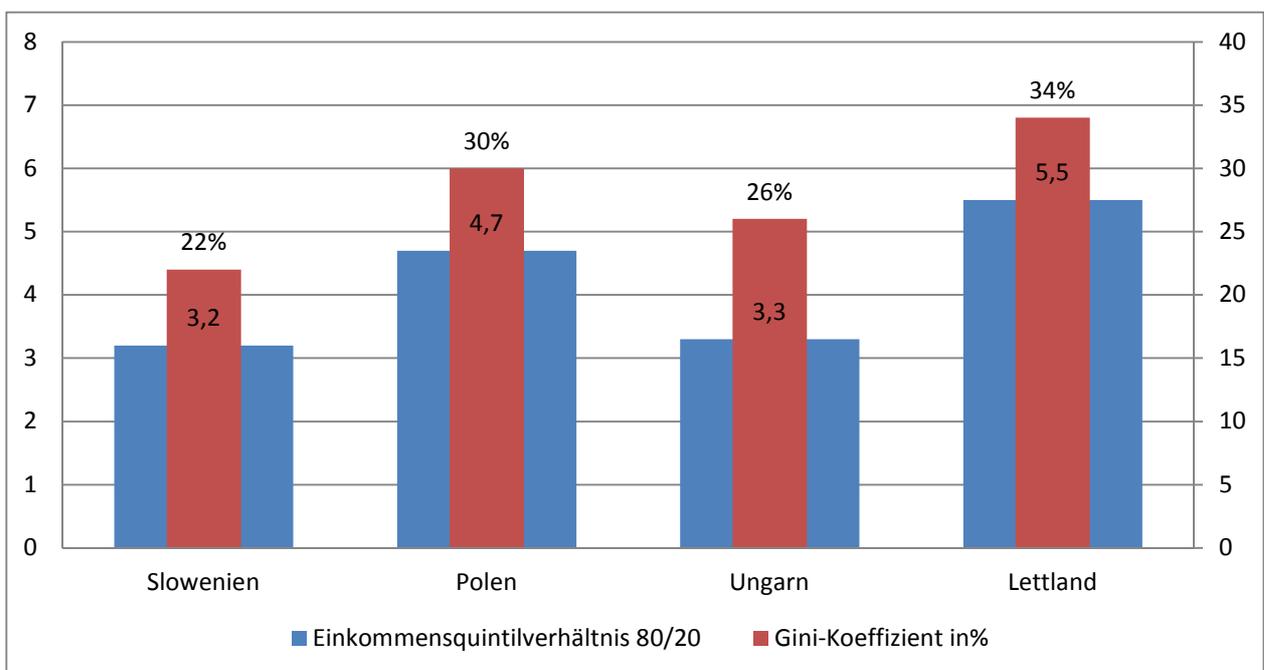
Quelle: Eurostat (2010), eigene Berechnung

Tab. 23: Vergleich der Armutsgefährdungslücke und der Armutsgefährdungsquote für alle Länder (Daten aus der Tabelle 22) für die Jahre 2000 und 2005



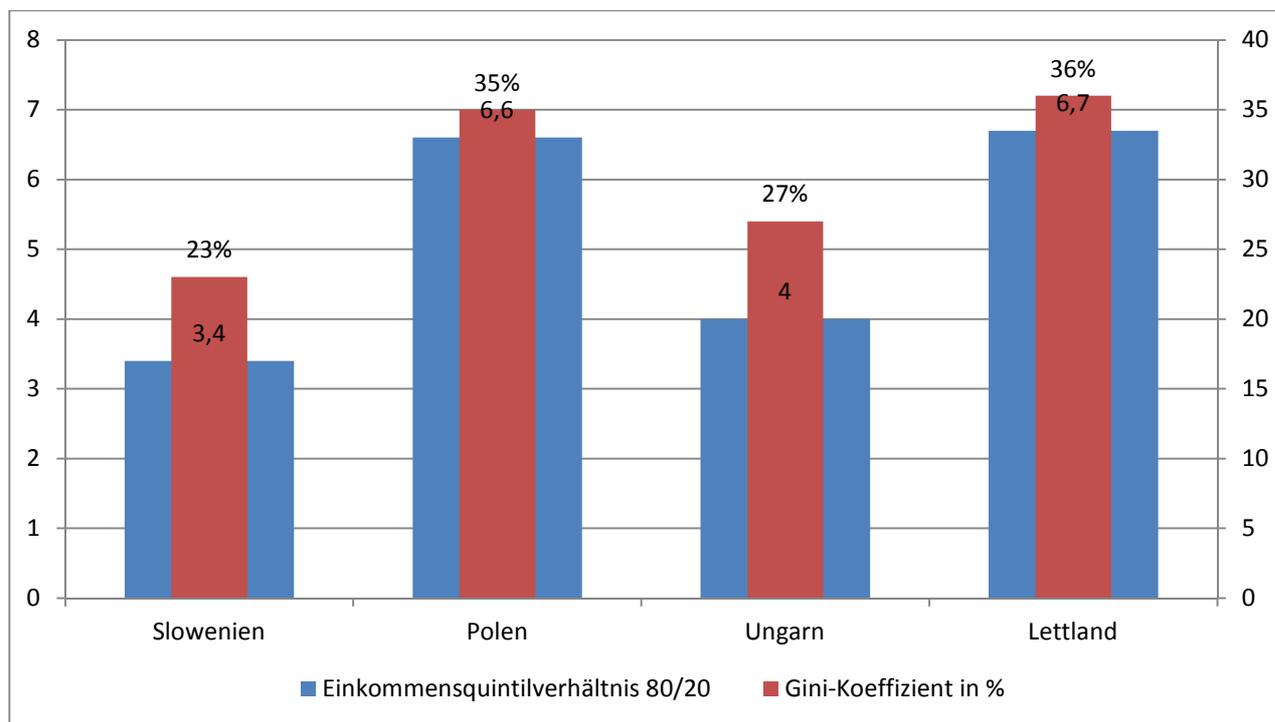
Quelle: Eurostat (2010), eigene Berechnung

Tab. 24: Einkommensverhältnis 80/20 und Gini-Koeffizient (%) für alle Länder im Jahr 2000



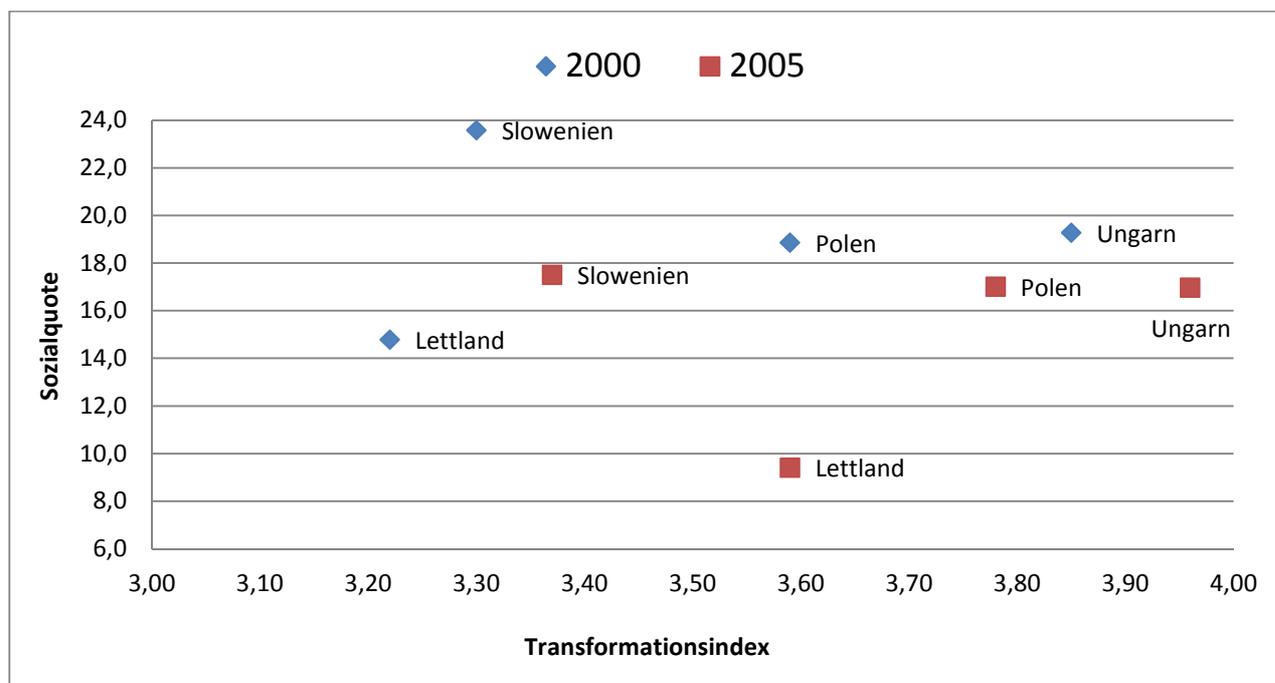
Quelle: Eurostat (2010), eigene Berechnung

Tab. 25: Einkommensverhältnis 80/20 und Gini-Koeffizient (%) für alle Länder im Jahr 2005



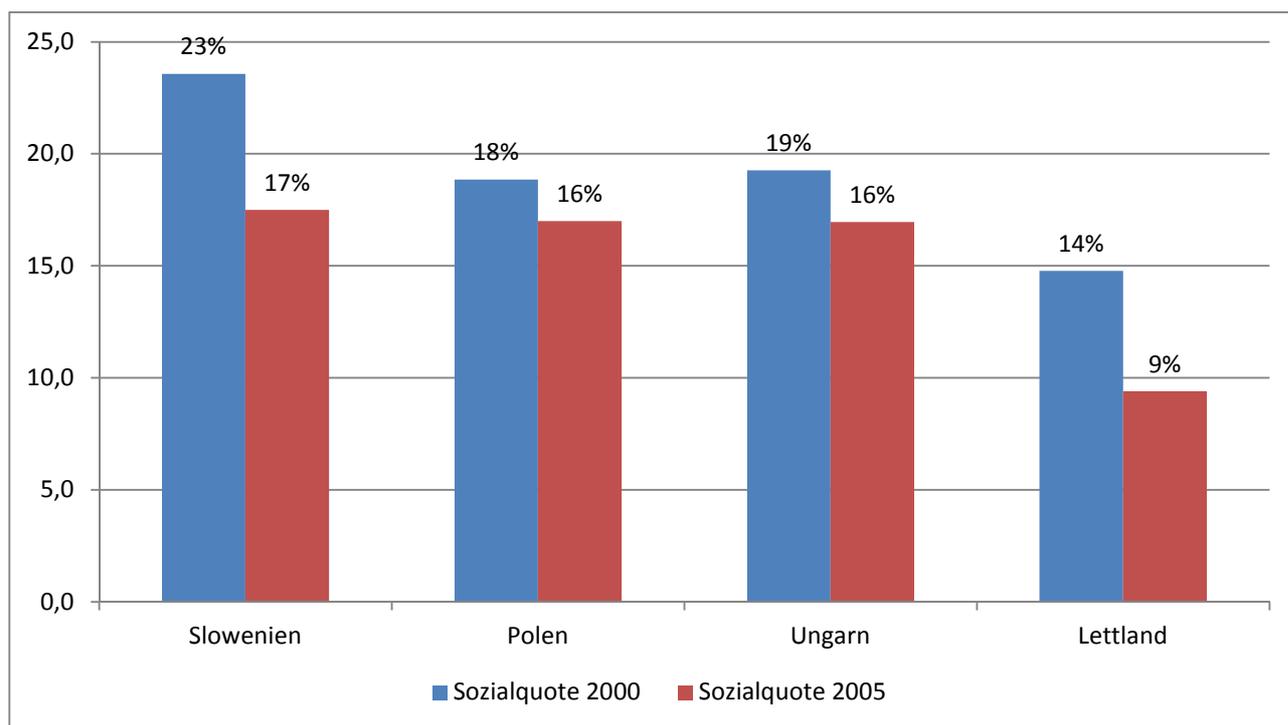
Quelle: Eurostat (2010), eigene Berechnung

Tab. 26: Transformationsindex und Sozialquote (%) für alle Länder in den Jahre 2000 und 2005



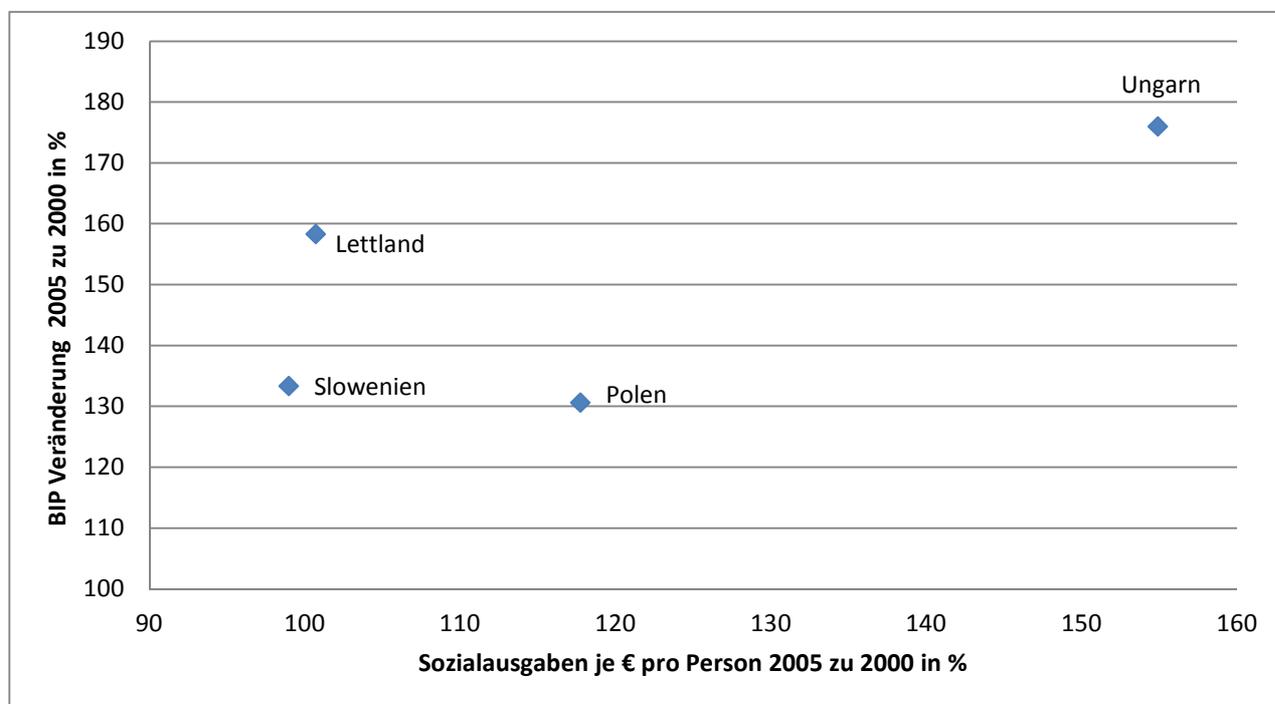
Quelle: Eurostat und EBRD (2010), eigene Berechnung

Tab. 27: Vergleich der Sozialquote (%) für alle Länder in den Jahren 2000 und 2005



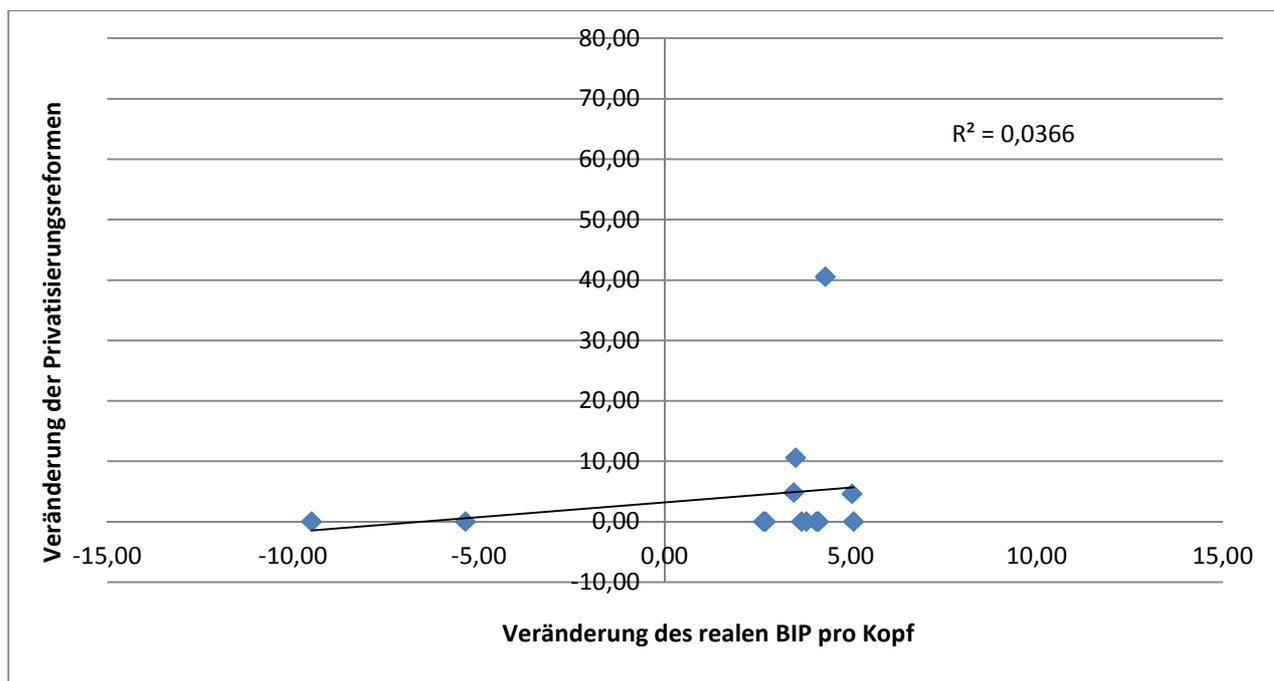
Quelle: Eurostat (2010), eigene Berechnung

Tab. 28: Prozentuale Veränderungen des realen BIP pro Kopf und der Sozialausgaben je € pro Person für alle Länder für die Jahre 2000 und 2005



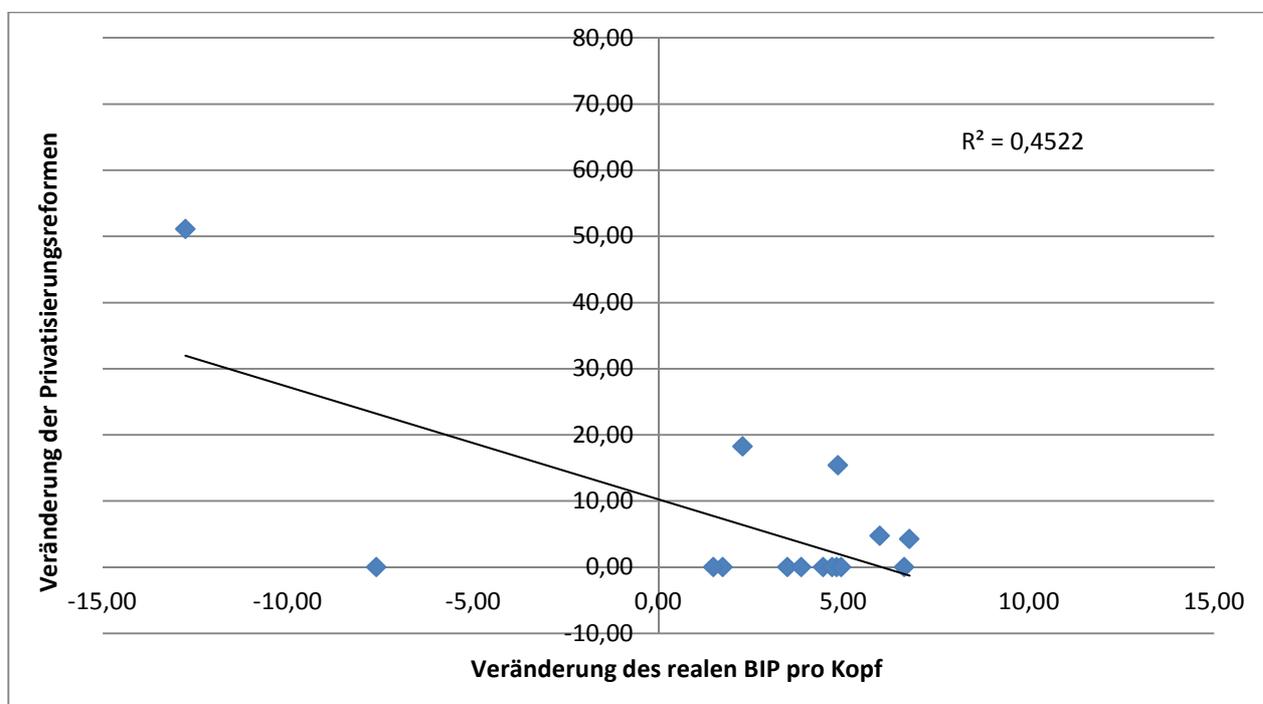
Quelle: Eurostat und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 29: Veränderung der Gesamtprivatisierung und des BIP-Wachstums für Slowenien, 1991-2004



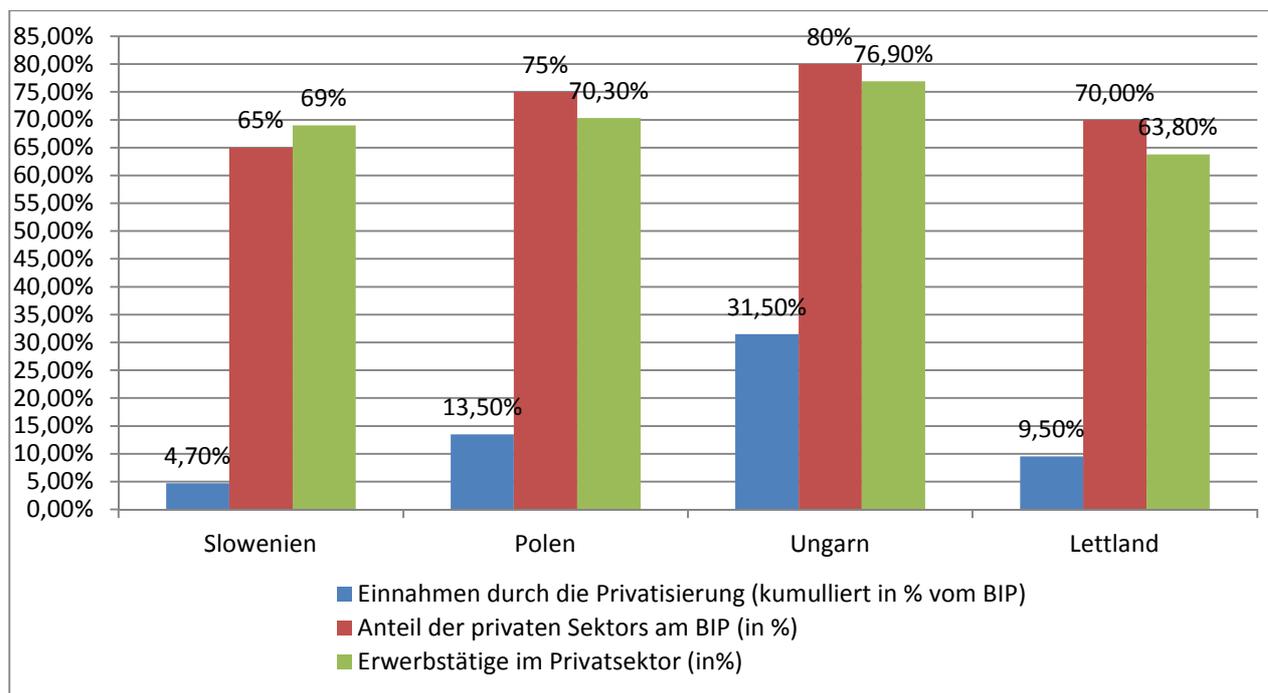
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 30: Veränderung der Gesamtprivatisierung und des BIP-Wachstums für Polen, 1990-2004



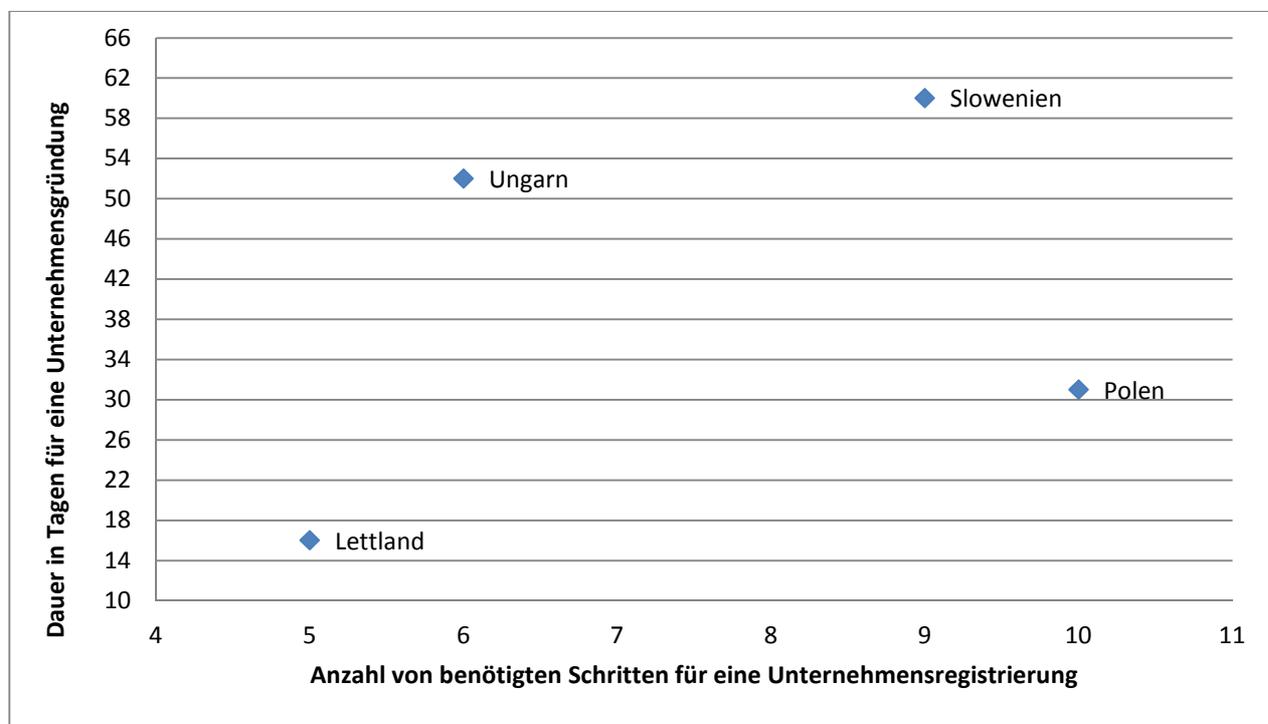
Quelle: EBRD und IWF (2010), eigene Berechnung

Tab. 33: Einnahmen durch die Privatisierung, Anteil des privaten Sektors am BIP, Erwerbstätige im Privatsektor für das Jahr 2004



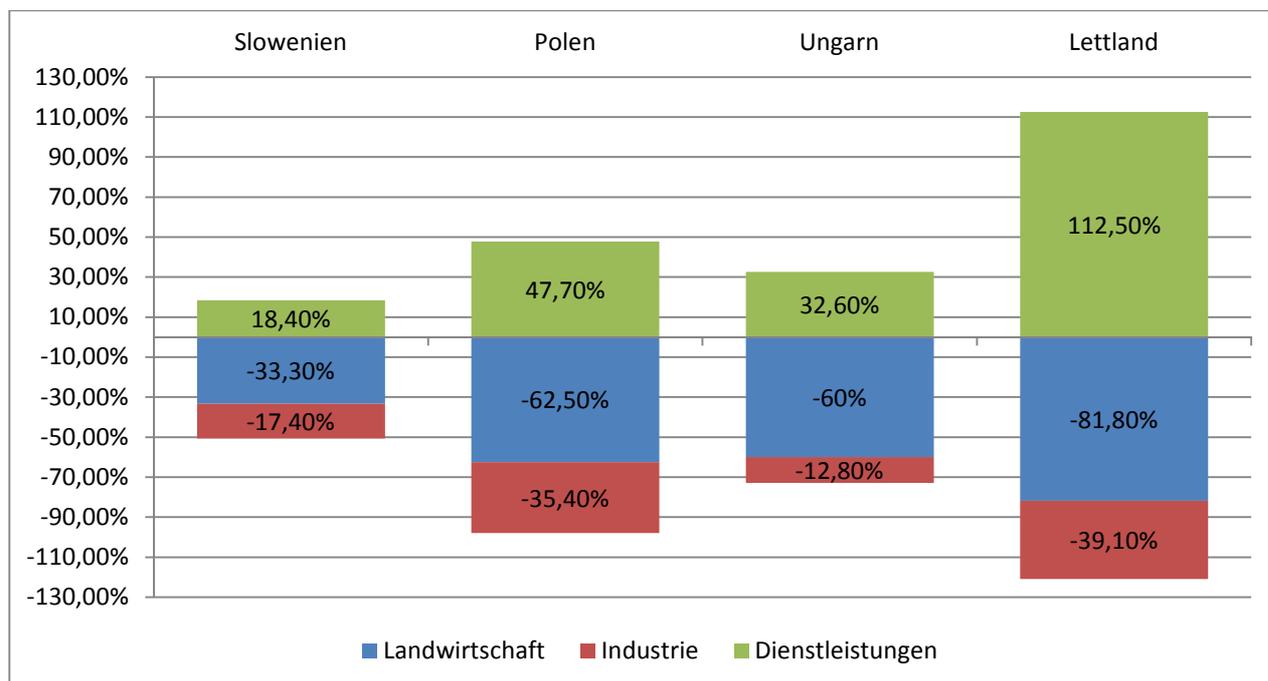
Quelle: EBRD (2010), eigene Berechnung

Tab. 34: Dauer von Verfahren bei der Unternehmensgründung im Jahr 2004



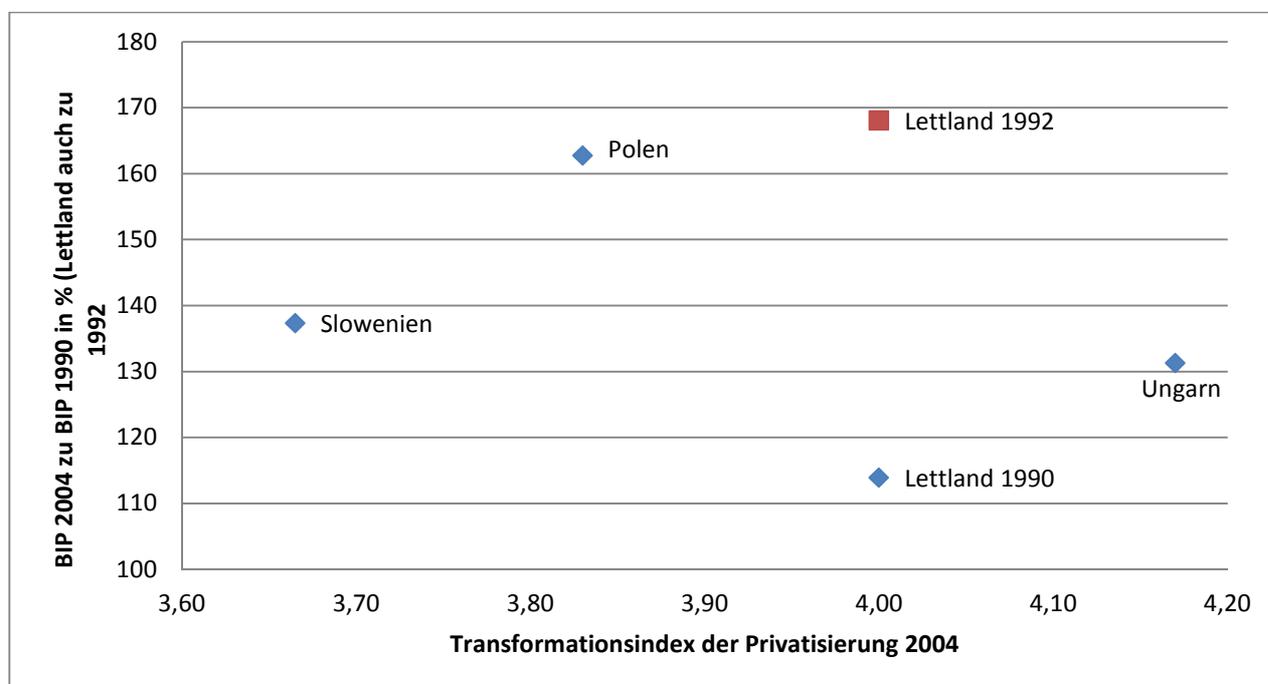
Quelle: World Bank (2010), eigene Berechnung

Tab. 35: Veränderung bei Entstehen des BIPs nach Sektoren von 1991 bis 1999 für alle Länder (Wertschöpfung in % des BIPs)



Quelle: vgl. Groth, Volker 2004: 46, eigene Berechnung

Tab. 36: Reales BIP pro Kopf - Wachstum von 2004 bis 1990 (Lettland auch bis 1992) und Transformationsindex der Privatisierung im Jahr 2004 für alle Länder



Quelle: IWF und EBRD (2010), eigene Berechnung

Tab. 37: Durchschnittlicher Transformationsjahresindex für alle Länder von 1989 bis 2004

Jahr	Slowenien	Lettland	Polen	Ungarn
1989	1,52	1,00	1,26	1,33
1990	1,74	1,00	2,26	1,81
1991	1,89	1,19	2,41	2,37
1992	2,04	2,00	2,56	2,63
1993	2,70	2,26	2,96	2,96
1994	2,85	2,81	3,07	3,22
1995	2,93	2,81	3,22	3,48
1996	3,04	3,07	3,33	3,52
1997	3,07	3,11	3,41	3,70
1998	3,22	3,11	3,52	3,78
1999	3,26	3,18	3,52	3,81
2000	3,30	3,22	3,59	3,85
2001	3,33	3,29	3,66	3,85
2002	3,37	3,44	3,66	3,85
2003	3,37	3,56	3,66	3,85
2004	3,37	3,56	3,66	3,89

Quelle: EBRD (2010), eigene Berechnung